

ΠΟΝΕΔΕΛΗΝΙΚ 13 ΦΕΒΡΥΑΡΙ 2012 Γ.
LUNES 13 DE FEBRERO DE 2012
PONDĚLÍ 13. ÚNORA 2012
MANDAG DEN 13. FEBRUAR 2012
MONTAG, 13. FEBRUAR 2012
ESMASPÄEV, 13. VEEBRUAR 2012
ΔΕΥΤΕΡΑ 13 ΦΕΒΡΟΥΑΡΙΟΥ 2012
MONDAY, 13 FEBRUARY 2012
LUNDI 13 FÉVRIER 2012
LUNEDI' 13 FEBBRAIO 2012
PIRMDIENA, 2012. GADA 13. FEBRUĀRIS
2012 M. VASARIO 13 D., PIRMADIENIS
2012. FEBRUÁR 13., HÉTFŐ
IT-TNEJN, 13 TA' FRAR 2012
MAANDAG 13 FEBRUARI 2012
PONIEDZIAŁEK, 13 LUTEGO 2012
SEGUNDA-FEIRA, 13 DE FEVEREIRO DE 2012
LUNI 13 FEBRUARIE 2012
PONDELOK 13. FEBRUÁRA 2012
PONEDELJEK, 13. FEBRUAR 2012
MAANANTAI 13. HELMIKUUTA 2012
MÅNDAGEN DEN 13 FEBRUARI 2012

1-002-000

VORSITZ: MARTIN SCHULZ

Präsident

Die Sitzung wird um 17.00 Uhr eröffnet.)

1. Wiederaufnahme der Sitzungsperiode

1-004-000

Der Präsident. – Ich erkläre die am Donnerstag, 2. Februar 2012, unterbrochene Sitzungsperiode für wiederaufgenommen.

2. Genehmigung der Protokolle der vorangegangenen Sitzungen: siehe Protokoll

3. Zusammensetzung des Parlaments: siehe Protokoll

4. Ernennung von Mitgliedern in den Beratenden Ausschuss zum Verhalten der Mitglieder: siehe Protokoll

5. Zusammensetzung der Ausschüsse und Delegationen: siehe Protokoll

6. Berichtigung (Artikel 216 der Geschäftsordnung): siehe Protokoll

7. Unterzeichnung von gemäß dem ordentlichen Gesetzgebungsverfahren angenommenen Rechtsakten: siehe Protokoll

8. Vorlage von Dokumenten: siehe Protokoll

9. Anfragen zur mündlichen Beantwortung (Vorlage): siehe Protokoll

10. Petitionen: siehe Protokoll

11. Weiterbehandlung der Entschlüsse des Parlaments: siehe Protokoll

12. Arbeitsplan

1-016-000

Der Präsident. – Der endgültige Entwurf der Tagesordnung dieser Tagung, wie er in der Konferenz der Präsidenten in ihrer Sitzung vom Donnerstag, dem 9. Februar 2012, gemäß Artikel 137 der Geschäftsordnung festgelegt wurde, ist verteilt worden. Zu diesem Entwurf wurden folgende Änderungen beantragt:

Montag : Keine Änderung.

Dienstag:

Die Fraktion der Grünen/Europäische Freie Allianz hat beantragt, die Aussprache über die mündliche Anfrage zur Durchführbarkeit der Einführung von Stabilitätsanleihen nach der gemeinsamen Aussprache über das Abkommen EU-Marokko auf die Tagesordnung zu setzen. Wird dazu von der Fraktion der Grünen das Wort gewünscht? Herr Cohn-Bendit, bitte sehr!

1-017-000

Daniel Cohn-Bendit (Verts/ALE). - Herr Präsident! Sie haben das richtig dargestellt. Es sind drei Agrarberichte und -diskussionen, die sollten zusammengefügt werden.

1-018-000

(Das Parlament nimmt den Antrag an.)

Mittwoch und Donnerstag: keine Änderung der Tagesordnung.

(Der Arbeitsplan ist somit angenommen.)

1-019-000

Hannes Swoboda (S&D). - Herr Präsident! Ich möchte Sie auf einen Fall aufmerksam machen und bitten, entsprechende Schritte zu unternehmen. Wenn ich der Website *Pusztaranger* glauben darf, die normalerweise Informationen liefert, denen man vertrauen

darf, hat der ungarische Journalist Zsolt Bayer wüste Angriffe gegenüber Neelie Kroes, die ihr Amt gemäß den Regeln der Europäischen Union erfüllt, und noch wüstere und ordinäre und obszöne Angriffe gegen unsere Ulrike Lunacek gemacht.

Man kann sagen, nun, das ist ein Journalist, was geht uns das an? Es ist immerhin ein Journalist, der vor kurzem in Ungarn eine Demonstration pro Orbán organisiert hat, eine Demonstration, bei der nach mehreren Informationen auch antisemitische Plakate gezeigt worden sind. Ich glaube, der Ehre dieses Hauses, aber auch der Ehre von Frau Lunacek gebührt es, dass man dieser Sache nachgeht und prüft, ob die mir vorliegenden Übersetzungen stimmen. Dann muss dieses Haus seine eigene Ehre und die Ehre der Kollegin Lunacek verteidigen, unabhängig davon, ob man nun für oder gegen Orbán ist.

Es reißen hier Sitten ein, die absolut unerträglich sind. Und wenn Frau Neelie Kroes von einigen Kollegen dieses Hauses angegriffen wird, weil sie ihre rechtlich verpflichtende Aufgabe erfüllt, so ist dies auch nicht akzeptabel. Ich glaube, wir sollten in dieser politischen Auseinandersetzung einen gewissen moralischen Standard wahren und nicht in einer Art und Weise miteinander umgehen, wie das hier nicht akzeptiert werden kann.

Dass ich selbst jetzt in Ungarn von vielen Sprechern als Lügner bezeichnet worden bin, sei nur nebenbei erwähnt. Aber die Art und Weise, wie die Kollegin Lunacek hier in der Öffentlichkeit in Ungarn dargestellt wird, ist absolut unerträglich. Ich bitte, dem nachzugehen, und – sollten sich die Meldungen bewahrheiten – die Ehre von Frau Lunacek und dieses Hauses zu verteidigen.

(Beifall)

1-020-000

Der Präsident. – Vielen Dank, Herr Swoboda! Selbstverständlich werde ich der Angelegenheit nachgehen, mir die entsprechenden Dokumente besorgen und – sollte Frau Lunacek in ihrer Ehre, auch in ihrer Integrität als Mitglied dieses Hauses angegriffen worden sein – die entsprechenden Maßnahmen ergreifen, um sie zu verteidigen. Ich werde auch mit Herrn Kommissionspräsident Barroso hinsichtlich der Frage Kontakt aufnehmen, inwieweit gleiches von der Kommission zum Schutz von Frau Kroes unternommen werden muss. Gegebenenfalls können beide Institutionen gemeinsam und in Übereinstimmung handeln.

13. Erklärungen des Präsidenten

1-022-000

Der Präsident. – Meine Damen und Herren, ich möchte am Beginn der Plenarsitzung einen Fall ansprechen, der mir große Sorgen macht, der uns allen große Sorgen bereiten muss. Es handelt sich um einen jungen saudiarabischen Journalisten mit dem Namen Hamza Kashgari. Dieser junge Journalist ist in Malaysia wegen blasphemischer Äußerungen auf seinem Twitter-Account angeklagt worden. Er ist auf Antrag von Saudi-Arabien an Saudi-Arabien ausgeliefert worden. Er ist in Saudi-Arabien wegen dieser angeblich blasphemischen Äußerungen mit dem Tode bedroht und soll hingerichtet werden. Ganz ohne Zweifel ist es so, dass die religiösen Gefühle eines jeden Menschen zu respektieren sind. Dazu ist auch ein Journalist verpflichtet. Die Freiheit der Rede und die Gedankenfreiheit sind aber auch universelle Werte, die wir alle zu verteidigen haben. Dass ein junger Journalist wegen einer Äußerung auf Twitter, wegen eines Gedichtes, in Saudi-Arabien hingerichtet

werden soll, ist sicher absolut nicht hinnehmbar. Deshalb werde ich – Ihr Einverständnis vorausgesetzt – alles tun, um diese Hinrichtung zu verhindern.

(Beifall)

Kolleginnen und Kollegen! Darüber hinaus bin ich über das Wochenende hinweg und auch heute im Verlauf des Tages von einer Menge von Kollegen angesprochen worden, dass die niederländische Partei PVV eine Website eingerichtet hat, auf der dazu aufgerufen wird, Beschwerden über EU-Bürger aus mittel- und osteuropäischen Ländern vorzubringen, die im Rahmen der Arbeitnehmerfreizügigkeit in die Niederlande gekommen sind. Frau Kommissarin Viviane Reding hat bereits eine Stellungnahme mit sehr kritischen Worten zu dieser Website herausgegeben. Sie hat dabei hervorgehoben, dass wir ein offener Kontinent sind, wo Bürgerinnen und Bürger sich frei bewegen können und arbeiten können, wo immer und wann immer sie wollen. Ich werde auf Bitten vieler Kolleginnen und Kollegen zu dieser Website, ohne dass ich sie selbst kenne oder zu ihrem Inhalt etwas sagen kann, weitere Erkundigungen einziehen und bei einem für den 1. März geplanten Gespräch mit dem niederländischen Premierminister Rutte diesen Vorgang ansprechen, über den ich nach der Lektüre der Äußerungen von Frau Reding auch in höchster Sorge bin.

1-023-000

Corien Wortmann-Kool (PPE). - Voorzitter, er is ook een site geopend in Nederland: propolen.nl. Daar kan iedereen die het niet eens is met die site van de PVV, zich uitspreken in solidariteit met al die werknemers die in Nederland zo goed hun werk doen. Alle collega's die hun solidariteit duidelijk willen maken, kunnen zich uiten op de site www.propolen.nl.

1-024-000

Der Präsident. – Vielen Dank für den Hinweis, Frau Kollegin Wortmann-Kool!

1-025-000

Francesco Enrico Speroni (EFD). - Signor Presidente, abbiamo ascoltato le voci in difesa delle espressioni e dell'opinione del giornalista saudita, cosa che mi sembra in contrasto col fatto che si vorrebbe invece censurare sia questo sito del PVV che il giornalista ungherese.

Se libertà d'espressione deve esserci, deve esserci tutti.

1-026-000

Der Präsident. – Ich glaube, Herr Speroni, Sie haben nicht aufmerksam zugehört, sonst hätten Sie diese Bemerkung nicht machen können.

1-027-000

Sophia in 't Veld (ALDE). - Voorzitter, aansluitend op wat collega Wortmann-Kool net gezegd heeft: het is een sympathiek initiatief, maar het zou gepast zijn als dit Huis zich ook publiekelijk uitspreekt over het weezinwekkende initiatief van de PVV met de website waar ze mensen oproepen om anoniem klachten over mede-EU-burgers in te dienen. Het zou ook de Nederlandse regering sieren om hiervan afstand te nemen.

1-028-000

Der Präsident. – Frau in 't Veld! Ich muss noch einmal sagen, ich bin von vielen Kolleginnen und Kollegen darauf angesprochen worden. Ich selbst kenne diese Website noch nicht. Ich werde die entsprechenden Informationen einholen. Ich werde Kontakt mit Frau Reding aufnehmen, gegebenenfalls auch den Ausschuss für bürgerliche Freiheiten bitten, sich mit der Angelegenheit zu befassen. Ich möchte aber jeder Kollegin und jedem Kollegen empfehlen, sich dem Vorschlag von Frau Wortmann-Kool anzuschließen, denn damit kann man auch schon etwas dokumentieren.

14. Lage der Obdachlosen in Europa infolge des Kälteeinbruchs (Aussprache)

1-030-000

Der Präsident. – Als nächster Punkt folgt die Erklärung der Kommission über die Lage der Obdachlosen in Europa infolge des Kälteeinbruchs.

1-031-000

Michel Barnier, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, Mesdames et Messieurs les députés, avec mes collègues de la Commission – le Président Barroso et le commissaire Andor en particulier –, nous partageons naturellement la préoccupation que vous exprimez concernant la situation des sans-abris en Europe pendant cette vague de froid.

Personne ne peut rester insensible à la situation de ceux qui dorment sans toit pendant ces nuits de froid extrême et, plus tragiquement encore, à la mort d'un grand nombre de personnes un peu partout dans les pays européens.

Vous êtes donc en droit de vous interroger sur ce qui est fait pour remédier à cette situation et c'est ce que nous pouvons faire ensemble face à ce qui est l'une des manifestations les plus extrêmes et les plus insupportables de l'exclusion sociale.

Naturellement, les premiers acteurs concernés par la lutte pour améliorer la situation des sans-abris...

(Le Président réclame le silence dans l'hémicycle)

Je vous remercie, Monsieur le Président. J'indiquais que, comme chacun le sait, les premiers acteurs concernés par la situation des sans-abris et l'exclusion en matière de logement sont les États membres et les acteurs locaux. Ici, à Strasbourg, comme dans d'autres villes de l'Union, les autorités locales, régionales, les organisations non gouvernementales répondent à la situation en offrant des abris d'urgence. Partout, les autorités locales et la société civile agissent ensemble, prennent des initiatives et se mobilisent.

Le rapport conjoint de 2010 sur la protection et l'inclusion sociale appelle les États membres à développer et à poursuivre le développement de plans d'action nationaux ou régionaux, parfois locaux, pour s'attaquer au problème des sans-abris et identifie les domaines où l'action est nécessaire. Il est littéralement vital que les États membres poursuivent cet effort. Ils en sont parfaitement conscients et agissent en conséquence. Je crois très important que votre Assemblée rappelle cette exigence en mettant ce débat d'urgence à l'ordre du jour.

Bien que la capacité d'action directe de l'Union européenne soit limitée, nous avons aussi un rôle à jouer. Il s'agit d'abord de rappeler aux États membres leurs responsabilités et de les soutenir dans leurs efforts. À plus long terme, il s'agit d'améliorer notre compréhension

des problèmes, notamment en améliorant nos instruments pour mesurer l'ampleur de ce phénomène et ainsi mieux agir.

Par exemple, à travers le programme PROGRESS, l'Union européenne aide à financer une nouvelle étude sur les liens entre sans-abris et migration et soutient la Fédération européenne des associations nationales travaillant avec les sans-abris. La Commission propose, par ailleurs, dans le cadre financier 2014-2020 que le Fonds européen de développement régional et le Fonds social européen répondent plus efficacement et de manière plus ciblée à cette question de l'hébergement des sans-abris.

Les Fonds européens doivent aussi être utilisés pour évaluer, expérimenter des solutions opérationnelles et rechercher de nouvelles approches à travers les travaux sur l'innovation sociale. Nous pensons en particulier à la politique d'hébergement.

Mon collègue, le commissaire Andor, a présenté une approche innovante lancée par des compagnies de chemin de fer et concrétisée, par exemple, par la charte européenne pour le développement social et le développement sociétal dans les gares. Ainsi, les compagnies ferroviaires signataires de cette charte ont déclaré leur intention de partager leurs programmes d'action pour faire émerger à l'échelle européenne une culture professionnelle sur la grande exclusion sociale. Ces travaux ont reçu le soutien de l'initiative européenne pour l'innovation et l'expérimentation sociale à travers un financement pour le projet récemment achevé "espoir dans les gares", qui va être prolongé par le projet "travail dans les gares". Nous voulons saluer la démarche de cette charte qui est positive, à l'heure même où se déploient d'autres logiques – nous le savons bien –, de repli sur soi, voire de stigmatisation.

La charte et son éthique illustrent cette vision de la Commission de l'action dans le domaine économique et social. C'est une vision large des besoins sociaux qui veut prendre en compte la valeur ajoutée et la responsabilité de tous les acteurs et, en particulier, des associations et des organisations non gouvernementales qui jouent un rôle exemplaire. Les entreprises, le gouvernement, les autorités régionales ou locales, les responsables de la société civile, chacun à sa place, faisons au quotidien cette Europe sociale! Nous sommes interpellés par le combat qui requiert aujourd'hui cette solidarité à l'égard des sans-abris, que votre débat illustre.

Nous avons agi mais il reste beaucoup à faire. La Commission, pour sa part, cherche à fournir le plus grand soutien possible de l'Union aux efforts des États membres sur cet enjeu des sans-abris. Nous nous appuyons notamment sur les travaux de cette Assemblée telle qu'elle s'est exprimée dans sa résolution du 14 septembre dernier.

Enfin, Mesdames et Messieurs les députés, avec l'initiative pour l'entrepreneuriat social, publiée en octobre dernier, et que je suis, en ce qui me concerne, très particulièrement, la Commission a proposé de nouveaux outils qui devraient permettre aux entreprises sociales de mieux réaliser leur mission et nous savons que certaines de ces entreprises sociales sont engagées aux côtés des sans-abris, notamment lorsqu'elles visent à répondre aux besoins des personnes vulnérables comme c'est le cas des personnes sans domicile fixe.

Je voudrais citer trois exemples: un meilleur fléchage des Fonds structurels, des règles simplifiées et moins de contrôles pour les aides d'État destinées aux services sociaux qui accompagnent les personnes vulnérables et enfin des règles de marchés publics qui allègent les obligations pour les services sociaux et qui permettent, notamment, de préserver ou de réserver plus facilement certains marchés aux entreprises d'insertion.

Voilà ce que je pouvais dire au nom du commissaire Andor et en vous remerciant, Monsieur le Président et Mesdames et Messieurs les députés, d'avoir attiré notre attention sur cette question extrêmement grave en ce moment.

1-032-000

Der Präsident. – Bevor ich die Aussprache eröffne, muss ich Ihnen einen Hinweis geben. Eine Menge von Kolleginnen und Kollegen haben sich für das Catch the eye-Verfahren angemeldet. Ich muss Ihnen sagen, dass in der Tagesordnung festgelegt worden ist, dass es nur eine Runde von Fraktionssprecherinnen und Fraktionsprechern gibt. Es tut mir also leid, aber ich kann kein Catch the eye-Verfahren durchführen.

1-033-000

Joseph Daul, *au nom du groupe PPE.* – Monsieur le Président, à l'heure où nous parlons, plus de six cent personnes sont décédées en Europe, victimes du froid et surtout de l'isolement.

C'est l'occasion de rappeler que l'Europe, ce n'est pas seulement une affaire économique et financière, c'est avant tout une affaire de solidarité, et la vague de froid qui affecte nos populations nous donne une occasion de le démontrer.

Or, que constatons-nous? Que les stocks de nourriture mis à la disposition des programmes européens d'aide alimentaire sont au plus bas, et nous avons demandé ici de l'aide pour les ONG qui s'en occupent. Que certains pays de l'Union ont pris en otage ces programmes et ne les ont reconduits que jusqu'en 2013, prétextant un problème de base juridique.

On constate aussi que trop peu est fait pour répondre au véritable scandale du gâchis alimentaire. Je pense ici à tout ce qui est jeté chaque jour par les grandes surfaces, quand on sait qu'il y a des associations qui n'ont pas assez de nourriture pour la distribuer actuellement.

Il est temps de réagir en adoptant nos réseaux de solidarité. Je sais, pour avoir été maire d'un village pendant de longues années, que c'est à ce niveau-là que les choses se jouent en premier et je salue les réseaux d'aide spontanée qui se sont développés ces dernières semaines. Ce sont les plus efficaces et ce sont ceux-là qu'on doit soutenir.

Il faut réagir aussi en prolongeant le programme européen d'aide alimentaire. Il est également temps de réagir en favorisant une politique commune de l'énergie. En effet, qu'est-ce qu'on constate? Aujourd'hui, on coupe le gaz et l'électricité à des personnes nécessiteuses qui n'ont pas les moyens de payer. Or, nous réagissons beaucoup trop lentement dans tous nos pays. Là aussi, nous devons appeler à l'aide.

Et enfin, mon cher Michel, il faut remettre à jour le projet de fond d'une protection civile européenne, qui nous fait tant défaut. Il nous faut agir pour éviter que ne se répètent, d'année en année, les mêmes drames et les mêmes urgences. On les connaît et il faut se préparer. Il faut donner les moyens à nos ONG et à nos concitoyens qui s'occupent de ces dossiers et ne pas les donner à de grandes organisations.

1-034-000

Sylvie Guillaume, *au nom du groupe S&D.* – Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, mes chers collègues, la vague de froid qui frappe l'Europe ces dernières semaines a fait déjà plusieurs centaines de morts, pour la plupart des personnes sans abri.

Mais si, aujourd'hui, ces décès hivernaux suscitent une forte émotion dans l'opinion publique, nous savons très bien qu'en été aussi, les victimes de cette insupportable précarité sont aussi nombreuses voire plus nombreuses. Car oui, le froid tue. Mais au-delà du froid, ce sont la crise, la misère et la précarité qui tuent les personnes les plus exclues.

L'Union compte plus de trois millions de personnes sans abri, parmi lesquelles nous ne rencontrons plus seulement les figures traditionnelles des grands exclus marginaux, mais de plus en plus de seniors, de jeunes, de femmes, de familles. Parmi ces sans-abris, on trouve parfois des salariés. Soyons bien conscients qu'en période de crise économique, le basculement vers cette extrême précarité peut être très rapide. Une rupture familiale, un licenciement peuvent suffire à jeter à la rue une famille qui, jusque-là s'en sortait. Par ailleurs, être sans domicile fixe peut recouvrir de nombreuses réalités qu'il faut également appréhender. Ce sont toutes les personnes qui dorment dans leur voiture, à l'hôtel ou ceux qui peuvent bénéficier d'un hébergement temporaire chez un proche.

Nous devons faire évoluer nos représentations collectives de la situation des sans-abris car ce sujet recouvre de multiples publics et de multiples situations. Ils appellent tous une réponse politique globale, rapide et forte. Nous avons pour obligation d'agir non seulement pour pallier l'urgence mais surtout sur le long terme.

Si sortir de la crise est l'objectif principal, cela commence aussi par se donner les moyens de sortir de la rue et des dispositifs d'urgence celles et ceux qui n'ont pas de toit. Car il est bien évident que sans un accès pérenne à un logement abordable, les sans-abris se voient exclus de nombreux autres droits et services. L'indignation sera partagée sans difficulté, l'analyse de la situation également. Alors passons pour de bon à l'étape suivante: celle de la volonté politique.

Monsieur le Commissaire, ce Parlement vous a déjà demandé à plusieurs reprises de mettre en place une véritable stratégie européenne contre le sans-abrisme. Je pense à la déclaration écrite de 2010 et à la résolution de nos collègues Berès et Delli, adoptée ici, en septembre 2011, en vue de mettre un terme au sans-abrisme à l'horizon 2015. C'était aussi la stratégie européenne ambitieuse intégrée que nous attendons. Je pense aussi à la résolution de notre collègue Daerden, en novembre dernier, sur la plate-forme européenne contre la pauvreté et l'exclusion.

Donc, par trois fois déjà, les parlementaires vous ont demandé la mise en place de cette stratégie pour les sans-abris, articulée autour d'objectifs précis, que je ne peux, faute de temps, me permettre de répéter à nouveau. Où en est cette feuille de route? Quand la Commission va-t-elle exiger des États de véritables stratégies nationales assorties de véritables moyens. Quels montants FSE et FEDER pourront être mobilisés? Aujourd'hui, notre crainte est de voir la plate-forme européenne de lutte contre la pauvreté et l'exclusion sociale rester au rang de déclaration d'intention. Tout comme l'année 2010 du même nom qui, malheureusement, n'aura pas amené beaucoup de résultats concrets.

Les objectifs et priorités politiques de l'Union, rassemblés dans la stratégie Europe 2020, passent par une croissance inclusive. Or, comment bâtir une véritable cohésion sociale sans lutter contre ces situations d'extrême précarité? C'est un enjeu qui ne peut pas être délégué à la bonne volonté et aux moyens limités du monde associatif et des collectivités locales. Il n'est plus acceptable qu'en temps de crise, l'Union européenne apparaisse uniquement comme l'instigatrice de plans d'austérité qui poussent les peuples dans la rue au sens propre comme au sens figuré.

Je refuse de céder à la facilité qui consiste à accuser l'Union de ne vouloir sauver que les banques en abandonnant les peuples. Nous avons là, justement, une occasion de lutter contre cette caricature. Il est fondamental de s'en saisir et de ne pas se contenter de seules déclarations d'intention. Il y a peu de mérite à se dire farouchement opposé à la situation des sans-abris. C'est un sujet d'indignation facile. Il y a, par contre, beaucoup à faire et c'est pourquoi nous demandons encore une fois une action volontariste et concrète en faveur des personnes sans abri.

1-035-000

Le Président. - Madame Guillaume, vous n'avez pas utilisé tout votre temps de parole. Il vous restait trente secondes, or les pauvres interprètes ont eu beaucoup de mal à vous suivre. Peut-être la prochaine fois pourriez-vous parler quatre minutes, mais un peu plus lentement.

1-036-000

Niccolò Rinaldi, *a nome del gruppo ALDE*. – Signor Presidente, forse da un punto di vista provocatorio, avremmo potuto iniziare questa sessione plenaria con un minuto di silenzio per ricordare gli oltre 600 senzatetto morti in queste settimane a causa del freddo. È questo il tributo che in genere riserviamo ai grandi, alle persone famose. Sarebbe stata un'assunzione di responsabilità – forse la prima da parte del nostro Parlamento – simbolicamente forte.

Di fatto, ciò a cui assistiamo è che gli strumenti della democrazia partecipata di tutela dei diritti previsti dall'Unione europea non riescono ad applicarsi ai senzatetto, siano essi o meno cittadini dell'Unione europea, e questo perché spesso – temo – essi non creano consenso elettorale.

Il Vicepresidente Commissario Barnier ricorda giustamente che siamo in presenza di una materia di competenza soprattutto degli Stati membri. Si tratta tuttavia di un fenomeno sempre più europeo, più transfrontaliero e visibile. Ci chiediamo allora: qual è il calendario della strategia più volte chiesto alla Commissione? Quanto si può stanziare, oltre a *Progress*, dalle risorse dei fondi europei, compresi i Fondi strutturali e i fondi per la coesione sociale. Ci chiediamo inoltre: la libera circolazione dei senzatetto è veramente garantita oppure è possibile per uno Stato limitarla, proprio perché questi cittadini – e mi riferisco a cittadini europei – magari non dispongono di una residenza stabile.

Infine, l'assistenza minima ai servizi è garantita? Alcuni Stati membri l'hanno rifiutata a cittadini di altri Stati membri, basandosi per l'appunto su norme europee. Siamo certi che questo è legalmente ammissibile?

Per concludere, la FAO ha stabilito che sono 179 i chilogrammi di cibo sprecati da ciascun cittadino europeo ogni anno. Quale strategia europea adottare per lottare contro questo spreco? Ritengo si tratti di una questione economica e sociale ma soprattutto di identità della nostra stessa Unione europea.

1-037-000

PRESIDE: MIGUEL ÁNGEL MARTÍNEZ MARTÍNEZ*Vicepresidente*

1-038-000

Karima Delli, *au nom du groupe Verts/ALE*. – Monsieur le Président, Monsieur Barnier, chers collègues, je vous le dis, je suis en colère.

Voilà deux ans que la conférence de consensus, sous la Présidence belge, a piloté justement une stratégie européenne des sans-abris. Le Parlement européen a rédigé une déclaration écrite en faveur des sans-abris. Pas de réponse! Je suis l'auteur de la résolution en faveur d'une stratégie européenne des sans-abris. La Commission ne répond pas à notre demande qui reste lettre morte.

Je déplore aujourd'hui que, sur le banc du Conseil, personne ne soit là, alors que c'est la responsabilité des États membres de garantir le droit à une aide au logement à tous ceux qui ne disposent pas de ressources suffisantes.

Depuis deux semaines, la vague des grands froids a tué plus de six cents personnes, cela a été redit. Je le dis souvent: les sans-abris ne meurent pas seulement l'hiver. C'est toute l'année qu'ils dorment dans la rue et que leurs droits sont bafoués.

Les citoyens européens attendent davantage de l'Union européenne aujourd'hui. Elle doit être solidaire, active, face à la détresse des plus vulnérables. La situation est plus que préoccupante. Je donne quelques exemples. En Grèce, le nombre de sans-abris a augmenté de 25 % en deux ans. En Hongrie, les sans-abris sont pourchassés par la police et menacés de lourdes amendes. En France, on voit apparaître des décrets qui criminalisent la mendicité, le glanage de nourriture dans les poubelles.

Où va-t-on?

On le constate de plus en plus: les politiques d'austérité menées par les gouvernements vont entraîner des conséquences catastrophiques. Mes chers collègues, appelons à un sursaut, à un réveil. Nous pouvons changer les choses. Je le dis très clairement, Monsieur le Commissaire, l'Union européenne doit jouer son rôle pour la solidarité entre les États et les peuples européens.

Il faut réunir en urgence les ministres concernés. Il ne s'agit plus de sauver les banques. Il s'agit de sauver des vies. Nous n'avons que trop tardé. Chaque État membre doit rendre compte à la Commission des mesures mises en œuvre depuis la vague de froid. Il faut mobiliser tout de suite un fonds de secours pour venir en aide aux plus vulnérables. Les États qui ne respectent pas leurs obligations de secours aux plus démunis doivent être sanctionnés, notamment ceux qui criminalisent les sans-abris ou interdisent l'accès aux hébergements d'urgence à certaines catégories de personnes.

Et enfin, Monsieur Barnier, la Commission doit tout de suite mettre en place une stratégie européenne des sans-abris. L'objectif est clair, nous l'avons rappelé ici, mes chers collègues, plus personne ne doit dormir dans la rue d'ici 2015. Il y a urgence. Pour pouvoir rêver, il faut avoir un lieu où dormir. Si nous laissons faire, ce silence glacial des responsables européens va créer une défiance des citoyens. Il faut réellement que vous réagissiez ...

(Le Président retire la parole à l'oratrice)

1-039-000

Sajjad Karim, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, ultimately every society is judged by how it treats its vulnerable and its old.

We currently have approximately 3 million people who have no fixed abode in Europe. I find that in my own Member State, the United Kingdom, hypothermia cases amongst the elderly have doubled in the last five years. Such is the extent of the problem that it was no surprise to me today when I picked up a leading newspaper in the United Kingdom and the headline was: 'Frozen to death as fuel bills soar'.

Some may argue that this is about homeless people. Well, yes it is, but my argument is that, whilst we should have a strategy in order to deal with the homeless situation and those people affected by the severe weather who are homeless, we must, equally, have a measure in place to deal with those people who could find themselves in a situation of homelessness through not being able to afford a place to live, in view of the current pressures that they have financially.

We are finding, right across the European Union, that redundancies are rising and repossessions are rising. I have a figure of 233 homeless people dead within the last seven days. Mr Daal quotes a figure in excess of 600 over the past few weeks. This is a matter of real and great shame for all of us.

Commissioner Barnier talks about the restricted role of this House. Yes, it is right, we must firm up the role of our Member States and we must ensure that there is coordination and sharing of best practice.

1-040-000

Gabriele Zimmer, *im Namen der GUE/NGL-Fraktion*. – Herr Präsident, Herr Kommissionspräsident Barroso, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Kältewelle macht eklatante Versäumnisse bei der Durchsetzung der Menschenrechte in Europa und innerhalb der Europäischen Union sichtbar. Die Politik in den Mitgliedstaaten und in der Europäischen Union hat in dieser Frage auf der gesamten Linie versagt. Mehr als 600 Menschen starben bisher während der ganz Europa überziehenden Kältewelle: über 80 Tote in Polen, über 130 in der Ukraine, Hunderte von Toten in Russland, und auch in Deutschland sind erste Opfer zu beklagen. Die meisten Menschen, die erfrieren oder eben auch mit schweren Erfrierungen in die Krankenhäuser kommen, sind Wohnungslose, Menschen, die aus unterschiedlichsten Gründen auf der Straße leben. Sie erfrieren im Freien, unter Brücken, in Parkanlagen, in Seitenstraßen, aber auch zunehmend in unbeheizten Wohnungen. Sie haben wegen massiv steigender Energiekosten, wie z. B. beim Heizöl, ihre Energierechnung nicht zahlen können, ihre Heizungen sind vorsintflutlich oder ein Totalausfall. Alle Mitgliedstaaten sind verpflichtet, dringende Sofortmaßnahmen zu ergreifen, um Menschen zu retten, die der Kälte schutzlos ausgesetzt sind. Kommunen und regionale Behörden müssen unterstützt werden, um die notwendigen Hilfsmaßnahmen ergreifen zu können.

Für schlimm halte ich, dass niemand im Moment genau sagen kann, wie viele Wohnungslose es gegenwärtig überhaupt in der Europäischen Union gibt, wie viele Menschen der Gefahr des Erfrierens ausgesetzt sind. Innerhalb der Europäischen Union gibt es keine gemeinsamen Indikatoren, keine Statistiken, die das tatsächliche Ausmaß verdeutlichen, selbst in Deutschland nicht. Wir fordern die Bildung einer Taskforce bei der Europäischen Kommission, um Notfälle, in den einzelnen Regionen besonders betroffene Personen, auch deutlich sichtbar zu machen und Soforthilfen auch organisieren zu können. Wir fordern

eine EU-weit einheitliche Statistik, Indikatoren, die ein vollständiges, differenziertes und auf Personengruppen ausgerichtetes Abbild über das Ausmaß von Wohnungslosigkeit geben können. Die Mitgliedstaaten sind zu veranlassen, entsprechende gesetzliche Regelungen zu schaffen. Wir fordern die Auflage von EU-weiten Programmen zur energetischen Sanierung von Wohnungen. Im Rahmen der Strukturfonds sind hier die Möglichkeiten erheblich zu erweitern. Und wir schlagen eine Debatte über EU-weite soziale und ökologische Mindeststandards gegen Armut, Wohnungsnot und Energiearmut vor.

(Der Präsident entzieht der Rednerin das Wort.)

1-041-000

Michel Barnier, *membre de la Commission* . – Monsieur le Président, M. Rinaldi et Mme Delli tout l'heure, ont rappelé le décès de 600 personnes depuis quelques jours, quelques semaines, dans nos différents pays européens et c'est bien qu'on leur rende hommage, Monsieur Rinaldi, ce qui montre bien à la fois l'ampleur de cette tragédie et son caractère européen. Voilà pourquoi je redis, au nom de la Commission européenne, qu'il est bien, qu'il est normal et qu'il est nécessaire que votre Assemblée et la Commission, qui dialogue avec vous, prennent la mesure de cette situation et apportent un certain nombre de réponses.

Je veux aussi dire – ce n'est pas forcément une bonne réponse, Madame Guillaume – que, comme vous le savez, la première compétence est celle des États membres. La première exigence d'un débat comme celui-ci, c'est le rôle du Parlement et de la Commission, est que nous agissions auprès des États membres pour qu'ils assument, chacun chez soi mais aussi chacun pour tous, cette responsabilité.

On a vu le Président Daul évoquer le débat auquel nous avons participé et mon collègue, Dacian Cioloș, le premier, sur le programme d'aide alimentaire. Pourquoi avons-nous été bloqués sur ce programme qui concerne précisément le soutien apporté aux plus fragiles à travers tant d'associations auxquelles M. Daul a justement rendu hommage, qui ne sont pas toutes de très grandes associations mais qui sont des associations locales qui font un travail formidable?

À quoi nous sommes-nous heurtés, Mesdames et Messieurs les députés? Au sentiment d'un certain nombre d'États membres ou à la lecture qu'ils font des compétences nationales, voire quelquefois des compétences régionales, en disant que ce n'est pas à Bruxelles de s'occuper du programme d'action ou d'aide alimentaire. Grâce à votre détermination et grâce à l'action de mon collègue Cioloș, nous sommes parvenus à convaincre le Conseil des ministres.

Encore une fois, je reconnais, Madame Guillaume, que c'est une réponse imparfaite que de renvoyer aux compétences nationales. Nous avons la capacité... M. Karim à l'instant, M. Daul et Mme Zimmer ont évoqué un sujet qui m'intéresse et sur lequel je me sens engagé, qui est celui que je pourrais appeler des services universels, des services de base aux personnes, qu'il s'agisse du logement, de l'alimentation ou de l'énergie.

L'Union européenne peut agir dans ce domaine indirectement en favorisant par ses lois et ses règlements l'action de ceux qui sont le plus près du terrain et des hommes et des femmes qui souffrent. Je veux prendre un exemple, même deux, dans lesquels je me suis personnellement engagé: quand je vous ai présenté, et c'est maintenant en débat dans vos commissions, la mise à plat des règles des marchés publics; quand, avec mon collègue Almunia, nous avons révisé les règles des aides d'État, vous trouverez, si vous regardez précisément dans ces textes, qui sont en discussion au Parlement et au Conseil depuis

quelques semaines, des mesures très spécifiques pour favoriser, à travers les marchés publics, l'inclusion sociale ou les services sociaux de base ou à travers les aides d'État, une facilitation des services sociaux. Voilà en quoi l'Union européenne peut être aussi utile et jouer son rôle.

Mme Guillaume tout comme Mme Delli ont évoqué la stratégie pour les sans-abris, que vous aviez appelée de vos vœux à travers cette conférence et la résolution de septembre 2011. J'ai dit aussi, en répondant à M. Rinaldi, que la Commission – et c'est le message que je suis chargé de vous porter au nom de M. Andor – a pris un certain nombre de mesures et a pris en considération un certain nombre de recommandations que vous aviez faites: une étude sur la mobilité, la migration, les expropriations, un projet transnational sur les stratégies pour le logement, qui va être soutenu dans le cadre des travaux sur l'innovation sociale, et puis aussi le fléchage, que j'ai évoqué, sur les Fonds européens, notamment pour le logement avec le Fonds de développement régional ou d'autres fonds sur le plan social. Les chiffres que j'ai sous les yeux ne sont que des chiffres mais ils sont assez explicites: de 2007 à 2013, les États membres ont consacré dix milliards du Fonds social européen à des actions de lutte contre l'exclusion sociale, au profit et au service des plus défavorisés et des plus vulnérables.

Je voudrais également dire à Mme Delli que nous partageons son sentiment sur ce qui se passe avec la criminalisation insupportable des sans-abris dans quelques États membres. Nous avons observé des attaques contre des sans-abris dans d'autres États et nous appelons, avec vous, les États membres à prendre toutes leurs responsabilités pour mettre fin à de telles situations.

Je voudrais dire aussi au président Daul que j'ai bien noté son appel sur la protection civile européenne. C'est un sujet – il le sait – auquel je suis très attaché. Ma collègue, Mme Georgieva, est très active sur ce sujet. Nous avons fait des propositions concrètes pour aboutir à ce que j'espère un jour être une force européenne de protection civile pour répondre à des situations catastrophiques à l'extérieur de l'Union, mais aussi, Monsieur Daul, pour agir, en tant que de besoin, quand tous les pays européens sont concernés par des problèmes qui touchent les plus vulnérables et qui mettent en danger la sécurité ou la santé d'un certain nombre de concitoyens.

Voilà, je pense que c'est bien, même brièvement, que le Parlement européen, à son initiative, avec la Commission, ait évoqué cette situation avec les outils juridiques, financiers et politiques qui sont les nôtres. Je pense que, dans la situation de crise grave qui nous touche – et c'est une des raisons pour lesquelles il y a tant de personnes sans abri dans la rue actuellement, avec le chômage, Mme Guillaume l'a justement dit –, il y a une dimension européenne à cette question même si les compétences ne sont pas toujours européennes. Voilà pourquoi, à la place qui est la sienne et avec les moyens dont il dispose, la faculté d'impulsion législative et d'organisation des crédits, le Parlement, et avec lui, la Commission européenne, continueront à donner une dimension européenne légitime et justifiée à cette question des sans-abris.

1-042-000

El Presidente. – Se cierra el debate.

15. Oficina de Armonización del Mercado Interior (Marcas, Dibujos y Modelos) y protección de los derechos de propiedad intelectual (debate)

1-044-000

El Presidente. – El siguiente punto es el informe de Antonio Masip Hidalgo, en nombre de la Comisión de Asuntos Jurídicos, sobre la propuesta de Reglamento del Parlamento Europeo y del Consejo por el que se encomiendan a la Oficina de Armonización del Mercado Interior (Marcas, Dibujos y Modelos) ciertas funciones conexas a la protección de los derechos de propiedad intelectual, entre otras la de congregar a representantes de los sectores público y privado en un Observatorio Europeo de la Falsificación y la Piratería (COM(2011)0288 – C7-0136/2011 – 2011/0135(COD)) (A7-0003/2012).

1-045-000

Antonio Masip Hidalgo, Ponente. – Señor Presidente, las infracciones a la propiedad intelectual parecen un juego, pero matan el juego. Eliminan la igualdad en el libre juego de la competencia para que el jugador más tramposo gane, esto es, el que no respeta las normas, el que no paga impuestos, el que no se atiene a los derechos ni de los trabajadores ni de los clientes.

En este informe hemos superado, de una vez por todas, el término «piratería». Creemos que el término «piratería» es equívoco, pues no entendemos bien cuál es su relación con el abordaje de barcos en el mar ni con las míticas leyendas corsarias. Hasta los propios infractores han hecho a veces bandera de este término para presentarse como adalides de la libertad, pero su lucha es vana porque acaban sirviendo a los intereses de grandes multinacionales que quieren disponer de contenidos sin pagar. Llamemos a las infracciones por lo que son: infracciones. Al pan, pan y al vino, vino, decimos en español.

El Observatorio sito en Alicante, donde ya funciona con pleno éxito de gestión el Registro de Marcas, va a revelar con cifras verdades que no parecen tan evidentes a ojos de todos. El Observatorio propondrá y, sobre todo, informará de la situación en el sector y del cumplimiento de las normas. Además, el texto incluye una garantía suplementaria para la protección de datos.

Como el Observatorio será plataforma de encuentro entre el sector público y el privado, es clave su composición. He insistido, por tanto, en la inclusión de las industrias creativas, para considerar la dimensión del empleo especialmente, así como de un examen anual en el informe de gestión que evalúe que existe una representación equilibrada de los actores implicados.

El Observatorio va a ser sin duda una pieza muy importante en el indispensable seguimiento del respeto de la propiedad intelectual.

1-046-000

Michel Barnier, membre de la Commission. – Monsieur le Président, mes premiers mots seront pour exprimer très personnellement et chaleureusement mes remerciements à Antonio Masip Hidalgo pour le travail remarquable qu'il a fait sur ce règlement, ainsi que pour le rôle qu'il a personnellement joué dans l'accord qui a été trouvé avec le Conseil, il y a quelques jours, le 19 décembre.

Je voudrais également saluer les efforts fournis par d'autres membres de la commission des affaires juridiques, notamment les rapporteurs fictifs, ainsi que par les rapporteurs pour

avis de la commission de la culture et de l'éducation et de la commission du marché intérieur et de la protection des consommateurs, Sabine Verheyen et Adam Bielan. Ce sont tous ces efforts, et d'autres que je ne peux pas citer, qui ont permis d'aboutir à ce compromis équilibré, positif auquel je veux donner mon accord, Monsieur Hidalgo.

Je voudrais exprimer ma reconnaissance également envers la Présidence polonaise pour avoir soutenu ce dossier jusqu'à l'approbation que je viens d'évoquer.

Mesdames et Messieurs, comme l'a dit le rapporteur, M. Hidalgo, la protection de la propriété intellectuelle me tient à cœur. C'est un sujet important pour notre économie. C'est un défi majeur que nous devons relever ensemble pour la compétitivité. Il faut naturellement que cette propriété intellectuelle et sa défense vivent à l'heure d'aujourd'hui et non pas à l'heure du siècle dernier. L'heure d'aujourd'hui c'est naturellement celle de l'internet, c'est aussi celle de l'Europe.

Voilà pourquoi j'ai lancé le 24 mai dernier un vaste plan d'action pour moderniser les règles qui régissent actuellement la protection de la propriété intellectuelle en Europe. La création de cet Observatoire européen sur les infractions aux droits de la propriété intellectuelle – il s'appellera donc ainsi, Monsieur Hidalgo, comme le Parlement l'a souhaité, "l'Observatoire européen sur les infractions aux droits de la propriété intellectuelle", je suis d'accord avec cette appellation – est une initiative majeure dans cette direction. C'est d'ailleurs la première initiative législative de ce plan d'action. L'Observatoire sera un des piliers de notre lutte commune contre ces infractions.

La création de cet Observatoire représente deux avancées importantes: d'abord, ce sera un lieu de rencontre et d'échange entre experts techniques des secteurs public et privé; en outre, il apportera une capacité nouvelle pour obtenir des données fiables sur l'impact réel de ces infractions sur l'économie et les emplois en Europe. Il importe de bien comprendre le phénomène pour réagir correctement.

Je veux remercier le Parlement de son soutien à notre proposition dans les négociations avec le Conseil, notamment lorsqu'il s'est agi d'obtenir que les informations et les données soient bien fournies par les États à l'Observatoire. Et grâce à cet accord conclu, l'Observatoire va devenir pleinement opérationnel au sein de l'Office de l'harmonisation dans le marché intérieur, et cela dans les plus brefs délais.

Cela ne marquera pas, Mesdames et Messieurs les députés, la fin de tous nos efforts et de notre coopération. Mes services resteront pleinement associés à l'ensemble des activités de l'Observatoire, dans un esprit de coopération avec l'Office.

Par ailleurs, la Commission sera un des principaux bénéficiaires des services fournis par l'Observatoire, du fait de la crédibilité et de l'objectivité renforcée des données qu'il collectera. Le règlement va donner aussi à la Commission la possibilité de saisir l'Office pour qu'il émette des recommandations dans les domaines qui sont traités par l'Observatoire.

Je souhaite, Mesdames et Messieurs, que le Parlement reste très étroitement associé aux travaux de l'Observatoire, comme nous l'avons proposé, comme vous l'avez demandé et comme je l'ai rappelé, pas plus tard que vendredi après-midi lorsque, Monsieur Hidalgo, je me suis trouvé pendant toute une journée à Alicante pour saluer les 1 200 personnes qui travaillent à l'Office des marques et des dessins. Elles font un travail remarquable, extrêmement moderne et c'est à Alicante, grâce à vous et grâce à cet accord, que seront soutenus financièrement et techniquement les travaux de cet Observatoire que nous créons ainsi grâce à votre décision et grâce à votre travail.

Je voulais vous remercier très sincèrement. Il est très important, Mesdames et Messieurs, pour agir correctement et non pas du mauvais côté, que nous ayons une bonne connaissance de ces phénomènes et de ces infractions. C'est maintenant l'outil que nous allons mettre en place, qui commence à se mettre en place, et qui va être possible grâce à vous.

1-047-000

Alajos Mészáros, *a PPE képviselőcsoport nevében.* – Elnök úr! Tisztelt biztos úr! A tárgyalt javaslat, a Belső Piaci Harmonizációs Hivatalt bízta meg a hamisítás és szerzői jogi kalózkodás európai megfigyelőközpontjának üzemeltetésével. Úgy vélem, az elképzelés nagyon gyakorlatias megközelítésű, és pont ezért életképes. A hivatal rendelkezik azzal az infrastrukturális és szakmai háttérrel, amely segítségével a megfigyelőközpontra bízott új feladatokat hatékonyan hajthatja végre.

A megfigyelőközpont megnevezését a jelentés a szellemi tulajdonhoz fűződő jogsértésekkel foglalkozó európai megfigyelőközpontra változtatta. Az új név tükrözi azt az átfogó és koordináló feladatkört, amellyel a központot felruházták. Köztudott, hogy a hamisítás jelentős károkat okoz nemcsak a belső piac, a nemzetgazdaságok, hanem közvetlenül az uniós polgárok számára is. Éppen ezért indokolt a jogérvényesítő stratégiák közös kialakítása, továbbá a tagállami legjobb gyakorlatok rendszeres megosztása. Ennek lesz mostantól platformja a megfigyelőközpont.

A szakbizottsági jelentés egy kiegyensúlyozott dokumentum. Kollégáimmal együtt törekedtünk arra, hogy a rendelet szövege figyelembe vegye a megfigyelőközpont hatékony működésének összes szempontját. Nem véletlenül említi a szöveg a kis- és középvállalkozások különös helyzetét vagy a kulturális és kreatív iparágak képviseletét. Hasonlóképpen fontosnak tartottuk a nemzeti hatóságok, a magánszektor és az uniós intézmények közti hatékony kapcsolattartást. Ahhoz, hogy a termékhamisítás negatív hatásai a polgárok számára is láthatóvá váljanak, a megfigyelőközpontnak elegendő információval kell ellátnia Európa-szerte partnereit.

Ugyanez érvényes a tagállamokra a központ irányába. A jogok tiszteletben tartása és a jogérvényesítés egyszerűbbé válhat, ha ismertté tesszük a jogsértések okozta társadalmi és gazdasági károkat. Méltán bízhatunk abban, hogy egy jó struktúrájú és megfelelő jogi háttérrel rendelkező megfigyelőközpont eredményesen végzi majd munkáját.

1-048-000

Evelyn Regner, *im Namen der S&D-Fraktion.* – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar, sehr geehrter Herr Berichterstatter! Die Rechte am geistigen Eigentum gehören wohl zu den Eckpfeilern der europäischen Wissensgesellschaft. Das geistige Eigentum zählt zu den wichtigsten Ressourcen in Europa. Es ist also ganz klar, diese Rechte müssen ausreichend geschützt werden und vor Fälschung und Nachahmung – dem Markenklau – bewahrt werden.

Unter anderem um den Schutz von Marken- und Produktpiraterie in Europa zu gewährleisten, legte die Europäische Kommission ja den Vorschlag vor, die 2009 eingerichtete Beobachtungsstelle für Marken und Produktpiraterie mit dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt zusammenzulegen. Die dahinter stehende Idee, nämlich die bessere Zusammenarbeit der an der Durchsetzung der Rechte des geistigen Eigentums beteiligten Behörden zu fördern, ist sicherlich verwaltungsmäßig eine gute Idee und vereinfacht die Verfolgung von Straftaten in diesem Bereich.

Dennoch, sehr geehrter Herr Kommissar, möchte ich Ihnen einige Gedanken mit auf den Weg geben. Im Moment werden wir EU-Abgeordnete mit E-Mails, mit Anfragen der Bürger, mit Anrufen und persönlichen Kontakten zu ACTA, dem allseits bekannten Abkommen konfrontiert. Bürgerinnen und Bürger aus allen Mitgliedstaaten befürchten einen Angriff auf ihre persönlichen Daten und fürchten sich vor der Verwirklichung des gläsernen Menschen. Europa war und ist ein Verfechter der Grund- und Bürgerrechte und Vorreiter für andere Staaten in der internationalen Staatengemeinschaft, und das muss auch weiterhin so bleiben.

Wie es scheint, wird diese Beobachtungsstelle in Zukunft ebenfalls mit Angelegenheiten befasst sein, die von ACTA umfasst sind. Insofern fordere ich Sie auf, Folgendes zu beachten: Die Kommission muss sicherstellen, dass den europäischen Bürgerinnen und Bürgern ein uneingeschränkter und sicherer Internetzugang zur Verfügung steht. Außerdem soll das Amt die Behörden der Mitgliedstaaten unterstützen, nicht jedoch selbst tätig werden – das wurde ausdrücklich klargestellt, während der Kommissionsvorschlag die Frage offen ließ. Und schließlich, ganz wichtig: In seinen Beratungen mögen die einschlägigen Vertreter der Zivilgesellschaft, vor allem Konsumentenvertreter, Internetakteure, User, unabhängige Akteure einbezogen werden, also alle wichtigen Akteure des 21. Jahrhunderts.

1-049-000

Christian Engström, *on behalf of the Verts/ALE Group*. – Mr President, the main problem with intellectual property policy, both at EU level and in most of the Member States, is that it is almost completely based on what industry lobbyists are claiming, which is founded on very little proper research.

There are very many reports on intellectual property that have been compiled by the lobbyists basically taking one big number out of thin air, multiplying it by another big number and saying: 'Wow, we lose this amount of money' (or jobs, or whatever).

One prime example of such a report is the terrorism report, which was actually mentioned in the Commission's communication on this observatory. So I am very concerned about this observatory, but many people – including people from the OHIM – have said 'No, the observatory will start collecting proper academic research'. If that actually is the case, I think it would be extremely valuable, because there is a lot of very good academic research showing that the issue of intellectual property and intellectual property infringements is not necessarily as simple as the lobbyists are saying, far from it.

To give the proposal the benefit of the doubt – despite my misgivings about it – hopefully the observatory can be something good if it really focuses on proper academic research. For that reason, I will be abstaining rather than voting against this proposal.

1-050-000

Sajjad Karim, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, may I start off by thanking Mr Masip Hidalgo for the very comprehensive way in which he has dealt with this matter and the very cooperative fashion in which he has dealt with all colleagues who have been engaged with him.

Of all the briefs that I have been involved with since I have been in this Parliament, by far the biggest challenge for me has been the whole intellectual property debate, and the biggest part of the challenge has been trying to keep up with the game, because by the time we have legislated and moved to where we feel we need to be at, the whole agenda seems to

have moved on. Therefore it is absolutely essential that we have a body like this in place that is able to advise us and give us guidance as to where we need to be moving next.

Along with that, politically, I believe there is a need, across this House and in the European Union generally, to have a greater understanding of the value of IP rights and ensure that this is culturally and economically properly understood in Europe, because we have a huge amount at stake. One only needs to look to see how, economically, we need to grow at this moment at time.

Where is that growth going to come from? Well, a big part of our growth agenda can be fulfilled from the potentials that we have in innovation and what our thinkers right across the European Union are doing in the creative industries. Just to quote from one report, across the G20 nations, the internet economy amounted to 4.1% of GDP or USD 2.3 trillion in 2010. That is larger than the economies of Italy or Brazil. In other leading economies it contributed 8% of GDP, powering growth economically and creating jobs. By 2016 we expect there to be 3 billion internet users globally and the internet economy will reach USD 4.2 trillion in the G20 nations.

We therefore need to make sure that we have the correct policy portfolio in place so that we are able to exploit this new and expanding market, and that the Observatory is well placed to be able to assist us to do that.

Certainly, from my Group's perspective, we were at the forefront of ensuring that SMEs play their part in this and that their interests are protected fully as well.

1-051-000

Paul Nuttall, *on behalf of the EFD Group* . – Mr President, this is essentially a commercial problem, and if action is needed, then it is a situation crying out to be addressed by the private sector acting in its own commercial interests, under the law. But instead we get this report, which has all the hallmarks of everything which is worst about the EU and the Commission in particular, because it is going to be done using taxpayers' money.

I thought there was a crisis on. I thought we were living in a time of austerity necessitated by excessive government debt but, as ever, the taxpayer will be required to provide money that he or she can ill afford. The Commission likes to pretend that this will not require any extra resources, but I am more likely to believe that a camel can pass through the eye of a needle. We are creating and extending a bureaucracy, and bureaucracies always set out to justify themselves by showing both the massive scale of the problem and the need for more complex solutions. You can see it in this report and in the proposed legislation. It states facts which can only be conjecture. It is telling that you cannot be precise, or even necessarily in the right ballpark, when assessing grey economic activity.

I do not see any proof that this new extension of the Office for Harmonisation in the Internal Market will either save EUR 10 billion or 185 000 jobs, yet that is the claim. To paraphrase Mandy Rice-Davies, 'they would say that, wouldn't they?' Before I could back any of the proposals such as this, I would require some kind of guarantee that this would work and save the taxpayer money. I do not want to be unkind, but is it not nice for the office to be put in Alicante? You would think that an office like this would be put in an established commercial centre or a place associated with innovation, entrepreneurship and growth, but it is placed on the Costa Blanca. It reminds me of the famous song 'Oh we do like to live beside the seaside, oh we do like to live beside the sea' because – come on, let us get real – we are once again seeing taxpayers' money being thrown at 'jobs for the boys'

corporatism. Where is the evidence for European consumers and taxpayers that they will be better off? That would be a real impact assessment, not the usual Commission approach of assuming what it seeks to prove.

What we have here is the usual manifestation of the Commission's proposals, because it will be a wolf in sheep's clothing. It will never, ever, be brought in at a saving to the taxpayer. It will become eventually, as all these things always do, another bureaucratic monster. It is no more than a proto-agency right now but, as ever, it will grow and it will grow. I predict that, sitting there by the Costa Brava beach, the office and its lucky bureaucrats will become bloated on sun, sangria and paella.

1-052-000

Raffaele Baldassarre (PPE). - Signor Presidente, onorevoli colleghe e colleghi, signor Commissario, mi complimento con il collega Masip Hidalgo per il lavoro svolto, che riconosce la centralità della difesa dei diritti di proprietà intellettuale come strumento indispensabile per la crescita economica dell'Unione europea attraverso la creazione di occupazione e la salvaguardia della diversità culturale.

Le infrazioni al diritto di proprietà intellettuale creano effettivamente un danno enorme alle entrate comunitarie ed è quanto mai necessario rafforzare le attività di contrasto agli atti illegali attraverso la collaborazione delle autorità nazionali, delle istituzioni dell'Unione europea e degli esperti del settore.

L'adozione di questa misura risponde a questa esigenza e ci permette di gettare le basi per la creazione di un mercato unico dei diritti di proprietà intellettuale.

L'inquadramento dell'Osservatorio all'interno dell'Ufficio europeo per il mercato interno assicurerà infatti le necessarie risorse umane, finanziarie e logistiche per poter svolgere in maniera efficace il proprio mandato.

Siamo all'inizio di un lungo percorso, durante il quale occorrerà svolgere un attento e meticoloso lavoro di monitoraggio e valutazione delle attività svolte dall'Osservatorio.

La violazione dei diritti di proprietà intellettuale avviene infatti a più livelli, presentando gradi diversi di tutela e al riconoscimento dagli Stati membri.

Diventerà indispensabile continuare ad avvalersi dell'*expertise* delle autorità nazionali e delle numerose specifiche associazioni di rappresentanza.

Ciò permetterà di rafforzare le competenze tecniche dell'Osservatorio, garantendo nel contempo che ogni diritto di proprietà intellettuale sia identificato a livello comunitario senza alcuna scala gerarchica nel livello di protezione e riconoscimento.

1-053-000

Lidia Joanna Geringer de Oedenberg (S&D). - Panie Przewodniczący! Urząd Harmonizacji Rynku Wewnętrznego w Alicante od 1996 roku jest oficjalną instancją w sprawach postępowań dotyczących wspólnotowych znaków towarowych, a od 2003 roku także w sprawie zarejestrowanych wzorów wspólnotowych. We wszystkich państwach członkowskich nastąpiła w tym względzie pełna i dobrze funkcjonująca harmonizacja. Miarą sukcesu urzędu jest choćby fakt, iż jedynie w zeszłym roku wpłynęło do niego ponad 98 tysięcy znaków towarowych i blisko 82 tysiące wzorów, co świadczy o wzrastającym znaczeniu ochrony na poziomie wspólnotowym. To rosnące zaufanie do urzędu powoduje,

że wydaje się słuszne rozszerzenie jego spektrum działania, oczywiście w zgodzie z unijnym prawem, szczególnie z Kartą praw podstawowych gwarantującą respektowanie wszystkich wolności obywatelskich i należytą ochronę danych osobowych.

Ostatnio głośne manifestacje przeciw umowie ACTA pokazały, że supertajne negocjacje nie są akceptowane przez obywateli. Mam nadzieję, że nowe obserwatorium w Alicante będzie działało w sposób transparentny i dla dobra zwykłych obywateli, a nie pod presją lobbystów z wielkich korporacji. Na koniec chciałabym serdecznie pogratulować sprawozdawcy bardzo dobrze wykonanego zadania.

1-054-000

Alexandra Thein (ALDE). - Herr Präsident, Herr Kommissar! Im Jahr 2009 hatte das Europäische Parlament beschlossen, eine europäische Beobachtungsstelle insbesondere für Marken- und Produktpiraterie einzurichten, um verlässliche objektive Daten über die tatsächliche Anzahl gefälschter und nachgeahmter Produkte zu erheben und nicht nur auf die von Produzenten und Handel zur Verfügung gestellten Daten angewiesen zu sein. Die Beobachtungsstelle, die im Endeffekt erst ab 2010 tätig war, war ein voller Erfolg. Sie ist zu einem Kompetenzzentrum geworden, das Informationen und Daten über alle gefälschten Produkte, z. B. Arzneimittel, Spielzeug oder Autozubehörteile, erfasst, die das Leben und die Gesundheit unserer Bürger bedrohen.

Diese von der Kommission mitverwaltete Stelle – im Endeffekt war es ja nur eine Mitverwaltung – musste daher jetzt neu strukturiert werden und angesichts des Aufgabenzuwachses auch mehr personelle und sachliche Ressourcen erhalten. Um dies zu bewerkstelligen, haben wir uns aus Kosten- und Effizienzgründen entschieden, nicht etwa eine neue Agentur zu gründen, sondern eine bestehende Agentur in Anspruch zu nehmen und die Aufgaben der Beobachtungsstelle im Endeffekt der bestehenden Agentur, dem Harmonisierungsamt für den Binnenmarkt in Alicante zu übertragen. In der Tat hat diese Agentur 650 Mitarbeiter, die bisher schon fachlich für die Eintragung von Gemeinschaftsmarken und Geschmacksmustern zuständig sind.

Ich möchte den Kollegen aus Großbritannien, der jetzt leider schon gegangen ist, nochmals ausdrücklich darauf hinweisen, dass diese Stelle ja deswegen kostenneutral arbeiten kann, weil sich diese Agentur aus den Gebühren für besagte Marken selbst finanziert, und wir also sozusagen auf eine bestehende Agentur einfach nur etwas draufsatteln und von dem Gebührenaufkommen profitieren. Ich möchte auch noch einmal darauf hinweisen, dass lediglich in den Erwägungsgründen auch das Problem des Datendiebstahls mit untersucht werden soll und dort erwähnt wird, aber dass die Beobachtungsstelle sich vornehmlich mit der Marken- und Produktpiraterie befasst.

(Die Rednerin ist damit einverstanden, eine Frage nach dem Verfahren der „blauen Karte“ gemäß Artikel 149 Absatz 8 Geschäftsordnung zu beantworten.)

1-055-000

Sajjad Karim (ECR), *blue-card question* . – Mr President, Ms Thein has been most gracious in her comments.

Ms Thein, you made reference to a British colleague and I wonder if you would agree with me, based upon what he said, that he quite clearly has no idea what he is talking about. He has attended here today with a prepared script, has not once attended the committee, has not once made a single statement in committee and has not moved a single amendment

by either himself or anybody in his delegation or in his Group. He certainly does not speak for the British position on this. I hope you will agree with me when I say that.

1-056-000

Alexandra Thein (ALDE), *Antwort auf eine Frage nach dem Verfahren der blauen Karte*. – Ich kann die Frage eindeutig mit Ja beantworten. Darauf zielt die Frage ja auch ab. Ich denke, es ist wirklich bedauerlich, dass hier einfach Ausführungen ohne nähere Sachkenntnis gemacht wurden.

Ich komme auch von einer liberalen Partei, die extrem auf Kosten und auf Effizienz achtet, und ich hoffe natürlich, dass die dort anwesenden Mitarbeiter ihre Aufgaben ordentlich erfüllen. Vor allem aber hoffe ich, dass diese Agentur weiter kostenneutral arbeitet, indem sie sich weiter aus Gebühren finanziert und keinerlei Zuschüsse bedarf.

1-057-000

Eva Lichtenberger (Verts/ALE). - Herr Präsident! Zuerst ein Dankeschön an meinen Kollegen, Herrn Masip, der wirklich eine sehr offene Debatte über diesen Bericht zugelassen hat und auch einige Anregungen von den anderen Schattenberichterstellern aufgenommen hat, die ich für sehr wichtig halte.

Die Verstöße gegen die entsprechenden Rechte bei den Markenfälschungen sind ein ernstes Problem, das ist völlig klar. Aber ich glaube, denen kann man nicht nur mit einer Konzentration auf Strafbestimmungen und auf *enforcement* Herr werden. Man muss hier andere, neue Strategien wählen, um wirklich klar antworten zu können. Das Wichtigste für mich ist, dass die in dieser Beobachtungsstelle gewählte Methodologie verlässlich ist, dass wir verlässliche Daten bekommen, unter Einbeziehung der Zivilgesellschaft, und dass auch neue Geschäftsmodelle und Fragen des Datenschutzes berücksichtigt werden.

Die alten Strategien funktionieren in diesem Bericht nicht. Das muss man zur Kenntnis nehmen. Ich habe ein Problem damit. Der Wortlaut ist glücklicherweise verbessert worden. Ob sich die Praxis auch verbessert, das werden wir sehr genau mitverfolgen, denn das zeichnet sich derzeit meiner Ansicht nach wirklich noch nicht ab.

1-058-000

Emma McClarkin (ECR). - Mr President, today we are discussing the European Observatory, which will help to provide independent data and facilitate the exchange of good practice in the very real area of counterfeiting and piracy.

Firstly, I am glad to see that the initial proposal from the Commission has undergone a number of changes within Parliament and the Council, especially when it comes to the governance model. The Member States forming part of the Administrative Board are important to the governance structure and their oversight is legitimising the work, as the Office should be policy-informing instead of policy-leading.

I welcome the European Observatory, as there has been a lack of independent data and harmonised activity across the EU in the area of counterfeiting and piracy. The collection of data in this area will be increasingly important as a source of evidence to inform the debate on copyright infringement and IPR abuse.

However, we do not want to see a duplication of effort in protecting IPR. The Office should be taking into account the existing information obligations on Member States relating to intellectual property infringements.

As a member of the Committee on Culture and Education, I have been following the opinion on this report, which I also finally supported. The Committee on Culture's opinion called for more recognition of the cultural dimension of IPR, and stressed the importance of people from the cultural and creative sectors participating in meetings of the Observatory.

I have submitted amendments that will allow the Observatory to focus on all types of IPR infringements.

Another important issue is to have the Office support the activities of national authorities as well as private industry, but it should provide observations, not strict recommendations to Member States.

I am indeed relieved that we, in these difficult financial times, are able to save the taxpayers money by efficient use of financial and human resources and at no cost to the EU budget.

With the governance model in the final proposal being much more satisfactory, and the description of the tasks and responsibilities of the Observatory now being more concrete, I am now happy to vote in favour of the final report.

1-059-000

Marielle Gallo (PPE). - Monsieur le Président, Monsieur le Commissaire, je voudrais commencer par féliciter, moi aussi, M. Masip Hidalgo et les rapporteurs fictifs.

Pourquoi cette initiative législative est-elle si importante? Parce que, actuellement, certains dirigeants politiques, certains membres de notre Parlement ne sont pas encore convaincus de la nécessité d'apporter une protection efficace aux droits de propriété intellectuelle. Pourtant, il est prouvé que les atteintes aux droits de propriété intellectuelle ont eu des conséquences économiques néfastes sur les entreprises et sur l'emploi. Mais les études chiffrées qui en témoignaient ont été critiquées. On a contesté leur impartialité.

Aujourd'hui, l'Observatoire européen des atteintes aux droits de propriété intellectuelle, en faisant appel à des experts ainsi qu'aux parties prenantes qui représentent différents secteurs et divers intérêts, fonctionnera dans la transparence et fournira des données objectives, fiables, pertinentes et comparables sur la valeur des droits de propriété intellectuelle et les atteintes à ces droits. Son forum permettra les échanges de vues et la discussion sur les nouveaux modèles économiques qui favorisent le développement de l'offre légale. Je crois vraiment que cette évolution marque une étape fondamentale pour aider les autorités nationales et le secteur privé à protéger la création, l'innovation et le savoir-faire européen dans le marché intérieur et à l'extérieur.

(L'oratrice accepte de répondre à une question "carton bleu" (article 149, paragraphe 8 du règlement))

1-060-000

Paul Rübiger (PPE), *Frage nach dem Verfahren der blauen Karte.* – Herr Präsident! Ich würde bitten, dass ein Techniker mein Mikrofon repariert, weil es nicht funktioniert.

An Frau Gallo möchte ich gerne die Frage stellen, ob diese Beobachtungsstelle auch darauf achten wird, dass insbesondere Einzelpersonen, die geistige Eigentumsrechte besitzen, und kleine und mittlere Betriebe, die derartige Rechte besitzen, hier auch entsprechend ihrer

Betriebsgrößenklasse erfasst werden, weil es gerade für kleine Betriebe sehr wichtig ist, diese Schutzfunktion zu bekommen. Wird es hier dann auch für kleine und mittlere Betriebe Empfehlungen geben, wie sie ihre geistigen Eigentumsrechte in Zukunft schützen können?

1-061-000

Marielle Gallo (PPE), *Réponse "carton bleu"*. – Monsieur le Président, je suis tout à fait en mesure de répondre à cette question puisque ce qu'on appelle la société civile sera amenée à être consultée, à participer au forum de discussion et à donner ses avis. Par conséquent, les petites et moyennes entreprises sont évidemment concernées et pourront tout à fait faire entendre leur voix. On ne peut pas, avant la mise en œuvre de cet outil, qui est tout de même un outil technique formidable, manifester de la défiance. Il faut, au contraire, y croire et conjuguer tous nos efforts pour le faire fonctionner le mieux possible.

1-062-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - O abordare armonizată și progresivă privind drepturile de proprietate intelectuală este esențială pentru realizarea obiectivelor ambițioase ale Strategiei Europa 2020, inclusiv Agenda digitală pentru Europa. Oficiul oferă un forum care reunește autorități publice și reprezentanți ai sectorului privat, asigurând colectarea, analiza și diseminarea de date obiective, comparabile și fiabile privind valoarea drepturilor de proprietate intelectuală și încălcările acestor drepturi, identificând și promovând cele mai bune practici și strategii pentru respectarea drepturilor de proprietate intelectuală și contribuind la sensibilizarea publicului în legătură cu efectele încălcării acestora.

Pentru Parlamentul European, respectarea drepturilor și libertăților fundamentale ale cetățenilor este fundamentală. Măsurile ce vizează protecția proprietății intelectuale nu trebuie să încalce drepturile și libertățile fundamentale ale cetățenilor. Legislația europeană, prin pachetul Telecom, interzice furnizorilor de servicii să filtreze conținutul pe internet, în lipsa unui mandat emis de un judecător. Observatorul nu trebuie decât să sprijine și să se limiteze la implementarea legislației europene specifice.

1-063-000

Andreas Schwab (PPE). - Herr Präsident, meine Damen und Herren, lieber Kommissar Barnier! Zunächst einmal möchte ich darauf hinweisen, dass ich glaube, dass wir mit dieser Vereinbarung, die wir hier auf Vorschlag der Kommission getroffen haben, einen entscheidenden Schritt nach vorne tun können bei der Aufklärung junger Menschen darüber, welche Folgen Produktpiraterie und der Kauf von gefälschten Artikeln für ihre Gesundheit, aber auch für die europäische Wirtschaft haben kann.

Ich darf in diesem Zusammenhang an die sehr positive Initiative für die Schaffung eines europäischen Preises erinnern, die das Europäische Markenamt nach der Einrichtung dieser Beobachtungsstelle ergriffen hat, eines Preises für die besten Ideen von jungen Menschen, wie noch besser kommuniziert werden kann, welche negativen Folgen Produktpiraterie oder der Kauf gefälschter Waren haben kann.

Der Kollege Masip Hidalgo war ja in der vergangenen Woche mit mir zusammen – auch mit Ihnen, Herr Kommissar – in Brüssel zugegen, als wir wirklich hervorragende kleine Filme präsentieren konnten, die auch von der Kommission prämiert wurden und die in sehr einfacher Sprache und ohne automatisch einen moralischen Vorwurf zu erheben zeigen, welche Schwierigkeiten für die europäische Industrie mit Markenpiraterie und gefälschten Produkten verbunden sind.

Ich glaube, dass uns in diesem Haus bei allen unterschiedlichen Ansichten im Detail die Auffassung verbindet, dass wir eine bessere, verständlichere, kommunikativere Strategie brauchen, um gerade den jungen Menschen zu zeigen, was der Missbrauch von Möglichkeiten im Internet am Ende für die europäische Wirtschaft, für die Arbeitsplätze von Papa und Mama bedeuten kann. Hier sind noch mehr Aktionen gefragt. Wir sind auf einem sehr guten Weg, aber lieber Kommissar Barnier, ich glaube, wir sollten versuchen, dass wir diesen Weg verstetigen und richtig gute Ideen dann nicht nur prämiieren, sondern auch in die europäische politische Kommunikation einspeisen.

Ich meine, dass es ein sehr guter Beitrag wäre, wenn das Europäische Parlament den LUX-Preis, den wir ja jedes Jahr für einen hervorragenden europäischen Film verleihen, mit einem dieser Shortclips versehen würde, um auch im Vorspann zu diesem Film auf die negativen Folgen der Produktpiraterie hinzuweisen.

1-064-000

Procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»)

1-065-000

Ildikó Gáll-Pelcz (PPE). - Elnök úr! A szellemi tulajdonhoz fűződő jogok megfelelő szintű és egységes piaci védelmének biztosítása kulcsfontosságú az Unió gazdasága számára. A szellemi tulajdon európai keretét úgy kell átalakítanunk, hogy az már ma elérhető lehetőséget teremtsen a vállalatok és az állampolgárok számára, ugyanakkor az is fontos, hogy megfeleljen az online világ és az ötletek globális versenye diktálta követelményeknek. Ugyanakkor nem eshetünk a túlszabályozottság hibájába sem, amely mint látjuk, például az ACTA esetében aggodalomra, találgatásra és esetenként hisztériára is lehetőséget ad. Az előrehaladás az új ötletek, az új ismeretek függvénye is. De az innováció senki számára nem lesz vonzó befektetési lehetőség, ha a szellemi tulajdonhoz való jogokat nem részesítjük a szükséges védelemben. Ezért fontos a megfigyelőközpont, amely akár az európai tudás (Az elnök megvonta a szót a képviselőtől.)

1-066-000

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Otázky ochrany duševného vlastníctva sa v poslednom čase výrazne spolitizovali a dostali sa do centra verejného záujmu najmä vďaka spornej dohode ACTA. Pri tejto príležitosti by som chcela otvoriť otázku, či je aktuálna ochrana patentov tou najefektívnejšou a najspravodlivejšou. Chcem spomenúť najmä patentové právo, ktoré umožňuje farmaceutickým firmám predávať lieky proti smrteľným chorobám za vysokú cenu. Navyše, pod hrozbou sankcií môžu zabrániť výrobe a predaju rádovo lacnejších generík. Technicky teda nie je problém zabrániť úmrtiu ľudí, ale právne to nie je možné, pretože farmaceutické korporácie sa nechcú vzdať svojich ziskov z predaja a bránia realizácii toho, čo technicky možné je. Existencia patentu v súčasnej podobe tak vedie priamo k tomu, že mnoho ľudí celkom zbytočne umiera a trpí.

1-067-000

Iosif Matula (PPE). - Proprietatea intelectuală, în orice formă a sa, reprezintă un subiect important la nivelul Uniunii. Studiile arată că pirateria scade motivația pentru inovare a întreprinderilor, afectând numărul locurilor de muncă și reprezentând un pericol la adresa sănătății cetățenilor noștri. Contrafacerea nu afectează doar produsele de lux, ci și pe cele utilizate în viața de zi cu zi, inclusiv medicamentele și alimentele. Astfel, amploarea fenomenului impune o abordare coordonată a politicilor în domeniul la nivelul UE. În plus,

se impune colaborarea cu statele terțe și elaborarea de programe de asistență tehnică ce vizează noile mijloace de contrafacere.

Doresc să atrag atenția asupra diferențierii pe care este obligatoriu s-o facem între piraterie și utilizarea privată, informându-i totodată pe cetățeni cu privire la impactul multiplu al încălcării drepturilor de proprietate intelectuală. Transparența deciziilor luate în cadrul Oficiului pentru... (*președintele a întrerupt vorbitorul*)

1-068-000

Elena Băsescu (PPE). - Consider că modificarea propusă este optimă în contextul restricțiilor bugetare din sistemul instituțional european. Reunirea atribuțiilor Oficiului cu cele ale Observatorului înseamnă mai multă vizibilitate pentru factorii de decizie externi. Sprijin propunerea de a asigura transparența funcționării acestui mecanism în totalitatea procedurilor sale.

Totodată, susțin schimbul de bune practici în domeniul gestionării drepturilor de proprietate intelectuală de către IMM-uri. Amendamentul 6 al raportului este relevant - structura astfel creată poate susține dezvoltarea noilor modele de afaceri. Diversificarea obiectului de activitate trebuie însoțită de protecția adecvată a drepturilor de proprietate intelectuală utilizate. De aceea, este nevoie de o comunicare permanentă între statele membre, Comisie și Oficiu. Totodată, cetățenii europeni trebuie să fie informați și trebuie implicați în mod activ în funcționarea Oficiului.

1-069-000

Paul Rübïg (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte Kommissar Barnier fragen, wie es aussieht mit dem Markenwert, der ja bei Großkonzernen immer wieder publiziert wird, der aber gerade für kleine und mittlere Betriebe im Export, im internationalen Auftritt, von besonderem Wert ist. Können Sie sich vorstellen, dass man hier mit diesem Amt in Zukunft auch ermittelt, was die Kosten für geistiges Eigentum sind, nämlich auf globaler Ebene, und dass man dann in diesem Transparenzvergleich auch zeigt, wie wir in Europa stehen, und ob es für einzelne Künstler, die hier Urheberrechte geltend machen, auch leistbar ist, diesen internationalen Schutz dann zu bekommen?

1-070-000

(Fin del procedimiento de solicitud incidental de uso de la palabra («catch the eye»))

1-071-000

Michel Barnier, *membre de la Commission.* - Monsieur le Président, merci à chacune et chacun d'entre vous de vos interventions et de votre soutien, même s'il y a des questions ou des réserves légitimes sur ce projet d'observatoire.

Je voudrais d'abord apporter à Mme Regner et à M. Engström la confirmation qu'à la suite d'un amendement de M. Masip Hidalgo, l'amendement 31, la société civile aura son rôle à jouer dans le fonctionnement de cet observatoire et que ce rôle est bien reconnu par le texte final. C'est un des progrès – je le dis comme je le pense – qui est dû au Parlement par rapport au texte initial de la Commission. Madame McClarkin l'a rappelé, le texte a été amélioré et je voulais vous en remercier.

Je voudrais également dire à Mme Geringer et à Mme Lichtenberger que l'observatoire commence à travailler. Je vous le confirme, j'étais à Alicante vendredi toute la journée; j'y

ai rencontré la petite équipe qui démarre ce travail avec beaucoup de compétence, beaucoup d'indépendance, beaucoup de professionnalisme et qui va monter en puissance. Je crois pouvoir dire, Monsieur Wikström, en vous remerciant de votre attente objective par rapport aux travaux de cet observatoire, que la méthodologie sera fiable et les travaux seront objectifs et transparents.

Je voudrais également dire à Mme McClarkin qu'à la suite de l'amendement 13 qui a été déposé, on évite la duplication. Cet office, qui est à Alicante et qui travaille déjà avec les régulateurs nationaux – j'y étais d'ailleurs vendredi, au moment même où il y avait une réunion avec tous les représentants des régulateurs nationaux qui travaillent avec l'office d'Alicante – va permettre justement de faciliter ce travail, d'éviter cette duplication avec les superviseurs nationaux, et donc de faire un bon travail, intelligent, entre l'office européen – avec l'observatoire européen – et les superviseurs nationaux.

Je remercie M. Mészáros de son soutien. Je voudrais dire à Mme Gallo et à M. Engström, que ce travail est très important. Nous l'abordons avec le souci d'être objectif et d'être crédible. Nous l'abordons – j'en ai parlé d'ailleurs avec M. Campinos, le président très dynamique de l'Office des marques d'Alicante – de manière positive. Il s'agit de faire une démonstration objective, concrète, fiable, de ce que représente la propriété intellectuelle pour l'économie, pour la croissance, pour les emplois, de le faire de manière positive et de le faire de manière absolument crédible. Un certain nombre d'études économiques vont donc être conduites, précisément sur ce que représente la valorisation de la propriété intellectuelle sur l'économie.

M. Schwab, vous l'avez très bien dit et, avec M. Masip Hidalgo, vous en donnez l'exemple avec ce prix décerné à des jeunes ou à des jeunes entrepreneurs, il ne s'agit pas de criminaliser – M. Engström, vous vous souvenez que dans un débat public en commission, je vous ai dit que ce n'était pas mon intention de criminaliser ou de montrer du doigt les jeunes – mais d'abord d'expliquer. Je crois profondément d'abord au contrat plutôt qu'à la contrainte. Et nous allons donc, à partir de cette démonstration économique – et cela ne concerne pas seulement l'économie, Mme Flašíková ou M. Matula ont évoqué les problèmes de sécurité et de santé publique que peuvent poser les produits contrefaits, notamment les médicaments contrefaits – procéder à cette explication positive pour montrer les dégâts que peuvent parfois causer le piratage et la contrefaçon pour l'économie, la sécurité ou la santé.

À partir du travail objectif de cet observatoire, nous allons donc développer des campagnes d'explication. Nous allons également – M. Schwab, je vous l'avais dit – développer un travail en commun avec les pays d'où viennent ces produits contrefaits. J'étais il y a quelques jours en Chine notamment pour en parler. Nous allons augmenter les moyens de recherche technologique sur les matériels de détection et nous allons également, en liaison avec M. Šemeta, renforcer la formation des hommes et des femmes qui travaillent aux différentes frontières externes de l'Europe – les services des douanes, de la police – pour participer à une formation commune sur la lutte contre la contrefaçon.

Voilà tout ce que va permettre cet observatoire auquel je crois beaucoup et c'est aussi pourquoi je vous remercie de votre soutien.

Mme Țicău, M. Baldassarre et M. Karim ont évoqué l'importance de l'innovation pour l'économie. C'est aussi pourquoi, Mesdames et Messieurs les députés, j'attache autant d'importance à un autre sujet protégeant la propriété intellectuelle qui est le brevet. Nous sommes sur le point, dans quelques semaines, d'aboutir enfin, après vingt-cinq ans d'attente, à la création, au moins pour vingt-cinq pays et j'espère vingt-sept, d'un brevet, d'un titre

unique de protection des inventions industrielles. Cela participe du même soutien à l'innovation, à la création et donc à l'emploi.

Je ne vais pas répondre longuement à M. Nuttall, qui a d'ailleurs quitté cet hémicycle, sauf pour confirmer ce qu'a dit Mme Thein, que je remercie. Il n'y aura pas d'appel aux contributions publiques puisque, précisément, nous créons cet observatoire appuyé à Alicante et que, comme vous l'avez très bien dit Madame Thein, l'office d'Alicante fonctionne sans contributions publiques, avec des taxes et des redevances sur les marques.

Un million de marques sont protégées à Alicante. M. Rübzig posait la question des petites et moyennes entreprises, comme Mme Bănescu tout à l'heure. Or, sur ce million de marques, plusieurs centaines de milliers, et j'ai pu le voir, sont des marques ou des dessins protégés par des petites, parfois de très petites, et moyennes entreprises.

Voilà aussi l'intérêt, Monsieur Rübzig, d'être situé à Alicante, parce qu'on a là, avec toute la technologie qui est mise en place – ouverte d'ailleurs, j'ai pu le constater, pour qu'on sache rechercher, trouver, vérifier des marques – on a la capacité de s'appuyer sur ce réseau de petites et moyennes entreprises qui sont précisément les clients de l'Office des marques d'Alicante.

Je voudrais, Monsieur le Président, conclure en évoquant un point que Mme Regner et Mme Gáll-Pelcz ont évoqué, qui est en marge de ce sujet mais qui est important: la polémique qui semble monter et qui est parfois entretenue au sujet d'ACTA. Je voudrais, sur ce point, inviter l'ensemble des parlementaires, des partis intéressés à faire preuve d'objectivité et à se garder de tirer des conclusions hâtives ou définitives sur ces sujets complexes, parce qu'un esprit de responsabilité est nécessaire de la part de tous ceux appelés à participer à la décision en vertu de leurs compétences institutionnelles respectives.

Je voudrais également souhaiter que vous puissiez maintenir l'audition que vous avez prévue sur le sujet d'ACTA au début du mois de mars. Ce sera une bonne occasion d'aller au fond de ce sujet de manière objective, sans passion – c'est une question importante – pour que vous puissiez prendre vous-même, en toute responsabilité, une décision en connaissance de cause. Mon collègue chargé du commerce, Karel De Gucht, s'expliquera complètement en détail sur ce point à l'occasion des débats qui sont prévus fin février et début mars au sein de votre Assemblée.

Je voudrais simplement, sur ACTA, ou ACAC en français, confirmer que la Commission considère qu'ACTA serait un outil juridique utile pour garantir à l'échelle internationale un meilleur respect et une protection plus efficace des droits de propriété intellectuelle. Il s'agit d'un instrument qui veut encourager les pays tiers à assurer un niveau de protection élevé et équilibré des droits de propriété intellectuelle, et dès lors équivalent à celui qui existe chez nous en Europe. La Commission a toujours considéré qu'ACTA ne changera pas l'acquis communautaire. Cet instrument n'entraînera donc aucune obligation d'apporter des modifications à l'acquis communautaire, que ce soit sur la directive e-commerce ou la directive relative au respect des droits de propriété intellectuelle.

Nous considérons aussi, Mesdames et Messieurs les députés, qu'ACTA est cohérent avec les traités instituant l'Union européenne, y compris – c'est un point que Mme Regner a évoqué – la Charte européenne des droits fondamentaux.

Voilà ce que je voulais dire sur ce point, en vous remerciant de votre attention et de vos questions, et en remerciant très sincèrement M. Masip Hidalgo du soutien, de l'appui et de l'amélioration qu'il a apportés à ce texte avec chacun d'entre vous.

Peut-être d'ailleurs – je pensais à cela en écoutant M. Schwab – serait-il utile, après le vote de ce rapport et une fois l'observatoire mis en place avec cette petite équipe que j'ai rencontrée, qu'un certain nombre d'entre vous, de tous les groupes, puissent se rendre à Alicante, pour voir sur place comment fonctionne cet office. On y constatera d'ailleurs que ce n'est pas le soleil qui empêche de bien travailler, au contraire.

Je suggère donc qu'une délégation de parlementaires de tous les groupes – et peut-être m'y rendrai-je à nouveau avec vous – puisse aller voir comment fonctionne l'Office des marques et des dessins et comment commence à fonctionner cet observatoire que vous créez ainsi par votre décision.

1-072-000

IN THE CHAIR: EDWARD McMILLAN-SCOTT

Vice-President

1-073-000

Antonio Masip Hidalgo, *Ponente* . – Señor Presidente, muchas gracias a los ponentes alternativos y a todos los miembros de la Comisión de Asuntos Jurídicos que tanto han trabajado conmigo en este informe. Yo he procurado acercarme a ellos en todas sus sugerencias, no solo en el texto sino también en el ritmo y en el calendario que ellos mismos han propuesto.

Quiero decirles que, de la misma manera en que ellos han sido leales y buenos colaboradores, yo espero serlo también, humildemente, en mis aportaciones a los informes en los que ellos van a tener primacía próximamente, especialmente el señor Karim, con el que espero colaborar muy profundamente.

Pero también quisiera sugerir, puesto que estamos en un contexto de cortesía parlamentaria, a la señora Lichtenberger y al señor Engström, que han trabajado tanto en este asunto y a los que me he aproximado tanto, que mediten, de aquí al Pleno de marzo, en el que se votará este informe, su voto de abstención, decidido por prejuicios y por la duda de que la teoría no coincida con la práctica. No, vamos a tener confianza en que la teoría sea la teoría y sea una buena práctica. Si ellos votan a favor, con nosotros, y este informe se aprueba —no sé si por la unanimidad de todos los parlamentarios pero sí de los grupos parlamentarios, de las cabezas de los grupos parlamentarios—, podemos tener una legitimación mayor para exigir que, efectivamente, como dice la señora Lichtenberger, la práctica y la teoría no sean dualismo, sean todo uno; que eso se pueda cumplir y que todos ustedes lo puedan seguir, como yo creo que se merecen en su trabajo.

Quisiera, por último, decir que no ha podido faltar el exabrupto cotidiano en este Parlamento del euroescepticismo, bastante vergonzante por cierto, puesto que, encima, no está para escuchar la réplica de nuestra parte.

Alicante —ciudad y región— no puede flagelarse por estar junto al mar, ni por ser un lugar paradisiaco; tampoco por ser un lugar, como ha dicho muy bien el señor Barnier, de excelente trabajo del señor Campinos y todo su equipo. Ya los hemos visitado allí: yo he estado al frente de una delegación de la Unión Europea en esa visita, y he quedado prendado del trabajo que están realizando en Alicante. Así pues, los que todavía tengan dudas sobre este asunto deben incorporarse a la nueva delegación que el señor Barnier nos ha animado a crear para volver a visitar Alicante.

Y quiero decirle a este euroescéptico que, cuando él estaba hablando de algo que desconocía, como muy bien dijo el señor Karim, yo estaba pensando en algo que conozco, en el escritor inglés Aldous Huxley, cuando al terminar su gran novela *Contrapunto*, a través de Burlap, uno de sus grandes personajes, dice la cita bíblica: «Señor, Señor, de gentes como estas es el Reino de los Cielos».

Pues sí, de gentes como estas, que no saben de lo que hablan, también es el Reino de los Cielos, es el reino de este Parlamento, pero serán —espero— una minoría cualificada.

1-074-000

Paul Rübiger (PPE). - Herr Präsident! Zur Redefreiheit im Parlament braucht man auch eine Mikrofonanlage, die funktioniert. Bei mir ist der Knopf zum Einschalten des Mikrofons kaputtgegangen. Ich würde bitten, dass ein Techniker die Redefreiheit wiederherstellt.

1-075-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place tomorrow (Tuesday, 14 February 2012).

Written statements (Rule 149)

1-075-500

Sergio Berlato (PPE), per iscritto. – L'Osservatorio europeo sulla contraffazione e la pirateria, istituito nel 2009, è diventato un centro di competenze per la raccolta, il monitoraggio e la comunicazione d'informazioni relative alle violazioni dei diritti di proprietà intellettuale e una piattaforma di cooperazione in cui le parti interessate scambiano idee sulle migliori pratiche, con l'obiettivo di sviluppare strategie di tutela dei diritti di proprietà intellettuale. Accolgo positivamente la proposta della Commissione di attribuire i compiti dell'Osservatorio all'Ufficio per l'armonizzazione nel mercato interno al fine di sviluppare ulteriormente le attività operative e migliorare l'adempimento dei compiti, recentemente ampliati. In un contesto di aumento esponenziale dei fenomeni di contraffazione e pirateria, che provocano una riduzione dell'incentivo all'innovazione delle imprese europee e che contribuiscono a determinare una contrazione dei posti di lavoro, ritengo opportuno rafforzare una politica coordinata a tale riguardo. Ricordo, inoltre, che per determinate categorie di prodotti (medicinali, giocattoli, elettrodomestici, ecc.) la contraffazione costituisce un rischio per la salute umana e causa una considerevole diminuzione della protezione dei consumatori europei. Sottolineo l'importanza di garantire che le informazioni raccolte e divulgate dall'Ufficio per l'armonizzazione soddisfino i criteri di completezza e qualità dei dati e che le attività da esso svolte siano guidate da solidi principi di trasparenza.

16. Interconnection of central, commercial and companies registers (debate)

1-077-000

President. – The next item is the report by Kurt Lechner, on behalf of the Committee on Legal Affairs, on the proposal for a directive of the European Parliament and of the Council amending Directives 89/666/EEC, 2005/56/EC and 2009/101/EC as regards the interconnection of central, commercial and companies registers (COM(2011)0079 – C7-0059/2011 – 2011/0038(COD)) (A7-0022/2012).

1-078-000

Kurt Lechner, *Berichterstatter*. – Herr Präsident! Zunächst stelle ich fest, dass der Knopf meiner Mikrofonanlage offensichtlich funktioniert, ich also über die Freiheit der Rede verfügen kann.

Es ist ganz offensichtlich, dass ein besserer Zugang zu Handelsregistern und eine bessere Verknüpfung der Handelsregister von großer Bedeutung und wünschenswert sind, ebenso wie die Bedeutung der Handelsregister für den Rechtsverkehr und die Wirtschaft. Bereits aus dem Jahr 1968 stammt die erste Gesellschaftsrichtlinie, die sich mit der Einrichtung der Handelsregister und seinen Inhalten beschäftigt. Sie wird hier geändert, zusammen mit den Richtlinien über die Zweigniederlassungen und die Verschmelzung.

Seit 2007 müssen die Handelsregister elektronisch geführt werden. Es ist wiederum offenkundig, dass das Potenzial dieser elektronischen Führung nur dann ausgeschöpft wird, wenn nicht zentnerweise Akten durch die Gegend geschickt werden, sondern stattdessen die Kommunikation zwischen den Registern elektronisch läuft und man auch von außen entsprechend Zugang hat, und schließlich – was ganz wichtig ist – wenn auch alle mitmachen und nicht nur einige. Zu unterscheiden ist einerseits zwischen der Kommunikation der Register untereinander, insbesondere der Haupt- und Zweigniederlassungen, und zum anderen dem Zugang, der grenzüberschreitenden Einsichtnahme in die Register durch Bürger, Unternehmen und Berater.

Das Parlament hat die Initiative der Kommission von Anfang an begrüßt und kann feststellen, dass im Laufe der Beratungen eigentlich in allen Sachfragen zwischen Kommission, Rat und Parlament Übereinstimmung erzielt wurde. Ich darf insofern meinen Dank aussprechen an alle Fraktionskollegen, aber auch an die Kommission, die durch eine sehr gute Vorlage ihren Beitrag dazu geleistet hat. Mein Dank gilt nicht nur der dänischen, sondern vor allem auch der polnischen Präsidentschaft, die sich sehr intensiv mit den Details beschäftigt und sie vorangebracht hat.

Ich will kurz auf einige Punkte stichwortartig hinweisen. Es wird eine Plattform geschaffen, zu der über das E-Justiz-Portal Zugang besteht. Es war uns wichtig und es ist gewährleistet, dass diese Plattform zwar von der Kommission nicht selbst betrieben werden muss, aber dass sie von der Kommission, also öffentlich-rechtlich, verantwortet wird. Die Register sind zu sensibel und zu wichtig, als dass man sie einfach nur privaten Institutionen vollständig überlassen kann. Ich will darauf hinweisen, dass es künftig einen Kern von Informationen geben wird, der in allen Amtssprachen kostenlos zur Verfügung stehen wird, dass überflüssiger Verwaltungsaufwand für Unternehmen, z. B. bei der Einrichtung der Kennziffern, vermieden wird und der Datenschutz gewährleistet ist, und dass die Register künftig viel schneller auf aktuellem Stand sein werden.

Die Handelsregister sind und bleiben national und regional geführt. Das bleibt so. Nur der Zugang und die Kommunikation zwischen den Registern werden reguliert. Die Standards der Register sind unterschiedlich, die Zuverlässigkeit leider auch. Besonders wichtig ist aber, dass die rechtliche Bedeutung der Inhalte der Register von Staat zu Staat unterschiedlich ist. Dies ist eine Quelle möglicher schwerer Missverständnisse, insbesondere für ungeübte Nutzer. Deswegen muss bei der Präsentation darauf hingewiesen werden und es müssen Informationen zur Verfügung gestellt werden.

Bis das Ganze läuft, sind noch eine ganze Reihe technischer Details zu klären. Weil die Register ja von den Mitgliedstaaten geführt werden, hat sich das Parlament damit einverstanden erklärt, dass diese technischen Details gewissermaßen durch *learning by doing*

von der Kommission und den Mitgliedstaaten im Rahmen von Durchführungsakten gewährleistet werden. Wir können hier heute nur die rechtlichen Grundlagen für die Einrichtung des Ganzen legen und dafür sorgen, dass alle mitmachen müssen, was bisher nicht der Fall war.

In der praktischen Ausführung wartet noch eine Menge Arbeit. Ich wünsche mir, dass dies möglichst bald auch in der Wirklichkeit richtig funktioniert und damit ein erheblicher Fortschritt im Binnenmarkt erreicht wird. Dazu wünsche ich viel Erfolg!

1-079-000

Michel Barnier, *membre de la Commission*. – Monsieur le Président, nous venons de parler de la propriété intellectuelle qui intéresse tant d'entreprises, j'ai évoqué un million de marques proposées et protégées à Alicante, et nous sommes toujours là dans l'Europe concrète des progrès concrets à accomplir à partir des propositions de la Commission, grâce à vous et au Conseil des ministres.

Je voulais mettre l'accent sur cette Europe concrète et notamment, s'agissant du marché intérieur et de l'économie, sur cette ambition dont je vous ai fait part au début de mon mandat, il y a deux ans, qu'ensemble nous réconcilions les petites et moyennes entreprises, d'un côté, les consommateurs, de l'autre, avec ce grand marché, alors que, jusqu'à présent, ces petites et moyennes entreprises ont eu le sentiment que le grand marché unique n'était pas fait pour elles mais simplement pour les grands et pour les gros.

Monsieur Lechner, je vous remercie ainsi que vos collègues car ce sujet intéresse les petites et moyennes entreprises: en facilitant l'accès à l'information aux citoyens, aux petites entreprises et aux autorités publiques, cette interconnexion permettra à tout citoyen de l'Union d'utiliser le réseau de registres de commerce, dans sa langue, à partir d'un point d'accès central, pour obtenir immédiatement des informations sur toute entreprise européenne, où qu'elle se trouve, et notamment sur ses opérations transfrontalières.

Jusqu'à présent, l'absence de réseau connectant les registres du commerce nationaux entre eux, rendait très compliqué l'accès à cette information sur les entreprises dans d'autres États membres, avec d'ailleurs pour conséquence des charges administratives et financières importantes pour les entreprises transfrontalières. Nous avons estimé, Mesdames et Messieurs les députés, ce surcoût à environ 70 millions d'euros par an.

L'absence d'une véritable interconnexion entre les registres a aussi produit moins de transparence pour les autres entreprises, pour les consommateurs et pour les pouvoirs publics. Voilà un progrès qui va être accompli également vers davantage de transparence; en même temps, nous allons renforcer la sécurité juridique en rendant possible la radiation d'environ dix-sept mille succursales d'origine étrangère, en réalité "fictives" depuis la disparition de leur maison-mère.

Notre initiative avait deux objectifs: un meilleur accès aux informations sur les sociétés et une plus grande sécurité juridique pour les succursales et les opérations transfrontalières. Notre proposition a d'ailleurs reçu un très fort soutien au moment de la consultation publique, de la part du secteur privé mais aussi au Conseil, au Parlement européen, au Comité des régions et au Comité économique et social européen.

Permettez-moi, Monsieur le Président, de remercier très sincèrement votre rapporteur, Kurt Lechner, pour son travail, les rapporteurs fictifs – Evelyn Regner et Alexandra Thein – ainsi que les Présidences hongroise, polonaise et danoise, qui ont soutenu ce dossier. Je

voudrais également saluer et remercier toutes les parties, vous-même et le Conseil, pour le sens du compromis dont elles ont fait preuve pour parvenir à finaliser rapidement les travaux d'adoption.

Vous avez placé beaucoup d'attentes dans la Commission. Elle va occuper un rôle central dans le futur système. J'espère que nous serons à la hauteur de nos responsabilités, même si, je le rappelle, des questions de ressources financières se posent inévitablement. J'ai cependant de bonnes raisons de penser qu'elles seront rapidement résolues.

Monsieur Lechner, cette interconnexion des registres de commerce pour les citoyens et pour les entreprises, en particulier pour les petites et moyennes entreprises est – vous l'avez dit – un beau projet et je voulais vous remercier de ce progrès que nous allons réaliser ensemble dans le bon fonctionnement du marché unique.

1-080-000

Raffaele Baldassarre, *a nome del gruppo PPE*. – Signor Presidente, signor Commissario Barnier, onorevoli colleghe e colleghi, mi congratulo con il collega Lechner per l'eccellente lavoro svolto, che ci permette di dare il via libera a una misura che risponde concretamente alle esigenze delle imprese, soprattutto delle piccole imprese, e contribuisce al processo di completamento del mercato interno. L'interconnessione dei registri nazionali delle imprese rappresenta infatti un aiuto fondamentale per le aziende che desiderano aprire una succursale in un altro Stato membro o semplicemente condurre affari con imprese di altri Stati.

Oltre ad aumentare la fiducia dei consumatori e degli utenti nelle transazioni oltre confine, l'interconnessione comporterà risparmi potenziali sulla spesa annuale delle imprese pari a 69 miliardi di euro. Inoltre, il provvedimento accresce la certezza del diritto, cercando di risolvere uno dei problemi che le imprese incontrano maggiormente nelle loro attività transfrontaliere.

Nonostante l'interconnessione sia di natura puramente tecnica – e non si estenda quindi anche agli effetti giuridici derivanti dall'utilizzo di registri – la trasparenza e l'attendibilità delle informazioni che essa potrà fornire e garantire sono alla base dell'esercizio e della difesa dei diritti da parte dei consumatori e degli utenti.

Ricordo infine che una particolarità del provvedimento consiste nell'impossibilità di dare risposte esaustive a questioni di natura tecnica. In altre parole, i problemi e le soluzioni emergeranno e andranno approfonditi di pari passo con la creazione della rete. Per questo motivo il processo di interconnessione potrà avere successo solo se vi sarà, come mi auguro, una stretta collaborazione tra la Commissione e gli Stati membri.

1-081-000

Evelyn Regner, *im Namen der S&D-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar! Die Verknüpfung von Unternehmensregistern ist eine technische Angelegenheit, aber sie ist beileibe nicht nur eine technische Angelegenheit. Es geht um große europäische Ganze und darum, das Vertrauen in den europäischen Binnenmarkt zu stärken. Es geht darum, das gegenseitige Vertrauen der Mitgliedstaaten in die jeweiligen Rechtssysteme zu stärken. Es gibt da schon einen richtig guten europäischen Mehrwert.

Ich wünsche mir, dass dieses Projekt noch weiter geht, dass es ein wertvoller Wegabschnitt, aber noch nicht das Ziel ist, sondern dass unser Ziel ist, eines Tages ein europäisches Unternehmensregister zu errichten, und ich hoffe, dass dieser Tag nicht allzu fern ist.

Heute wird viel gedankt, und diesem Dank schließe ich mich sehr gerne an. Die Zusammenarbeit mit dem Berichtersteller Lechner und mit den Schattenberichterstellern war konstruktiv, und insbesondere auch die Zusammenarbeit mit der dänischen und davor der polnischen Präsidentschaft sowie mit der Kommission war äußerst erfreulich.

Mein Hauptanliegen bei diesem Bericht war es, dass die Register möglichst vertrauenswürdig sind. Bei einer wünschenswerten Teilnahme aller Mitgliedstaaten ist es daher besonders wichtig, dass es klar ersichtlich ist, aus welchem Mitgliedstaat die Daten stammen und welche Rechtswirkungen sie haben. Schließlich sind die Unterschiede viel zu groß.

Ein Mindeststandard an Zuverlässigkeit wird auch nur dann bestehen, wenn gegebene Veränderungen der Daten unverzüglich in das Register eingetragen werden. Im Bericht wird die Frist, diese Änderungen bekanntzugeben, auf 21 Tage beschränkt. Daher sollen die Register aktuell und vertrauenswürdig bleiben.

Schließlich, Herr Kommissar, haben Sie den Kostenaspekt erwähnt. Das ist ein Beispiel mehr, wie konstruktiv und wie wichtig es ist, hier schrittweise zusammenzuarbeiten. Das Argument von 60 bis 70 Millionen Kostenersparnis ist wahrlich ein gewichtiges, um die Verknüpfung der Unternehmensregister so schnell wie möglich voranzutreiben.

Dieser Bericht ist also wirklich etwas Nützliches, was das Leben vor allem für die Bürgerinnen und Bürger, aber auch für Investoren, Unternehmen und Aufsichtsbehörden leichter machen wird. Weiter so!

1-082-000

Alexandra Thein, *im Namen der ALDE-Fraktion*. – Herr Präsident, sehr geehrter Herr Kommissar Barnier, sehr geehrte Damen und Herren! Die Verknüpfung von Unternehmens- bzw. Handelsregistern ist ein weiterer Meilenstein auf dem Weg zur Schaffung eines europäischen Raums des Rechts. Ich freue mich, dass dieses besonders für unsere mittelständische Wirtschaft so wichtige Thema, für das ich mich auch im Wahlkampf eingesetzt habe und versprochen habe, tätig zu sein, nach Trilogverhandlungen nunmehr erfolgreich in einer Richtlinie umgesetzt wurde.

Es geht hier um zweierlei: Einerseits geht es darum, dass Bürger und Unternehmen vereinfacht über Mitgliedstaatengrenzen hinweg Einsicht in Handelsregister erhalten können. Bisher musste man, wenn man z. B. Einsicht in ein griechisches Handelsregister nehmen wollte, einen griechischen Anwaltskollegen beauftragen, der dann natürlich auch noch die eigene oder zumindest eine gemeinsame Sprache sprechen musste. Das bedeutete im Endeffekt Kosten und Zeitverlust. Nunmehr soll das über eine Plattform erfolgen. Die Besonderheit der Plattform ist eben auch, dass ich dort in meiner eigenen Sprache anfragen kann und auch eine Antwort in meiner eigenen Sprache erhalte.

Zum anderen geht es darum, dass die Handelsregister eben nicht nur auf freiwilliger Basis wie bisher, sondern mehr institutionalisiert zusammenarbeiten. Bisher konnte man sich leider auch nicht immer auf Eintragungen in Handelsregistern anderer Mitgliedstaaten verlassen, insbesondere was die Eintragung von Zweigniederlassungen in fremden Mitgliedstaaten anging. Hier haben wir nunmehr auch aufgenommen, dass Eintragungen

in Zukunft unverzüglich bzw. spätestens nach 21 Tagen erfolgen sollen, natürlich nur, sofern die Voraussetzungen vorliegen.

Jede Gesellschaft und jede Zweigniederlassung erhält eine Kennung. Die bestehenden nationalen Handelsregister werden nicht nur alleine in der nationalen Sprache geführt, sie unterscheiden sich auch in vielerlei Beziehung de facto und de jure, so z. B. hinsichtlich ihrer rechtlichen Bedeutung und der Zuverlässigkeit der erfassten Daten.

Ziel der Richtlinie ist eben nur eine rein technische Verknüpfung der nationalen Register und keine Harmonisierung der nationalen Systeme. Es ist dennoch eine für das praktische Wirtschaftsleben äußerst hilfreiche Maßnahme, um die weitere Integration des Binnenmarkts zu fördern und um die Rechtsklarheit und Rechtssicherheit für Unternehmen und Bürger zu stärken.

Ich hoffe, dass wir die erheblichen technischen Anstrengungen und auch Software-Anstrengungen, die hierfür nötig sein werden, rechtzeitig bis 2014 schaffen werden.

1-083-000

Sajjad Karim, *on behalf of the ECR Group*. – Mr President, my colleague Mr Lechner has held some very weighty briefs in committee and he has once again done justice to the efforts that were required from him. I thank him for his approach.

This is of course one of the proposals in the Single Market Act Communication which outlines 50 proposals to strengthen the internal market. It addresses an obvious missing link in the sharing of company information which will reduce administrative burdens for those seeking information across borders. It is actually estimated that it will save more than EUR 69 million per year.

At EU level we are seeking to reach out, under our growth strategy, by means of free trade agreements. It is important that, whilst we do that, we also look internally and encourage companies to expand beyond their national borders and to operate across the single market. The legal certainty and increased transparency that comes from the sharing of information in this way will help them conduct their business in a more streamlined way, once again linking into our growth-focused strategy.

I have to say that this does not apply to all the initiatives coming from the Commission. Certainly the misguided contract sales law proposals are deeply unhelpful and unwanted.

The interconnection of registers, rather than a centralised approach, makes this much more efficient as companies will not need to supply information on multiple occasions or go beyond existing requirements to provide information. I strongly encourage the Commission to come forward with other such genuinely growth-focused measures rather than – as I said before – unhelpful and unwanted instruments like the proposed sales law.

Our SMEs and other businesses and companies are crying out for a growth strategy at EU level, and in these strained times we are duty bound to deliver on that. Navel gazing is not the answer. We have to be brave, and we have to look outwards and reach out on their behalf.

1-084-000

Jaroslav Paška, *za skupinu EFD*. – Niet pochyb o tom, že pre úspešné pokračovanie vytvárania spoločného hospodárskeho priestoru Európskej únie bude potrebné sústavne zlepšovať verejnú informovanosť o podnikateľských štruktúrach pôsobiacich podľa legislatívnych pravidiel jednotlivých krajín. Registre fyzických a právnických osôb vykonávajúcich podnikateľské aktivity sú v jednotlivých štátoch zostavené podľa národných pravidiel, a preto sa prirodzene líšia štruktúrou, ako aj spoľahlivosťou zaznamenaných údajov.

Úsilie Komisie o technické prepojenie existujúcich vnútroštátnych registrov umožní zrýchliť a zefektívniť výmenu informácií medzi registrami a uľahčí aj občanom a podnikom prístup k podnikateľskej databáze iných členských štátov Únie. Takáto koordinovaná informovaná platforma môže byť iste prvým dobrým krokom k sprehľadneniu bohatej podnikateľskej štruktúry Európskej únie. Uvedomujem si technickú náročnosť takéhoto projektu, ale som presvedčený, že môže výrazne prispieť k informovanosti a posilneniu právnej istoty v európskom podnikateľskom prostredí.

Rečník súhlasil s tým, že odpovie na otázku položenú zdvihnutím modrej karty (článok 149, ods. 8 rokovacieho poriadku)

1-085-000

Paul Rübzig (PPE), *Frage nach dem Verfahren der blauen Karte*. – Herr Präsident! Herr Paška, mich würde interessieren, wie Sie derzeit die Situation in Ihrem Land in Bezug auf diese neuen Bestimmungen, die von der Europäischen Union kommen werden, sehen. Wie schnell lässt sich das in Ihrem Land umsetzen?

1-086-000

Jaroslav Paška (EFD), *odpoveď na otázku položenú zdvihnutím modrej karty*. – Vážený pán kolega Rübzig, ja som presvedčený, že v našej krajine sme schopní aplikovať, povedal by som, európsku legislatívu rovnako rýchlo ako v ostatných krajinách Európskej únie. Obchodné registre v Slovenskej republike sú kvalitne evidované a sú kvalitne spracované a rovnako obchodný, ako aj živnostenský register je prístupný na internete. Prakticky je aktualizovaný každý týždeň pravidelne, takže som presvedčený, že Slovenská republika nebude mať žiaden problém v tejto oblasti.

1-087-000

Elena Băsescu (PPE). - În condițiile facilităților oferite de piața unică, multe companii europene desfășoară activități economice și în alte state ale Uniunii. Din rațiuni juridice și comerciale, informațiile despre societăți trebuie să fie accesibile în timp real, pe întreg teritoriul european. Crearea platformei centrale europene va permite acest lucru prin conectarea registrelor de comerț din statele membre. Totodată, va crește transparența, prin folosirea unui identificator unic pentru societăți și sucursalele lor din alte țări. Vor fi eliminate, astfel, incertitudinile juridice, mai ales în cazul desființării unor companii cu filiale în mai multe state. Noile dispoziții vor facilita, de asemenea, cooperarea necesară între registrele naționale cu prilejul fuziunii unor societăți aflate în state diferite.

Consider că, în același timp, trebuie asigurată o protecție adecvată pentru datele cu caracter personal. În acest context, salut amendamentul 21 propus de Parlamentul European. Apreciez totodată și celelalte îmbunătățiri aduse proiectului de directivă la sugestia Parlamentului. Am în vedere, în special, domeniile reglementate prin intermediul actelor

delegate. Sunt oportune și clarificările cu privire la modalitatea de finanțare a noului sistem european de conectare.

Doresc să semnalez că Oficiul Național al Registrului Comerțului din România a lansat de curând o nouă platformă informatică. Ea prezintă beneficii concrete pentru mediul de afaceri și creează condițiile conectării cu alte state din Uniune. De altfel, încă din prima zi de funcționare a noii platforme online, a fost înregistrat un număr mai mare de solicitări decât media zilnică, ceea ce evidențiază avantajele pentru utilizatori.

1-088-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - Scopul directivei este o interconectare de natură pur tehnică a registrelor naționale existente, și nu o armonizare a cerințelor lor juridice. Parte a serviciilor de guvernare electronică, interconectarea registrelor naționale privește exclusiv schimbul de informații prezente în registre, și nu instituirea unui registru al comerțului care să conțină propriile date. Doar prin interconectare va fi utilizat la maximum potențialul oferit de menținerea unor registre computerizate. Prin intermediul unor acte de punere în aplicare, Comisia adoptă specificațiile tehnice, care definesc: metodele de comunicare prin mijloace electronice pentru sistemul de interconectare a registrelor, protocoalele de comunicare, măsurile tehnice de asigurare a standardelor minime de securitate pentru comunicarea și distribuirea informațiilor în cadrul sistemului de interconectare a registrelor, lista detaliată a datelor transmise în scopul schimbului de informații între registre, setul de date necesare pentru ca platforma să-și execute funcțiile, precum și metoda de stocare, utilizare și protecție a unor astfel de date, structura și utilizarea identificatorului unic pentru comunicarea între registre.

1-089-000

Monica Luisa Macovei (PPE). - Mr President, the proposed directive contributes, firstly, to the integration of the single market. Secondly, it contributes to a more efficient use of the resources of the Member States' judicial systems

Thirdly, it contributes to increased market transparency by easy access to relevant information. EU economic actors will benefit from updated and reliable information on potential business partners and on foreign legal systems. They need this information. This makes them able to assess to a larger extent the risks and benefits of starting a business or doing business in a particular country.

Fourthly, it contributes to stronger, longer-term and more secure cross-border business. Fifthly, all of this will improve legal certainty and reduce the incidence of legal actions in commercial matters throughout the EU.

Those are some benefits of this directive. Using the e-justice portal as an electronic access point to legal provisions, information about registers and European and national databases is an inspired choice. Initially designed to support judicial and police cooperation, this tool is now being extended to administrative cooperation in relation to the functioning of the single market. This will consolidate the utility and reliability of the platform and will provide additional incentives for enhanced mutual trust between Member States' administrations.

The concrete procedures and technical specifications are being left for subsequent Commission implementing acts. This is why the Commission needs to foresee efficient means to ensure that data protection requirements will be observed and enforced effectively

by all Member States. Particular attention should be paid to such procedures as effective automatic data transfers between registers, as provided for in the amended Recital 15.

Overall, the new directive has the potential to enhance competition, in parallel with trust, by building confidence in the business environment of the internal market.

1-090-000

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Využívajúc príležitosti vnútorného trhu začínajú európske podniky čoraz viac pôsobiť v zahraničí, teda za hranicami štátu. Zvyšuje sa teda dopyt po prístupe k informáciám o spoločnostiach v cezhraničnom kontexte. Oficiálne informácie o spoločnostiach z iných členských štátov však nie sú vždy ľahko dostupné a súčasná dobrovoľná spolupráca medzi registrami sa nejaví ako dostatočná. Práve preto prepojenie centrálnych registrov, obchodných registrov a registrov spoločností by mohlo, ale najmä malo prispieť k posilneniu konkurencieschopnosti európskych podnikov znížením administratívnej záťaže a zvýšením právnej istoty.

Vďaka využívaniu inovácie v oblasti informačných a komunikačných technológií by sa mala zlepšiť aj cezhraničná komunikácia medzi registrami. Som však presvedčená, že presun v cezhraničnom prístupe k obchodným informáciám môže nastať len za predpokladu, že sa do budovania elektronickej siete registrov zapoja všetky členské štáty a používateľom obchodných informácií budú zasielať informácie v štandardizovanej podobe v rámci celej Európskej únie.

1-091-000

Catch-the-eye procedure

1-092-000

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). - Signor Presidente, desidero congratularmi davvero con il collega Lechner per l'eccellente lavoro svolto e sottolineare i tre motivi che maggiormente mi soddisfano per il dibattito che stiamo svolgendo, in relazione a quanto ha affermato il Commissario sull'interconnessione dei registri centrali e commerciali delle imprese.

Questa direttiva garantirà essenzialmente tre passi in avanti: una maggiore facilità e agilità per quelle aziende e imprese che vogliono aprire una succursale in un altro Stato o entrare in affari con imprese che operano in altri Stati. Essa garantisce sostanzialmente il completamento del mercato unico e lo fa aumentando la potenzialità delle imprese europee.

Inoltre, questa direttiva produce risparmi per le imprese, quantificati in 69 miliardi di euro sulla spesa annuale delle imprese europee che appartengono a questa tipologia e ciò non fa che aumentarne la competitività ed è una risposta assolutamente importante che l'Europa dà in tempi di crisi come questo. Si tratta quindi di una direttiva che rafforza la competitività in un'ottica di trasparenza e legalità.

1-093-000

Janusz Władysław Zemke (S&D). - Przychylam się do tych opinii, zgodnie z którymi dyrektywa o rejestrach handlowych to bez wątpienia krok we właściwym kierunku. Jeżeli ta dyrektywa wejdzie w życie, to przedsiębiorcy i obywatele będą mogli znacznie łatwiej porozumiewać się między sobą, będą mogli uzyskiwać znacznie szybciej aktualne i przejrzyste informacje. Dyrektywa pozostawia problematykę prawną rejestrów handlowych

w gestii poszczególnych państw. Dyrektywa skupia się na aspektach technicznych. Chciałbym jednak zwrócić uwagę na fakt, że ten techniczny obszar będzie bez wątpienia wymagał dopracowania, zwłaszcza w kontaktach o charakterze międzynarodowym. Czekamy zatem jeszcze bardzo dużo pracy.

1-094-000

Paul Rübiger (PPE). - Herr Präsident! Ich möchte mich beim Kollegen Lechner bedanken, weil natürlich gerade dieses Register in den europäischen Sprachen die Chance eröffnet, neue Kunden und Lieferanten kennenzulernen. Ich glaube, die Bildung von Netzwerken und die dazu benötigten Informationen sind ganz besonders wichtig, und ich glaube, dass das unsere europäische Wirtschaft auch wieder konkurrenzfähiger macht.

1-095-000

(End of catch-the-eye procedure)

1-096-000

Michel Barnier, *membre de la Commission.* – Monsieur le Président, je vous remercie tous pour le soutien que vous avez apporté à cette initiative, en particulier M. Silvestris tout à l'heure, Mme Țicău, M. Zemke, Mme Băsescu et M. Baldassarre, qui ont apporté leur soutien économique à ce projet. Je voudrais d'ailleurs dire à M. Baldassarre, et à chacun d'entre vous, que ce projet intéresse aussi bien les entreprises quand elles sont grandes que quand elles sont plus petites. M. Baldassarre a eu l'occasion, notamment quand il a présenté ce rapport sur le brevet, de montrer l'attention personnelle qu'il attachait à la place et au rôle des petites et moyennes entreprises.

Madame Regner, vous avez également soutenu cette initiative et évoqué l'idée qu'il faudrait aller plus loin en ayant un véritable registre commun européen. Personnellement, je pense que c'est effectivement logique que nous ayons de tels outils communs dans la perspective du marché unique. Tout à l'heure, on évoquait l'Office des marques. Je pourrais parler de l'Office des brevets. Pour les entreprises, un registre commun pourrait être utile mais, vous le voyez bien Madame Regner, nous construisons l'Europe et ce marché unique pas à pas, étape par étape. Aujourd'hui ce réseau mutualisant, interconnectant les réseaux nationaux, ce point d'accès commun est une première étape. Voilà comment il faut comprendre les choses.

Je voudrais également dire à Mme Thein, qui a évoqué le fonctionnement de cette plateforme avec la langue d'origine de chacun des intervenants, qu'il est effectivement important que nous puissions le faire, en particulier grâce aux moyens électroniques modernes. Nous le faisons sur le brevet en accélérant les travaux de recherche sur les logiciels qui vont permettre de délivrer des traductions de qualité dans toutes les langues immédiatement. Voilà quelque chose qui va être facilité aussi bien pour le réseau IMI que pour cette interconnexion des registres du commerce ou le brevet européen.

Je remercie M. Karim de ce qu'il a dit sur le *single market act*. Monsieur Karim, vous le voyez bien, nous livrons, semaine après semaine, des propositions qui sont toutes des propositions facilitatrices pour les entreprises, pour créer l'écosystème le plus favorable pour l'innovation, la mobilité, l'exportation, les échanges, l'investissement, le capital risque. La Commission a déjà présenté dix des propositions prioritaires. Nous travaillons à d'autres propositions dans le cadre du *single market act* et nous aurons, cette année, l'occasion d'y revenir avec

vos commissions pour une deuxième vague de propositions. Celle que vous approuverez aujourd'hui, ou demain, en fait partie.

Je voudrais également dire à M. Paška ou à Mme Flašíková que nous travaillons à cette mise en réseau des registres nationaux et que cela suppose, Madame Flašíková, la bonne coopération de tous les détenteurs, de tous les animateurs, les responsables, les gestionnaires des réseaux nationaux pour que cela fonctionne bien.

Enfin, M. Rübzig comme Mme Macovei ont évoqué le respect de la protection des données des particuliers. Oui, le projet que nous présentons aujourd'hui respecte la protection des données. C'est un élément fondamental. Il faut néanmoins retenir qu'il s'agit ici, en ce qui concerne l'accès aux informations sur les sociétés, de données qui sont d'ores et déjà disponibles publiquement. Mais en amont, nous avons déjà pris soin de consulter le contrôleur européen de la protection des données. Pour le traitement des données à caractère personnel, la proposition de directive faisait déjà référence aux dispositions de la directive sur la protection des données. Cette disposition avait été rejetée par le Conseil. Elle a été, grâce à vous, réintroduite par le Parlement au moment du trilogue et j'en suis très heureux.

Voilà ce que je voulais dire en réitérant à votre rapporteur, M. Lechner, mes vifs remerciements pour la qualité de son travail et ce progrès que nous allons faire ensemble encore une fois pour le bon fonctionnement du marché intérieur.

1-097-000

Kurt Lechner, *Berichterstatter*. – Herr Präsident, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bedanke mich für die vielen ausnahmslos positiven Beiträge, die doch gezeigt haben, dass wir alle miteinander dieses Vorhaben für wichtig, sinnvoll und notwendig halten. Und im Unterschied zu manchen allgemeinen Formeln und hehren Worten, die auf europäischer Ebene oft gewählt werden, will ich ganz selbstkritisch hinzufügen: Dies ist ein ganz konkreter, messbarer und auch sichtbarer Fortschritt, der für den Binnenmarkt erzielt werden wird. Es gibt sicherlich noch eine Reihe wichtiger technischer Fragen, aber es ging nicht nur um technische, sondern auch um inhaltliche Fragen, die aber alle miteinander einvernehmlich geregelt werden konnten.

Ich will im Hinblick auf den Beitrag eines Kollegen noch darauf hinweisen, dass auf Wunsch des Parlaments die Einbindung von Drittstaaten in eine Erwägung aufgenommen worden ist. Eine Aufnahme in den Richtlinien text selbst war aus rechtlichen Gründen nicht möglich.

Zum Beitrag von Frau Regner will ich, was die Vereinheitlichung anbelangt, noch Folgendes sagen: Es wird sehr schwierig sein, und Schritt für Schritt kann man das vielleicht erreichen. Aber durch diese Verknüpfung wird die Bedeutung der Register wachsen, vielleicht nimmt dann doch der eine oder andere Mitgliedstaat in Europa – ohne konkrete Namen zu nennen – dies zum Anlass, die Zuverlässigkeit, die Präzision seines Registers zu überprüfen und den anderen Standards anzugleichen. Das wäre ja auch schon ein Fortschritt. Also ich wünsche mir jetzt, dass man konkret an die Arbeit geht und wir in zwei Jahren dann die Erfolge sehen werden.

1-098-000

President. – The debate is closed.

The vote will take place tomorrow (Tuesday, 14 February 2012).

Written statements (Rule 149)

1-098-500

Bogdan Kazimierz Marcinkiewicz (PPE), *na piśmie* . – Z zadowoleniem przyjmuję chęć unijnego rozwiązania problemu rejestrów handlowych. Transgraniczna działalność gospodarcza wielu podmiotów działających na rynkach europejskich oraz szerokie rozróżnienie – zarówno w zakresie prawnym, jak i administracyjnym – prowadzonych zbiorów w ramach rejestrów gospodarczych niejednokrotnie stanowi utrudnienia w działalności podmiotów gospodarczych w UE. Nie możemy zapomnieć, że przecież już w ramach Karty małych i średnich przedsiębiorstw zobowiązaliśmy się do ułatwienia procedur administracyjnych w państwach członkowskich w ramach prowadzonej działalności gospodarczej. Musimy być zatem konsekwentni w naszych działaniach.

Uważam zatem, że szereg działań podjętych w celu usystematyzowania i integracji rejestrów handlowych powinien być ustanowiony w ramach ścisłej współpracy Komisji Europejskiej z państwami członkowskimi. Naszym celem powinno być zatem usprawnienie systemu swobodnego dostępu obywateli do niezbędnych informacji. Przy każdej nadarzającej się okazji zawsze staram się podkreślać, że to właśnie sprawnie działające MŚP, nieobarczone dodatkowymi skomplikowanymi procedurami administracyjnymi, są naszą ogromną szansą na sprawne wyjście UE z obecnie panującego kryzysu.

1-099-000

Tadeusz Zwiefka (PPE), *na piśmie* . – Sprawozdanie, którego autorem jest poseł Kurt Lechner, jest krokiem naprzód, jeśli chodzi o przejrzystość i dostęp do informacji w zakresie działalności spółek w Unii Europejskiej. Nie mam wątpliwości, że przyszły połączony rejestr będzie użytecznym instrumentem dla europejskiego przedsiębiorcy, który w jednym systemie będzie mógł sprawdzić podstawowe informacje na temat swojego przyszłego partnera nawet, jeśli ma on siedzibę na drugim końcu Europy. Był jednak taki moment, kiedy wydawało się, że z przyczyn mniej lub bardziej technicznych, nie uda się w rozsądnym czasie sfinalizować prac nad tym projektem. Dlatego też chciałbym podkreślić niesamowity wkład pracy i wysiłku ze strony naszego sprawozdawcy posła Lechnera oraz polskiej prezydencji. Obie strony dołożyły wszelkich starań, by doprowadzić do powstania ram prawnych dla przyszłego funkcjonowania połączonego rejestru spółek na zasadach, które mogą być zaakceptowane przez wszystkich. Myślę, że wypracowany kompromis zadowala nie tylko sprawozdawcę, ale także wszystkich sprawozdawców cieni. Kwestie ważne dla Parlamentu jak ochrona danych osobowych czy akty delegowane zostały podczas negocjacji utrzymane. Ostatnie trzy miesiące pokazały, że dobra współpraca pomiędzy Parlamentem i Radą może zaowocować szybkimi i skutecznymi decyzjami, które przyczyniają się do ułatwienia rozwoju działalności przedsiębiorców na wspólnym europejskim rynku.

17. Technical requirements for credit transfers and direct debits in euros (debate)

1-101-000

President. – The next item is the report by Sari Essayah, on behalf of the Committee on Economic and Monetary Affairs, on the proposal for a regulation of the European Parliament and of the Council establishing technical requirements for credit transfers and direct debits in euros and amending Regulation (EC) No 924/2009 (COM(2010)0775 – C7-0434/2010 – 2010/0373(COD)) (A7-0292/2011).

1-102-000

Corien Wortmann-Kool, *deputising for the rapporteur* . – Mr President, this may be a surprise, but problems at Schipol airport, where there was a bomb alert today, have meant that Ms Essayah unfortunately cannot be here at the moment, so she has asked me to represent her.

On her behalf, I would like to say that she is very happy with the outcome of the dialogue and the agreement which we reached with the Commission and the Council. She would like to thank the representatives of the Council, Commissioner Barnier, the Chair of the ECON committee, Ms Bowles, the shadow rapporteurs and all those who proposed amendments and contributed to this excellent result, as well as the ECON Secretariat which makes our work possible.

The completion of the Single European Payment Area is of great importance for the European internal market and has numerous benefits for our citizens. From February 2014 onwards, all electronic payments in the euro area will be as easy as cash payments. Citizens and companies will benefit from SEPA in several ways, but the most obvious of them is that it is possible to make payments to all over Europe from a single bank account. That is now possible for everyone.

All cross-border debit and credit transfers can now be done as if they were normal domestic payments. With SEPA only one bank account is needed for the whole euro area by using the international bank account number or IBAN. This has many great advantages: only one bank account will be needed for the whole euro area. If a person is working abroad he or she will not need a new bank account in that country and may receive his or her salary to the one bank account in his or her own home country.

SEPA will also make it possible to use one and the same debit card anywhere in the euro area, so when you are on holiday or visiting another euro area country you will be able to benefit from these possibilities.

SEPA is good news at present concerning the euro and the EU. It will open up national markets to competition and make the payment sector more effective. According to an impact study published by the Commission, SEPA will benefit the European economy by EUR 123 billion over the next six years. The benefits will be even greater because SEPA creates favourable conditions for innovations such as automatically combining payments with the book-keeping of a company. This is the case in Finland and in other countries such as the Netherlands, which started implementing SEPA at a very early stage.

Easy payments also make it very easy to buy goods and services via the internet from all over the EU. Consumers will have real options to compare prices and get the best price. Buying a computer from the cheapest EU retailer may save hundreds of euros, making prices go down everywhere in the single market. Therefore SEPA is in many ways essential for a well-functioning internal market.

Since moving to SEPA has been too slow in the past, this regulation sets a clear end-date for the transition. Parliament has succeeded in negotiating a single end date for both SEPA credit transfers and direct debits: 1 February 2014. In those Member States which do not have the euro as their currency, the date will be 30 October 2016. This will make it easier to adapt to the change and to carry out information campaigns for consumers.

Parliament has also achieved the right level of consumer protection: consumers may now instruct their banks to limit direct debit collection to certain amounts and to establish positive or negative lists of payees. It will no longer be necessary for consumers to provide banks with special BIC codes for domestic or cross-border payments after the end-date and after two years.

For ease of adaptation to the new system, several waivers provide a two-year transition period after the end-date. For example, a Member State may allow companies which use badge files sent to their payment service providers to avoid using the standard message format XML for two years. A Member State may also allow consumers to use their old bank account number instead of IBANs for two extra years.

The Payment Services Directive is being reviewed later this year; this will be an important step in finalising the entire system and ensuring that it works. On behalf of Ms Essayah, I would like to underline that we are very happy for both citizens and companies in the European Union and throughout the SEPA area that all cross-border transfers and direct debits can be done as if they were normal domestic payments. We have now managed to achieve a real single European payments area.

1-103-000

ΠΡΟΕΔΡΙΑ: ANNY ΠΟΔΗΜΑΤΑ

Αντιπρόεδρος

1-104-000

Michel Barnier, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, je voudrais remercier la commission des affaires économiques et financières, sa présidente, Mme Bowles, et vous voudrez bien, je le dis à Corien Wortmann-Kool, transmettre à Sari Essayah, très chaleureusement, mes remerciements pour le travail qu'elle a fait en bonne concertation avec vos rapporteurs fictifs, Sophie In't Veld, Sven Giegold et Ivari Padar.

Les services de paiement sont tout simplement vitaux pour nos économies. Sans un marché des paiements qui fonctionne de manière optimale, nous ne pouvons pas avoir un marché intérieur qui produit tout son potentiel en matière d'échanges et de croissance. Le règlement qui est en discussion vise à accélérer la réalisation de SEPA, comme l'a dit Corien Wortmann-Kool, l'espace unique de paiements en euros. Le projet SEPA veut développer et développe des services de paiement en euros qui ne sont plus fragmentés d'un pays à l'autre, mais bien communs à l'ensemble de l'Union, et il remplace les services de paiement domestiques.

C'est l'exemple même, Mesdames et Messieurs les députés, d'une réglementation financière au service de celles et ceux qui sont dans l'économie réelle: SEPA rendra les paiements transfrontaliers aussi faciles que les paiements domestiques et apportera davantage de fiabilité et de sécurité aux citoyens et aux entreprises européennes. Ceux-ci bénéficieront de davantage de concurrence dans ce domaine et – je le pense donc – d'une baisse des coûts des paiements. Cela devrait aussi stimuler l'innovation et donner une dimension concrète supplémentaire au marché intérieur.

Je veux saluer dans ce compromis un progrès par rapport à la proposition initiale de la Commission. C'est une nouvelle preuve de l'utilité réelle du travail que nous faisons – vous l'avez dit, Mme Wortmann-Kool – en bonne intelligence, notamment au moment des trilogues. J'observe, en m'en réjouissant, que beaucoup de textes de la Commission sont

améliorés, précisés grâce au travail de votre Assemblée. Le rapport de la commission des affaires économiques et monétaires, préparé par Mme Essayah, a donc largement contribué à améliorer notre proposition.

Le nouveau texte est davantage favorable aux consommateurs. Je citerai deux exemples: en premier lieu, la disparition programmée du code BIC dès 2014, soit une information de moins à fournir par le consommateur pour effectuer un virement, qu'il s'agisse d'un virement domestique ou international. En second lieu, la suppression des surcoûts pour tous les paiements transfrontaliers, et cela dès le moment où le règlement entrera en vigueur.

Bien sûr, la Commission a regretté l'abandon du principe de deux dates de migration distinctes pour les virements et les prélèvements. Cela aurait contribué, de notre point de vue, à accélérer le processus de migration et récompensé les États membres les plus en avance, prestataires et entreprises. Cela étant, une date butoir unique devrait aussi faciliter la communication sur la migration vers SEPA, et notamment l'utilisation des nouveaux numéros de compte IBAN.

Mesdames et Messieurs, la Commission est donc globalement heureuse du compromis final actuel. Nous sommes disposés à nous pencher sur la gouvernance de SEPA d'ici à la fin de cette année – il y a des progrès à faire – et aussi sur la question du droit des consommateurs au remboursement inconditionnel pour les prélèvements, dans le cadre de la directive révisée sur les services de paiement.

Ces deux points ont chacun fait l'objet d'une déclaration de principe, accompagnée d'une troisième à propos de l'exercice des pouvoirs délégués par la Commission. Comme convenu, ces trois déclarations figurent en annexe de la résolution qui vous est soumise et reflètent bien, mot pour mot, le compromis dégagé en décembre.

En conclusion, Monsieur le Président, avec ce règlement, nous dotons le marché des paiements du cadre juridique dont il a besoin. Nous contribuons à l'émergence d'un véritable marché intégré des paiements en euros dans l'Union. Enfin, nous offrons aux citoyens et aux entreprises européennes un marché où les paiements s'effectueront à travers toute l'Union aussi rapidement, efficacement qu'au plan domestique, en toute fiabilité et cela, grâce à une concurrence accrue, je le pense, à un moindre coût.

C'est le troisième point dont nous discutons depuis le début de cet après-midi qui représente un progrès concret pour le marché unique, à la fois pour les citoyens et pour les entreprises.

1-105-000

Evelyne Gebhardt, *Verfasserin der Stellungnahme des mitberatenden Ausschusses für Binnenmarkt und Verbraucherschutz.* – Frau Präsidentin! Der Ausschuss für Binnenmarkt und Verbraucherschutz hat sich auch eingehend mit der Frage SEPA beschäftigt, weil es hier auch sehr stark um Verbraucherschutz geht. Ich kann sagen, dass ich mit dem gefundenen Kompromiss sehr zufrieden bin, weil er auch einige der Themen, die wir in unserem Ausschuss beschlossen haben, aufgenommen hat. Es ist eine sehr gute Sache, dass wir den Verbrauchern und Verbraucherinnen sagen können, dass hier im Bereich der Finanzmärkte auch an sie gedacht wird, dieser Eindruck ist nicht immer so präsent.

Grenzen beim Zahlungsverkehr sind Grenzen in Europa. Es wird Zeit, dass diese nun abgebaut werden und der europäischen Mobilität nicht mehr im Wege stehen. Ich begrüße es sehr, dass es sich durchgesetzt hat, dass im Euro-Zahlungsverkehr in Zukunft alle Unternehmen und Verbraucher ihre Bankgeschäfte über ein Konto bei einer beliebigen

Bank im europäischen Ausland abwickeln können. Das ist eine ganz wichtige Frage, gerade auch für kleine und mittlere Unternehmen. Aber nicht nur für die, sondern auch für die Verbraucher, die mobil sind, die im Urlaub sind, die Überweisungen tätigen wollen. Es war auch eine sehr gute Sache, dass wir dafür gesorgt haben, dass es einen einheitlichen Zeitpunkt für die Einführung sowohl für Überweisungen als auch für andere Lastschriftverfahren gibt. Es wäre für die Verbraucher nicht gut gewesen, zwei unterschiedliche Zeitpunkte zu haben. Das hätte mehr Verwirrung gebracht. Klarheit und Rechtssicherheit – das ist das, was wir brauchen und was wir hier auch erreicht haben.

Als dritten und letzten Punkt möchte ich die Information der Bürgerinnen und Bürger nennen. Das ist auch ganz wichtig. Sehr viele haben Angst vor dieser neuen SEPA-Nummer, vor der neuen IBAN, weil sie ihnen zu lang vorkommt. Wenn man ihnen aber klar und deutlich sagt, wie sie zusammengesetzt ist, dann ist es gar nicht so schwierig und so kompliziert. Also, ganz wichtig: eine Informationskampagne, damit die Bürger wissen, worum es geht.

1-106-000

Ivari Padar, *fraktsiooni S&D nimel*. – Lugupeetud kolleegid, kõigepealt sooviksin ma tänada proua raportööri Sari Essayah'd tõeliselt meisterliku ja kindlameelse töö eest. Ja samuti ma tänan kõiki variraportööre. See raport on ilus näide, kuidas ühenduse meetodit rakendades on võimalik saavutada tõeliselt edumeelseid ja ühist üllast ideed edasiarendavaid tulemusi.

Euroga piiriülese arveldamise korraldus lausa janunes ühtsete reeglite ja arusaamade järele. Senine kohatine kaootilisus, kus liikmesriigid kasutasid erinevaid lähenemisi ja tariife, oli kahjulik tarbijale ja hägustas ühisturu vaimu. Samas tuli kogu selle töö käigus arvestada erinevates liikmesriikides seni kehtinud korraldustega ja otsida kompromisse.

Selge on, et igal muutusel on hind ning muutustega harjumine võtab aega. Sotsiaaldemokraatide ja demokraatide fraktsioon lähtus kõigiti ühtse Euroopa reeglistiku eesmärkidest, kuid samal ajal rõhutasime tarbijateni ulatuva kohaliku toimiva praktika kaitsmise vajadust. Just seetõttu toetasime SEPA rakendamisel ühte kuupäeva. Eraldi soovin siinkohal välja tuua veel mõned aspektid, mida sotsiaaldemokraadid välja pakkusid ja mille üle kokkulepped saavutati.

Esiteks võimalike hindade või hinnatõusude teema. Vaatamata sellele, et suureneva konkurentsiiga antud sektoris peaksid hinnad langema, soovitasime komisjonil regulatsiooni rakendamise algfaasis olla siin eriti tähelepanelik. Teiseks, SEPA juhtimine oli varem ainult pankade pärusmaa, regulatsioonis aga rõhutatakse kõikide osapoolte kaasamise tähtsust juhtimisse ja järelevalvesse. Kolmandaks, pankade tunnuskoodide ehk pikk-koodide mittekohustuslikkus siseriiklikele maksetele alates 1. veebruarist 2014 ja piiriülestele maksetele alates esimest veebruarist 2016.

Neljandaks, sujuv üleminek siseriiklikult standardilt BBANilt rahvusvahelisele standardile IBANile.

Viiendaks vanade mandaatide kehtivus, mis ausalt öeldes säästis meid võimalikest juriidilistest ebaselgustest ja lisaks sellele oli ka igati mõistuspärane.

Ja kuuendaks suuremahulistele rahvuslikele süsteemidele rakenduv ülemineku aeg. Kokkuvõtvalt soovin öelda, et SEPA on väga hea näide, kuidas üheskoos pingutades saavutatakse edasimineki viisil, kus kõik osapooled võidavad. Välja on toodud hinnang, et

just tänu SEPA-le võivad kliendid, pangad ja ettevõtjad kuue aasta jooksu säästa kuni 123 miljardit eurot. See on kindlasti ühiselt tegutsemist väärt ja oleks meil selliseid ettevõtmisi tulevikus veelgi. Tänan teid väga tähelepanu eest.

1-107-000

Sophia in 't Veld, *on behalf of the ALDE Group* . – Madam President, first of all my thanks to the rapporteur who is, I understand, stuck at Schipol airport. She did a very good job. I will not go into the details of the proposals because the rapporteur's representative has set out all the expected benefits from SEPA. I would instead like to focus on the process that has taken place.

Quite frankly, if you listen to the benefits that we expect to get from SEPA, it is completely incomprehensible why it has to take so long, why there are such long transition periods and why there are so many exemptions. We are in the middle of an economic crisis. We all agree that we need to complete the internal market, and I am really worried at how something relatively minor, like SEPA credit transfers and direct debits, can take so long and be so difficult.

I understand that people will have to get used to new systems, but if you look at what we are asking of our Greek fellow-citizens, if you look at the changes in the Arab Spring, do we really think that changing from 12 to 18 digits in a bank account number is the main worry in the European Union? Sorry, but we need to change, Europe needs to change. We need to complete the internal market; we need to strengthen our economic position in the world.

Payments are the lubricant of the single market, certainly with a view to e-commerce, and therefore I hope that all the Member States will meet the deadlines, which are very generous. I also hope that when we talk about new payment methods, which we are going to look at next, the process will be speedier than it has been so far.

1-108-000

Sven Giegold, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion* . – Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für die gute Zusammenarbeit, auch mit Ihnen, Herr Barnier. Der Hintergrund dieses ganzen Berichts ist natürlich, dass Europa zu einem gemeinsamen Binnenmarkt auch einen gemeinsamen Zahlungsraum braucht. Es hat sich gezeigt, wie lange es dauert, wenn man sich europäischen Standards verweigert, sie verzögert, statt sie gemeinsam zu gestalten. Man hätte das alles in der Tat – da hat die Kollegin Sophie in 't Veld ganz Recht – auch schneller haben können, und man hätte vermutlich auch schneller für die Verbraucherinnen und Verbraucher etwas erreicht, und auch die kleinen und mittleren Unternehmen hätten nicht so lange gebraucht, bis sie den notwendigen Standard einhalten können.

Jetzt stellte sich die große Frage, was mit dem Rückgaberecht passiert. Wir als Parlament wollten, dass dieses Rückgaberecht von Lastschriften unbedingt erfolgt. Das wird jetzt ja dankenswerterweise als nächstes auch von der Kommission weiterverfolgt. Wichtig ist aber, dass die unbedingten Rückgaberechte auf nationaler Ebene verbleiben können, denn das ist die Basis dafür, dass in Deutschland ein Umstellungschaos von mehreren Hundert Millionen bestehenden Lastschriften verhindert wird.

Und zweitens ist es ebenso wichtig, dass es aufgrund des Parlaments gelungen ist, dass das elektronische Lastschriftverfahren in Deutschland, das im Handel etabliert ist und mit Hilfe dessen jährlich viele Millionen gespart werden, grundsätzlich europäisiert werden kann.

Zu guter Letzt ist noch wichtig, dass auch im Bereich des Zahlungsverkehrs in Zukunft Demokratie einziehen wird. Ich danke Ihnen, Herr Barnier, dass Sie unseren Vorschlag aufgenommen haben, dass der europäische *payment council* in Zukunft nicht mehr allein die Standards setzt, sondern auch der Bereich des Zahlungsverkehrs zum Bereich der Demokratie gehört. Ich freue mich auf die Weiterarbeit in diesem Bereich.

1-109-000

Νικόλαος Χουντής, *εξ ονόματος της ομάδας GUE/NGL* . – Κυρία Πρόεδρε, αγαπητοί συνάδελφοι, κύριε Επίτροπε, η συζήτηση που κάνουμε ίσως να μοιάζει να είναι εκτός τόπου και χρόνου, και η εκτίμησή μου αυτή μπορεί να προκύπτει από τον επηρεασμό που έχω από τις χθεσινές αποφάσεις τις οποίες έλαβε το ελληνικό κοινοβούλιο υπό δραματικές συνθήκες: μια λιτότητα και ύφεση που, βεβαίως, δεν είναι μόνο ελληνικό φαινόμενο.

Συζητάμε λοιπόν για τη μεταβίβαση, για τις πληρωμές σε ευρώ, σε μια περίοδο που η κρίση σοβεί, η ύφεση βαθαίνει, η λιτότητα αγκαλιάζει πολύ μεγαλύτερα κομμάτια της Ευρώπης και είναι σαν ειρωνεία να λέμε ότι πρέπει να λύσουμε αυτό το πρόβλημα σε μία στιγμή που οι ευρωπαίοι πολίτες και οι λαοί της Ευρώπης ίσως να μην έχουν ευρώ στην τσέπη τους. Αυτοί που απαίτησαν να προχωρήσει το σύστημα του ενιαίου χώρου είναι προφανώς οι αγορές, τα χρηματοπιστωτικά συστήματα και οι πολυεθνικές εταιρείες που είναι άλλωστε και οι άμεσα ωφελημένοι από αυτό.

Παρά ταύτα, επειδή μέσα σ' αυτό το κλίμα πρέπει να προστατεύσουμε και τα δικαιώματα των καταναλωτών, οι παρατηρήσεις μου είναι, πρώτον, επειδή σ' αυτό το σύστημα η αλλαγή που θα γίνει θα είναι πολυδάπανη, θα πρέπει να μην είναι οι πολίτες που θα πληρώσουν το συνεπαγόμενο κόστος σύμφωνα με τη γνωστή πρακτική των τραπεζών να μεταβιβάζουν τέτοια κόστη στους πολίτες. Η έκθεση δεν καλύπτει το σημείο αυτό.

Δεύτερον, θα πρέπει να γίνει συστηματική προσπάθεια ενημέρωσης και πληροφόρησης των πολιτών και, τρίτον και ιδιαίτερα σημαντικό, επειδή η αλλαγή θα αφορά και ηλεκτρονικό χρήμα, θα πρέπει να υπάρξουν μέτρα - που δεν τα εξασφαλίζει η έκθεση - για περιπτώσεις απάτης σε βάρος των καταναλωτών. Θεωρώ θετικό ότι υπάρχει μια ημερομηνία και ότι καταργήθηκε η διατραπεζική χρέωση και θα πρέπει αυτό να ισχύσει και για τις πιστωτικές κάρτες.

Ο ομιλητής δέχεται ν' απαντήσει σε ερώτηση με γαλάζια κάρτα (άρθρο 149, παράγραφος 8 του Κανονισμού)

1-110-000

Martin, Hans-Peter (NI), *Frage nach dem Verfahren der blauen Karte* . – Frau Präsidentin! Herr Kollege Chountis, was Sie gerade gesagt haben, hat mich etwas verwundert. Ist Griechenland so isoliert, dass Sie keine Überweisungen ins Ausland haben? Stehen Sie nicht gerade vor dem Problem, dass es in Zukunft gerade sehr viele Landsleute geben wird, die ins Ausland gehen und wie früher als Gastarbeiter Geld zurücküberweisen werden? Und wenn Sie davon sprechen, dass die Banken nicht weiter profitieren können, können Sie nicht erkennen, dass gerade durch diese Vereinheitlichung ein bestimmter Extraprofit bei den Banken mit den Überweisungsspesen reduziert wird?

1-111-000

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), απάντηση "γαλάζια κάρτα". – Απαντώ πρώτα στο τελευταίο ερώτημα διότι μάλλον δεν κατανοήθηκε σωστά αυτό που είπα. Θα ωφεληθούν οι τράπεζες - δεν το αρνούμαι. Επομένως, μάλλον για παρεξήγηση πρόκειται.

Για τα άλλα που είπατε, κ. Martin, δεν αντιλέγω, αλλά θέτω το θέμα στην πραγματική του βάση, τουλάχιστον, θέτω το ερώτημα: "σε ποια περίοδο ζούμε;" Και εφόσον περικόπτονται τα εισοδήματα, αποκτά ουσιαστικό βάρος το ερώτημα: "ποια οικονομική κατάσταση βιώνουμε σήμερα και σε ποια οικονομική κατάσταση βρίσκεται η Ευρωπαϊκή Ένωση;" Φαντάζομαι ότι αυτά δεν μπορείτε να τα αρνηθείτε και δεν αποτελεί πρόβλημα μόνο της Ελλάδας το γεγονός ότι αυτή η ύφεση και η λιτότητα περιορίζουν τα εισοδήματα. Από εκεί και πέρα, όπως είδατε, στο θέμα αυτό υπεισιήλα σε παρατηρήσεις που, τούτων δοθέντων, μπορούν να το βελτιώσουν.

1-112-000

Sven Giegold (Verts/ALE), *blue-card question.* – Madam President, I would just like to ask the Honourable Member one question.

Mr Chountis, I feel in full solidarity with the poor in Greece who are having to bear the cost of this crisis at the moment. I fully feel responsibility, and also co-responsibility, for the European integration project. But what I do not understand is this. You made very specific points on the Single Euro Payments Area (SEPA) and about what had to change, but I did not see you at the shadow meetings. We had a very open process to work on this. I did not see you or your staff. So I would like to know why you are now asking questions here on the report, when you had the responsibility and the opportunity to defend them yourself. This is doublespeak.

1-113-000

Νικόλαος Χουντής (GUE/NGL), απάντηση "γαλάζια κάρτα". – Νομίζω ότι ο κύριος συνάδελφος δεν χρησιμοποίησε σωστή φρασεολογία. Για πολλούς και διαφόρους λόγους, δεν συμμετείχα στις διαδικασίες ώστε να εκφέρω μία πρώτη γνώμη. Άρα δεν με συλλάβατε σήμερα να αντιφάσκω διατυπώνοντας μία δεύτερη γνώμη.

Και δεύτερον, κύριε συνάδελφε, οι παρατηρήσεις μου είναι πολύ συγκεκριμένες και νομίζω ότι η ολομέλεια μας επιτρέπει να διατυπώνουμε παρατηρήσεις επί της εκθέσεως χωρίς να δεχόμαστε περιορισμούς. Επομένως, δεν καταλαβαίνω γιατί εσείς θα πρέπει να με ελέγξετε. Δεν υπάρχει λοιπόν "διπλή γλώσσα", υπάρχουν οι παρατηρήσεις οι οποίες είναι πάρα πολύ συγκεκριμένες.

1-114-000

Sampo Terho, *EFD-ryhmän puolesta.* – Arvoisa puhemies, yhteinen euromaksualue on pohjimmiltaan hyvä hanke, jota varmaankin voimme parlamentissa kannattaa poikkeuksellisen laajasti. Niin kansalaisille kuin varsinkin yrityksille on huomattavasti kätevämpää, että voimme käyttää yksiä maksutietoja pitkin Eurooppaa ja että suoraveloitukset sekä sähköinen laskutus helpottuvat nykyisestä. Tämä on yksi keskeisimpiä perusasioita toimivien sisämarkkinoiden rakentamisessa.

Käytännön ongelmana on kuitenkin noussut esiin, että toiset maat ovat jälleen kerran olleet toisia tehokkaampia toimeenpantaessa yhteisiä päätöksiä. Niin kauan kuin vain osa on toimeenpannut järjestelmän, siitä ei ole paljoakaan hyötyä eikä sen perusajatus toteudu eikä toivotunsuuruisia säästöjä synny.

Itse asiassa järjestelmästä on jopa pientä vaivaa niiden maiden kansalaisille, jotka ovat jo toimeenpanneet uudistuksen, koska muun muassa minun kotimaassani Suomessa kansalaiset joutuvat nyt käyttämään pitempiä tilinnumeroita kuin ennen eli tilinumeronsa on aiempaa vaikeampi esimerkiksi muistaa ulkoa.

On ollut kansalaisilta pienimuotoinen uhraus ottaa järjestelmä käyttöön ja kun ulkomaanmaksuista piti tulla yhtä helppoja kuin kotimaanmaksuista, todellisuudessa kotimaanmaksuista on tullut yhtä vaikeita kuin ulkomaanmaksuista.

Uudistusta ei siis saa jättää puolitiehen eikä sen loppuun viemistä pidä jahkailla, ettei sen aiheuttama vaiva mene hukkaan. Näillä perustein kannatan linjausta, että järjestelmän käyttöönoton siirtymäaikojen on oltava yhtenäisiä ja mahdollisimman lyhyitä.

1-115-000

Hans-Peter Martin (NI). - Frau Präsidentin! Eine alte Forderung von all denjenigen, die vieles hier als zu bürokratisch empfinden, als zu zentralistisch, war doch immer: Europa muss man spüren können. Ich finde, genau durch das, was wir hier jetzt gemeinsam beschließen, gehen wir ein Stück in einen europäischen Frühling! Es wird wärmer, man geht gern hinaus und man trifft sich mit anderen. Ich komme aus einer Gegend, in der wir als unmittelbare Nachbarn die Schweiz und Deutschland haben. Einmal hatte ich in Lindau eine Verkehrsstrafe zu bezahlen: fünf D-Mark. Weil die Antwort so spät kam, wurde sie auf zehn D-Mark erhöht. Durch die Banktransaktionen ging es am Schluss um 70 Deutsche Mark, also ein Faktor von 1:7, oder wenn Sie so wollen 1:14. Das sind so die Kleinigkeiten, die aber dann die Leute zu Recht empören, die sagen: Jetzt haben wir etwas Gemeinsames, und ich spüre es nicht. Jetzt kann man das spüren, es kostet jetzt auch nichts mehr.

Faktor zwei: Sehr viele kleine und mittelständische Unternehmen haben im Ausland immer wieder Geschäfte getätigt. Österreicher – man glaubt es nicht – auch in Deutschland oder in der Tschechischen Republik, oder dann im sich erweiternden Europa eben woanders. Und die Überweisungskosten waren nicht unerheblich. Wir sprechen da bei höheren Summen von 0,25 %. In mühevollen Verhandlungen hat man das dann auf ein Achtel heruntergebracht, und in manchen Überweisungen ging das eben viel weiter hinauf. Es bestand die Notwendigkeit, mehrere Konten zu führen, die ganze Buchhaltung wurde damit enorm kompliziert, und wenn die Behörden entsprechende Kontrollen vornehmen wollten, war dies viel schwieriger und ineffizienter.

Es ist gut, dass wir das jetzt bekommen, was wir bekommen. Es ist aber natürlich auch richtig, dass man sich das viel früher gewünscht hätte. Aber es ist ein Stück dorthin, wo wir doch alle hinkommen wollen, nämlich klarer sehen zu können, wie Zahlungsflüsse an sich laufen, und wie gemeinsame Zahlungsflüsse laufen. Insofern wiederhole ich: Ich freue mich, wenn wir mehr solche Initiativen in Richtung eines solchen europäischen Frühlings setzen!

1-116-000

Jean-Paul Gauzès (PPE). - Madame la Présidente, chers collègues, Monsieur le Commissaire, vous savez combien j'apprécie vos actions et tout ce que vous faites. Le sujet que nous abordons ce soir est important. Il se trouve que j'étais rapporteur de la directive sur les services de paiement dans la mandature précédente. Je sais donc combien le travail pour arriver à harmoniser les services de paiement au sein de l'Europe est important.

Ce soir, permettez-moi simplement de parler d'une question qui fâche: les commissions multilatérales d'interchange. Depuis le début, je défends ces commissions et j'avais eu l'occasion de le dire lorsque nous avons lancé le premier virement SEPA en 2007. Les commissions d'interchange sont légitimes. Ce qui ne l'est pas, c'est la fixation des montants lorsqu'ils sont excessifs.

Pourquoi ces commissions sont-elles légitimes? Parce que le service des paiements est un service commercial. Il faut que les établissements, banques ou établissements de paiement créés par le titre 2 de la directive que j'évoquais tout à l'heure, réalisent une activité commerciale. Il est donc normal qu'ils perçoivent une rémunération. Celle-ci doit être évidemment justifiée par le service rendu et, de ce point de vue, les commissions d'interchange – il est vrai – ont été, pendant une certaine période, fixées abusivement haut.

Mais aujourd'hui, les choses se sont modifiées et la situation à laquelle nous arrivons avec ce nouveau texte, ce règlement, est assez paradoxale. On règle d'abord, par ce texte, une question qui était en cours de discussion à la Cour de justice européenne; on autorise les commissions d'interchange jusqu'en 2017 au niveau national; on les interdit plus tôt pour les opérations transnationales mais on laisse les commissions d'interchange fonctionner lorsqu'il s'agit de refus ou de rejet de paiement. Tout cela n'est pas très cohérent.

Il ne faut pas que ce qui a été fait cette fois-ci puisse servir d'exemple pour ce qui se fera pour les cartes bancaires dans la réglementation à venir. La réflexion doit être mieux menée dans ce domaine et on ne peut tirer argument du fait que six pays seulement recourent aux commissions d'interchange pour dire que c'est inutile. Pourquoi? Parce qu'ailleurs, la transparence n'existe pas; on fait payer le service de paiement au travers d'autres rémunérations, par exemple, la rémunération des chéquiers.

1-117-000

George Sabin Cutaș (S&D). - Susțin propunerea de creare a unei piețe interne a serviciilor de plăți în euro, aceasta practic urmând să faciliteze în mod considerabil sistemul pus la dispoziția consumatorilor europeni, care vor putea folosi o singură metodă de plată și un singur tip de cont pentru transferul de bani în cadrul Uniunii Europene. Această inițiativă va spori eficiența în executarea plăților transfrontaliere, transformând o piață europeană segmentată într-una unitară și aducând beneficii economice. Așa cum știți și cum s-a spus, Comisia Europeană estimează că aceste beneficii s-ar putea ridica la miliarde de euro în termen de șase ani, prin intermediul reducerilor de costuri.

Salut, de asemenea, stabilirea unor termene-limită pentru trecerea de la sistemele naționale actuale la cel generalizat, astfel încât procesul de tranziție să nu se prelungească în mod nejustificat. Am observat cum strategia inițială, adoptată de executivul european pentru transferul de credit, potrivit căreia tranziția trebuia realizată de către sectorul privat într-un ritm flexibil, nu a dat rezultatele scontate. Din cifrele pe care le am, în februarie 2011, la doi ani și jumătate de la lansarea inițiativei, numai 15,7% din totalul transferului de credit din zona euro era efectuată prin sistemul european de plăți.

Nu în ultimul rând, cred că este necesară asigurarea protecției consumatorilor pe tot parcursul trecerii la noul sistem și, de aceea, domnule Comisar, vă sugerez realizarea de programe de informare la care sectorul bancar să fie obligat practic să contribuie în mod activ.

1-118-000

Димитър Стоянов (NI). - Въпреки, че България още не е част от еврозоната, има някои сектори на българската икономика, в които уговарянето на сделки и плащането вече традиционно се извършва в евро. Например, такъв сектор на икономиката е пазарът на недвижими имоти и отдаването им под наем. Въпреки това обаче, когато някой иска в България да извърши превод, дори от една българска банка към друга българска банка, този превод бидейки валутен, се третира като трансграничен и се събира такса, както при платеца, така и при получателя на парите и то доста висока такса. Например, при едни нормални цени на наемите от 200-300 евро, общата такса, която се събира е в размер на 32 евро. Това е оскъпяване от 10%. Аз смятам, че този регламент, който дебатираме в момента, ако бъде приет във вида му, както е предложен, ще бъде една решителна крачка към премахването на това изключително несправедливо третиране на европейските потребители и особено на потребителите, които се намират в държави членки извън еврозоната. Но има и едно друго много важно нещо, което показва този регламент, че въпреки всичко, което се говори, че лихви, такси и т.н. могат да бъдат определяни само от пазарните условия, с тези предложения, които са направени в този регламент, ние доказваме, че може с нормативни актове да бъдат регулирани лихви, такси и т.н. Това е доказателството тук в Европа се приема този акт и трябва да се движим в тази посока.

1-119-000

Othmar Karas (PPE). - Frau Präsidentin! Ein gemeinsamer Binnenmarkt benötigt eine gemeinsame Währung, und eine gemeinsame Währung einen Zahlungsverkehrsraum. Die Umsetzung dieser drei Ziele ist in vielen Phasen sehr holprig, und manche sträuben sich noch immer dagegen. Daher macht das Europäische Parlament mit dem Rat heute Nägel mit Köpfen. Am 1. Februar 2014 ist jenes Enddatum für die Verwirklichung des einheitlichen Zahlungsverkehrsraums in der Eurozone, und am 30.10.2016 ist das Enddatum innerhalb der Europäischen Union für die Nicht-Eurozone. Es kann schneller gehen. Aber wir müssen sehen, dass ab jetzt nicht mehr jeder Unternehmer in jedem Mitgliedstaat, in dem er tätig ist, ein eigenes Konto einrichten muss. Wir kommen jetzt dazu, dass ein Staatsbürger aus einem Land, der in einem anderen Land arbeitet, zur gleichen Zeit das Geld auf sein Heimatkonto bekommt, dass eine Milliarde Euro eingespart wird, dass das Interbankenentgelt de facto fällt. Daher haben wir mit diesem Beschluss heute sehr viel für die Verbraucher und für den Mehrwert der Mitgliedschaft in der Europäischen Union getan.

Die Frau Präsidentin und ich sind für die Informations- und Kommunikationsarbeit mit verantwortlich. Das ist ein gutes Beispiel dafür, warum es die Europäische Union geben muss und was die Bürger davon haben. Wir sparen nicht nur ein, wir erleichtern auch den Zugang und haben gleichzeitig die Rücklastschrift de facto gerettet, den elektronischen Lastschriftverkehr beibehalten, und alle alten Mandate müssen nicht umgestellt werden. Es ist ein guter Kompromiss und trotzdem ein Schritt vorwärts.

1-120-000

Monika Flašíková Beňová (S&D). - Vytvorenie integrovaného trhu s elektronickými platbami v eurách, bez zásadných rozdielov medzi vnútroštátnymi a cezhraničnými platbami, je nevyhnutné pre náležité fungovanie vnútorného trhu. Napriek tomu, že táto iniciatíva zo strany Komisie mohla prísť už skôr, sme radi, že ju tu máme.

Cieľom projektu jednotnej oblasti platieb v eurách je vypracovať spoločné platobné nástroje v rámci Európskej únie, ktorými by boli súčasné vnútroštátne platobné nástroje nahradené. Práve SEPA by mala poskytovať občanom a podnikom Európskej únie bezpečné, ľahko použiteľné a spoľahlivé platobné služby v eurách s konkurencieschopnými cenami. Dá sa tiež očakávať, že vznikne priestor pre vytvorenie priaznivých podmienok na zvýšenie miery hospodárskej súťaže v oblasti platobných služieb a na neobmedzený rozvoj a rýchlu implementáciu inovácií súvisiacich s platbami. Následne by malo prísť k nárastu úspor najmä v dôsledku zvýšenej prevádzkovej efektivity.

Zároveň vzniknú tlaky na plošné znižovanie cien, čo by malo mať významné účinky najmä v členských štátoch, kde sú platby v porovnaní s inými krajinami relatívne drahé. Úspech SEPA je veľmi dôležitý z ekonomického, monetárneho, ale samozrejme aj politického hľadiska. Je plne v súlade so stratégiou Európa 2020, ktorej cieľom je inteligentnejšie hospodárstvo. I z tohto dôvodu sa javí ako opodstatnené a dôležité dosiahnuť plynulý a rýchly prechod na SEPA. Jednotný platobný priestor je dobrým príkladom spoločného prístupu v rámci EÚ a je aj prínosom pre našich občanov.

1-121-000

Andreas Mölzer (NI). - Frau Präsidentin! Der technische Fortschritt und der einheitliche europäische Zahlungsraum haben sicher Vorteile, etwa bessere Liquiditätsplanung durch die SEPA-Info über den genauen Tag der Kontobelastung oder die kürzeren Überweisungslaufzeiten – wobei nebenbei erwähnt den Banken ja ein Körberlgeld wegfällt – oder die Tatsache, dass die Kreditkarten europaweit nicht nur am Geldautomaten zur Abhebung von Bargeld, sondern auch zur Zahlung verwendet werden können.

IBAN und BIC mögen ja ihre Vorteile haben, aber sie sind komplizierter und vielen, vor allem älteren Menschen, nicht so geläufig. Daher ist es begrüßenswert, dass das Parlament sich dafür eingesetzt hat, dass auch alte Lastschriftaufträge gültig bleiben. Gerade angesichts des massiven Anstiegs der Cyberkriminalität, wo durch angeblich kostenlose Online-Angebote, die sich häufig als sehr teuer entpuppen, oder durch Hackerangriffe und das Ausspionieren persönlicher Nutzerdaten – vor allem *Fishing* nach Bankdaten – ein großer finanzieller Schaden entsteht, ist es meines Erachtens umso wichtiger, dass das bedingungslose Widerrufsrecht bei Abbuchungen aufrecht erhalten bleibt.

Gerade um das Vertrauen in den Euro-Zahlungsraum zu stärken, gilt es aber auch der Problematik fehlerhafter Billigsoftware für Bankgeschäfte mit Smartphones Herr zu werden. Für Kreditkartenmissbrauch stehen die Anbieter gerade und nicht die Kunden. Ebenso sollten auch Banken gegebenenfalls für ihre fehlerhaften technischen Systeme geradestehen müssen.

1-122-000

Έναρξη της διαδικασίας catch-the-eye

1-123-000

Sergio Paolo Francesco Silvestris (PPE). - Signora Presidente, signor Commissario, quello che stiamo compiendo è un ulteriore, importante passo avanti perché l'area di pagamento unico nell'eurozona, con questa data fatidica del 1° febbraio 2014, costituisce il completamento di un percorso che è partito dal mercato comune e ha avuto una tappa importante nella moneta unica.

È un vantaggio economico notevole – lo ha ricordato il Commissario e lo ringrazio per questo – che produrrà un risparmio di un miliardo di euro l'anno rispetto ai costi attuali ed è anche un grandissimo vantaggio per il consumatore. Dunque, quest'area unica dei pagamenti in euro costituisce un passo in avanti che segniamo favorevolmente sul percorso del metodo comunitario, che tanto sta a cuore a questo Parlamento così come sta a cuore al mio paese.

1-124-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - Spațiul unic de plăți în euro este esențial pentru realizarea pieței interne. Datorită legăturii strânse dintre facturi și plăți, spațiul unic de plăți în euro oferă o platformă de realizare a unui sistem european interoperabil de facturare electronică. La rândul său, adoptarea pe scară largă a facturării electronice va stimula migrarea instrumentelor financiare către spațiul unic de plăți în euro.

Pentru ca aceste beneficii mutuale să se realizeze, standardul pentru factura electronică trebuie să fie coerent cu standardul ISO 20022 pentru mesajele aferente serviciilor financiare, care este utilizat de spațiul unic de plăți în euro. De asemenea, atât facturarea electronică, cât și spațiul unic de plăți în euro ar trebui să fie integrate în sistemele electronice de plăți publice desfășurate de autoritățile publice din statele membre și de instituțiile Uniunii Europene. Solicit domnului comisar mai multe detalii privind dezvoltările mai sus menționate.

1-125-000

Elena Băsescu (PPE). - Pentru buna funcționare a pieței unice, Europa are nevoie de sisteme de plată sigure și eficiente. Planurile naționale nu pot asigura un impuls suficient pentru o migrare rapidă și integrală către zona unică de plăți în euro. SEPA reprezintă elementul de bază în crearea unei piețe interne de plăți. Ea va contribui la reducerea costurilor și va permite realizarea de economii substanțiale. De exemplu, beneficiile potențiale ale SEPA s-ar putea ridica la trei sute de miliarde de euro într-o perioadă de șase ani.

Este important să se fixeze un termen limită comun pentru migrarea debitării directe și a transferurilor de credit în euro. În același timp, este esențială reglementarea comisioanelor interbancare multilaterale pentru debitele directe. Consider că trebuie să fie întreprinse, însă, mai multe eforturi pentru promovarea activă a produselor SEPA.

1-126-000

Jaroslav Paška (EFD). - Fungovanie vnútorného trhu Európskej únie bez odbúrania hraníc v bankovom sektore by bolo iste problematické. Preto úsilie o vytvorenie jednotného európskeho systému vykonávania transakcií prechodom z národných štandardov na medzinárodné je pochopiteľnou zmenou, ktorá zjednoduší našim občanom a podnikom cezhraničný platobný styk v rámci Európskej únie.

Skutočnosť, že od roku 2014 budú občania eurozóny a od novembra 2016 aj občania ďalších krajín Európskej únie realizovať cezhraničné platobné príkazy a inkasá v Európskej únii za rovnakých podmienok ako na vnútroštátnej úrovni je, myslím si, prirodzeným prejavom integrácie a budovania spoločného trhu, ktorý naši občania aj podnikateľské subjekty iste uvítajú.

Preto dúfam, že aplikácia navrhovaných zmien vytvárajúcich jednotný platobný priestor Európskej únie už nenarazí v bankovom sektore na administratívne či ekonomické prekážky, ktoré by jeho zavedenie ešte skomplikovali.

1-127-000

Zofija Mazej Kukovič (PPE). - Hvala poročevalki za to odlično delo in seveda za odlično poenostavitev in pocenitev plačilnega prometa, ki ga prinaša SEPA.

Gotovo bo 23 milijonov srednjih in malih velikih podjetij zelo veselo, da bodo lahko privarčevali in hkrati bodo imeli tudi nove in dobre pogoje za rast.

Vendar me ob tem zaskrbljuje današnji trenutek. Za vse je potrebna dobra informacijska platforma in seveda dobra zanesljivost in varnost. Ob današnjih, tudi izpadih bančnih sistemov, vzporedno z demonstracijami, ki se dogajajo za Acto, vidimo, da lahko pride tudi tukaj do večjih motenj.

Zato samo dajem pobudo na večjo pozornost na tem področju.

1-128-000

Janusz Władysław Zemke (S&D). - Pani Przewodnicząca! Mam do pana komisarza pewne pytanie. Moim zdaniem sprawa jest prosta w przypadku państw, których walutą jest już obecnie euro. Ale mamy przecież w Unii także kraje, które chcą przystąpić do strefy euro. Mamy także kraje, które mówią bardzo konsekwentnie, że dalej zachowają swoją narodową walutę. W związku z tym, Panie Komisarzu, moje pytanie jest następujące: czy mamy pewność, że te regulacje, które mają objąć całą Unię w 2016 roku – ma to się stać 30 października tego roku – obejmą także Wielką Brytanię? My bowiem dobrze wiemy, że system bankowy Wielkiej Brytanii odgrywa w Europie wielce istotną rolę.

1-129-000

Λήξη της διαδικασίας "catch-the-eye".

1-130-000

Michel Barnier, *membre de la Commission* . – Madame la Présidente, je vais essayer de répondre précisément et simplement à chacun et chacune d'entre vous.

Tout d'abord, pour remercier Mme Gebhardt d'avoir rappelé le progrès qui a été fait sur le texte initial de la Commission, grâce au Parlement, en particulier pour la protection des consommateurs.

Je veux d'ailleurs dire à Mme Gebhardt et à chacun d'entre vous que, s'agissant des services financiers, l'une de mes grandes priorités pour l'année qui commence en 2012 sera la protection des consommateurs. Vous le verrez dans la révision de la directive que M. Gauzès connaît bien sur les produits financiers, sur OPCVM ou encore sur l'intermédiation en assurances. Une deuxième autre priorité concernera le *shadow banking*, mais c'est un autre sujet. La protection des consommateurs sera une priorité.

Puisque je parle de la protection des consommateurs et de l'information, je veux dire à M. Cutaş, M. Padar, M. Chountis ou à M. Terho – M. Padar a parlé du changement – qu'effectivement c'est un changement, y compris culturel, que nous accélérons et que nous facilitons. Il faut donc informer un certain nombre de personnes et je pense pouvoir dire

que les banques sont engagées dans ce travail d'information, y compris pour la sécurité des consommateurs.

Je dis également à M. Padar, comme à Mme Mazej Kukovič, qui vient d'intervenir, que je suivrai et que nous allons suivre avec beaucoup d'attention la mise en œuvre de ce règlement, avec le souci que nous avons de travailler avec les banques et d'assurer une bonne mise en œuvre.

Je veux également dire que je suis très attaché à la meilleure gouvernance du système SEPA, en particulier pour que les consommateurs y aient leur place, et ils connaissent ma préoccupation à ce sujet. Mme in 't Veld disait: pourquoi faut-il tant de temps? Vous savez, Madame in 't Veld, que la Commission avait souhaité aller plus vite et nous travaillons à trois, la Commission, le Parlement et le Conseil. Il a donc fallu trouver un compromis qui, je crois, est un compromis équilibré et néanmoins dynamique. M. Giegold a rappelé que nous avons fixé une date butoir en 2014, comme M. Karas l'a rappelé tout à l'heure, pour la zone euro.

Je veux également dire à M. Giegold et à Mme Țicău que ce chantier que nous accélérons pour SEPA est lié à un autre chantier sur lequel la Commission vient de présenter un plan d'action concernant le commerce électronique. Cela me donne l'occasion de dire à Mme Țicău que nous allons travailler sur des sujets extrêmement techniques qui concernent les consommateurs par internet pour la facturation électronique, la signature électronique, la sécurité des paiements. Je suis en train de travailler avec mes collègues, M. Dalli et Mme Kroes, très précisément sur tous ces obstacles techniques pour favoriser le développement du e-commerce.

M. Chountis a fait une référence que je comprends à la situation grave et aux difficultés que vivent ses compatriotes grecs. Je ne vais pas, à ce stade, rentrer dans le débat d'aujourd'hui sur l'effort que nous devons tous faire pour redresser les choses. Je pense simplement, M. Chountis, que votre pays, que je connais bien et que je respecte, est un de ceux qui, dans l'Union, a le plus intérêt à une bonne intégration économique, à ce type de facilité pour les paiements.

Votre pays a des bases et c'est pour cela qu'on doit avoir confiance dans sa capacité à sortir de ses difficultés par son propre effort et par l'effort de solidarité très important qui est conduit par tous les pays européens. Mais, quand on regarde les fondamentaux économiques de la Grèce, notamment en matière de développement touristique, d'accueil touristique, d'échanges, on voit bien que la Grèce est un des pays qui a le plus intérêt à une bonne intégration dans le marché unique.

M. Martin a évoqué un point qui est le remboursement des prélèvements automatiques ordinaires. Dans ce texte, nous avons déjà répondu sur ce point. Pouvons-nous faire plus, Monsieur Martin? C'est une question que je me suis engagé à examiner, comme vous l'avez souhaité, dans le cadre de la révision de la directive sur les paiements et sur ses conséquences.

M. Gauzès, comme à son habitude, a posé de vraies questions, et notamment une question qui fâche concernant les commissions multilatérales d'interchange. Je pense pouvoir dire que nous avons présenté un texte qui présente une solution équilibrée, qui prévoit la suppression à terme de ces commissions qui ne sont pas favorables aux consommateurs, avec certains coûts cachés et avec un effet à la hausse sur les prix de détail des services, souvent payés par prélèvement – je pense à l'eau et à l'électricité.

Dans le même temps, Monsieur Gauzès, le texte reconnaît que l'interdiction de ces commissions multilatérales forfaitaires appliquées dans six États membres peut constituer un problème pour un certain nombre de banques qui en bénéficiaient jusqu'à présent. Voilà pourquoi nous avons prévu une période de transition – vous l'avez d'ailleurs rappelé – jusqu'en 2017. Je voudrais dire, pour être tout à fait clair que cela ne préjuge pas de ce qui se fera ou de ce qui devrait ou pourrait être fait sur la question des cartes bancaires, comme vous l'avez vous-même souhaité.

M. Mølzer a évoqué le règlement pour les consommateurs et la sécurité que nous devons aux consommateurs. Je veux rappeler que ce règlement va renforcer les droits des consommateurs pour leur permettre de plafonner le montant de chaque prélèvement automatique, d'en déterminer la périodicité et de bloquer tout prélèvement au bénéfice des personnes ou entreprises définies au préalable.

En outre, le prestataire de services de paiement devra vérifier chaque prélèvement dès lors que le mandat correspondant ne prévoit pas un droit au remboursement. Ce que je viens de dire est un peu compliqué mais cela confirme, Monsieur Mølzer, la volonté de sécurisation pour les consommateurs.

J'ai bien compris la question que M. Stoyanov a posée sur le cas domestique de prélèvements intérieurs d'un pays. Monsieur Stoyanov, comme je n'ai pas d'élément de réponse à votre question, je vous ferai une réponse écrite après avoir fait une enquête sur le point que vous avez évoqué.

Monsieur Paška, Mme Bănescu et M. Silvestris ont souligné les économies de ce projet pour les consommateurs et pour les entreprises et ils ont eu raison. Mme Flašíková Beňová évoquait le cadre favorable à la compétitivité, je pense qu'elle a, elle aussi, raison.

Enfin, je voudrais remercier M. Karas d'avoir souligné la valeur ajoutée qui est apportée. C'est précisément le troisième point sur lequel nous délibérons depuis tout à l'heure et pour lequel nous discutons d'un progrès, d'une valeur ajoutée pour le marché intérieur, comme M. Karas l'a dit.

Enfin, je voudrais dire à M. Zemke que le projet concerne tous les paiements en euros au sein de l'Union européenne et pas seulement les pays de la zone euro. Ce projet concerne bien tous les paiements en euros au sein de l'Union européenne, pas seulement les pays qui font partie actuellement de la zone euro.

Je voudrais conclure, Madame la Présidente, en évoquant le travail de Mme Essayah que je veux à nouveau remercier pour la qualité de son rapport.

1-131-000

Πρόεδρος. - Η συζήτηση έληξε.

Η ψηφοφορία θα διεξαχθεί αύριο, Τρίτη 14 Φεβρουαρίου 2012, στις 12 το μεσημέρι.

18. Συλλογική διαχείριση δικαιωμάτων (συζήτηση)

1-133-000

Πρόεδρος. - Το επόμενο σημείο της ημερήσιας διάταξης είναι η συζήτηση σχετικά με προφορική ερώτηση προς την Επιτροπή σχετικά με τη συλλογική διαχείριση δικαιωμάτων του Klaus-Heiner Lehne, εξ ονόματος της Επιτροπής Νομικών Θεμάτων (Ο-000020/2012 - Β7-0034/2012).

1-134-000

Marielle Gallo, *auteur suppléant*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je suis sûre que vous savez combien les juristes sont précis, parfois impatients de résoudre les problèmes juridiques les plus difficiles et je dois dire qu'à la commission JURI, même les non-juristes sont impatients.

La Commission européenne a mené des consultations sur la question de la gestion du droit d'auteur depuis le milieu des années 90. Elle a publié une série de documents, de communications, de documents de travail traitant de ce sujet, qui ont été suivis de consultations publiques.

Le Parlement avait déjà demandé l'établissement d'un cadre communautaire pour les sociétés de gestion collective dans le domaine du droit d'auteur et des droits voisins dans sa résolution du 15 janvier 2004 et aussi dans ses résolutions du 13 mars 2007 et du 25 septembre 2008. Au cours de la présente législature, le Parlement a réitéré sa demande, notamment dans sa résolution du 12 mai 2011 intitulée "Libérer le potentiel des industries culturelles et créatives" et ainsi que dans le rapport qui porte mon nom et qui a été adopté le 22 septembre 2010.

Comme vous l'avez précisé dans votre communication du 24 mai 2011, la proposition à venir sur la gestion collective du droit d'auteur doit contribuer à la création d'un véritable marché unique du numérique. Il faut en effet que des licences paneuropéennes ou multiterritoriales existent. Mais nous sommes conscients de la difficulté qui réside dans la réagrégation des répertoires qui permettrait à une seule entité d'accorder des licences pour un ensemble de répertoires.

Il faut également que les sociétés de gestion collective garantissent la diversité culturelle en stimulant la création, mais nous connaissons les barrières linguistiques et culturelles. Il faut enfin que les sociétés de gestion collective assurent la prise en charge et la rémunération de tous les créateurs, de la star internationale aux auteurs les moins connus.

Comment, dans votre proposition, comptez-vous garantir l'équilibre entre, d'une part, cette modernisation nécessaire de la gestion collective, en particulier pour toutes les utilisations sur l'internet et, d'autre part, la protection et la rémunération des créateurs dans la diversité culturelle?

Dernière question, Monsieur le Commissaire – mais vous l'attendez –, surtout, dans quel délai allez-vous nous proposer ce texte?

1-135-000

Michel Barnier, *membre de la Commission*. – Madame la Présidente, je remercie Marielle Gallo, au nom de la commission dont elle fait partie, ainsi que beaucoup d'entre vous de m'interroger sur cet aspect de la future proposition législative sur la gestion collective des droits d'auteur. Quel est l'enjeu? Mettre la gestion collective au service du marché unique à l'heure de l'internet, faire vivre ce droit d'auteur – comme je le disais précédemment de manière plus globale sur la propriété intellectuelle – à l'heure d'aujourd'hui, au temps d'aujourd'hui, Madame Gallo, qui, vous le savez, est le temps de l'internet et le temps européen.

La gestion collective des droits d'auteur est une question complexe. Elle affecte la gestion des droits en ligne mais aussi des droits hors-ligne, non seulement en ce qui concerne les

auteurs mais aussi en ce qui concerne les artistes interprètes ou exécutants, les acteurs, les producteurs, les éditeurs et même les radiodiffuseurs.

On pense immédiatement aux grandes sociétés de gestion, comme celles en charge des droits des auteurs proprement dits mais, Mesdames et Messieurs les députés, il ne faut pas non plus oublier les sociétés qui perçoivent les rémunérations liées à la reprographie ou au droit de suite.

Si l'on s'en tient exclusivement à la gestion collective des droits d'auteur proprement dits, il s'agit d'un secteur – Mme Gallo l'a rappelé – qui représente une valeur de 7,5 milliards d'euros au niveau mondial, et au niveau de notre seul continent, l'Europe, de 4,6 milliards d'euros, pour près d'une centaine de sociétés de gestion.

La gestion collective des droits d'auteur est complexe, parce que ces sociétés de gestion – une centaine chez nous –, tout en étant fortement ancrées dans les différents États membres et en participant activement à la diversité culturelle dans chacun de nos États, doivent aussi s'adapter – je l'ai rappelé tout à l'heure – à l'internet et à une demande multiterritoriale qui est en plein développement. Cette gestion collective doit être autant au service des ayants droit qu'au service des utilisateurs. Mais il est temps aujourd'hui que cette gestion collective soit aussi davantage au service du marché unique.

Le recours à la gestion collective est avant tout une démarche volontaire, et c'est d'ailleurs le choix que les auteurs font le plus souvent. Elle permet l'obtention de licences par le plus grand nombre possible d'utilisateurs et pour une couverture des droits la plus étendue possible. Elle doit protéger les intérêts des ayants droit et assurer la rémunération, non seulement, comme vous l'avez dit, Madame Gallo, de ceux qui sont les plus connus, les stars, mais aussi de ceux et celles qui sont moins connus et qui ont droit à la même protection.

Ce sont bien des équilibres qui sont difficiles à trouver et la question de la gestion collective divise beaucoup de parties intéressées. Les opinions et les positions sont très souvent divergentes. Parallèlement, le marché évolue très rapidement. Les besoins d'hier ne sont plus les besoins d'aujourd'hui.

Mesdames et Messieurs, ayant rappelé cette complexité et ces différences d'approche qui expliquent en partie, Madame Gallo, le temps que je prends pour sérieusement, consciencieusement, travailler sur cette proposition, je voudrais dire quelques mots de cette future proposition de directive.

C'est dans sa communication du 20 mai 2011, que vous avez évoquée, que la Commission a annoncé son intention de couvrir non seulement la gestion des droits d'auteur liée à la musique en ligne mais aussi d'établir un socle de règles communes à toutes les sociétés de gestion collective, quelle que soit leur activité. Cette décision a été bien accueillie, notamment dans les États membres.

Dès lors, nous travaillons dans cet objectif en élargissant le champ de notre future proposition. Toutes les parties intéressées ont été consultées. Cette phase de consultation est aujourd'hui terminée. Je l'ai conduite – je le redis une deuxième fois – sans improviser, sérieusement, et en écoutant tout le monde. Voilà pourquoi je serai en mesure, au nom de la Commission, de présenter – vous m'avez demandé de fixer un délai – cette proposition de directive au cours du printemps prochain.

Puisque j'en ai l'occasion, je vais détailler un peu cette proposition. J'ai demandé à mes services de travailler sur deux volets.

Le premier volet concerne les règles horizontales de transparence et de gouvernance. Il s'agit de règles harmonisées de transparence et de gouvernance qui seront applicables, si vous le voulez bien, à toutes les sociétés de gestion collective en Europe. Ces règles doivent créer des conditions équitables pour toutes les sociétés et améliorer leur fonctionnement au bénéfice de tous les ayants droit, y compris les ressortissants d'autres États membres.

En effet, on ne peut pas négliger le fait que chaque société de gestion collective gère sur son territoire les droits (par exemple les droits liés à la radiodiffusion) non seulement de ses propres membres mais aussi ceux des membres de sociétés de gestion étrangères. Voilà pour le premier volet horizontal de cette future et prochaine proposition.

Le deuxième volet concerne des règles spécifiques pour la musique en ligne. Il est lié aux sociétés qui gèrent des droits d'auteur pour la musique en ligne. Tout en assurant un haut niveau de transparence et une meilleure qualité des services aux auteurs et aux utilisateurs, nous voulons proposer un cadre juridique clair, Mesdames et Messieurs les députés, pour faciliter l'octroi, par les sociétés de gestion, de licences multiterritoriales portant sur la musique en ligne. Ces licences devront aussi favoriser le regroupement des répertoires, la mutualisation des répertoires, afin de réduire le nombre de licences nécessaires.

Dans cette approche, la Commission prendra en compte, dans la mesure du possible, la position exprimée par le Parlement européen dans plusieurs résolutions et documents de travail.

Je voulais vous dire que je travaille personnellement avec toutes mes équipes sur ce dossier. Nous serons prêts dans les tout prochains mois et le temps passé, qui vous a peut-être paru long, est un temps utile pour vous proposer un bon texte, solide et équilibré.

Je suis convaincu que notre proposition contribuera à accélérer la création de ce marché unique numérique. Les sociétés de gestion collective vont bénéficier d'un cadre législatif beaucoup plus clair, qui viendra harmoniser et définir les principes de base concernant leur fonctionnement. Dans le secteur de la musique en ligne, les auteurs bénéficieront des avantages d'une exploitation beaucoup plus large de leurs œuvres. Enfin, les citoyens – et notamment les jeunes – profiteront d'un plus large éventail de services innovants.

Voilà dans quelle direction nous travaillons sur ces deux volets et voilà le délai dans lequel je pense être en mesure – sous réserve de l'approbation de la Commission européenne et du collège – de vous présenter ce texte dans les toutes prochaines semaines.

1-136-000

Monica Luisa Macovei, *on behalf of the PPE Group* . – Mr President, I welcome the Commission decision to propose a directive on collective rights management, and I also welcome the open legislative process just described by the Commissioner, which included a public consultation to hear the voices and opinions of all parties involved.

The current 2005 recommendation from the Commission has proved insufficient in regulating the collective cross-border management of copyright and related rights for on-line music services.

Our goal is to safeguard the interests of authors in Europe and to ensure cultural diversity in a legal, fair and transparent system of competition. At present there is a climate of legal

uncertainty for rights-holders, for users and especially for broadcasters, who – for instance – experience legal uncertainty as to which licensing regime would apply to their services.

I believe that the Commission proposal should include some of the following principles:

Firstly, the holders of the rights, either individuals or legal persons holding on-line rights, should be able to choose freely any collective rights managers for the management of on-line rights related to legitimate on-line music services, no matter where the rights-holder or the collective rights manager is in the European Union.

Secondly, royalties collected by collective rights managers on behalf of rights-holders should be distributed fairly and without discrimination on the basis of residence or nationality or whether they are composers, performers, publishers or other categories of rights-holders.

Collective rights managers should be able to provide commercial users based anywhere in the European Union with pan-European and multi-territorial licences for online users, including mobile phone users, on firm and individually negotiated terms and without discrimination among users.

Lastly, in the event of disputes, parties should have access to effective and inexpensive dispute settlement mechanisms which do not burden users with unreasonable legal costs.

1-137-000

Luigi Berlinguer, a nome del gruppo S&D. – Signora Presidente, signor Commissario, in Europa la crescita è ormai una necessità non più rinviabile.

Essa dipende anche dalle misure di liberalizzazione rispetto agli ostacoli e ai privilegi che strozzano anche il mercato interno digitale. Fra queste vi è la necessità di una nuova disciplina del *copyright*, in particolare del *collective rights management*, visto che il *copyright* rappresenta il 7 per cento del PIL della nostra Europa.

La riforma urge, signor Commissario, e noi l'aspettiamo da tempo. È stata più volte annunciata con scadenze e date che non sono mai state rispettate, come da lei indirettamente ammesso. Aspettiamo questa direttiva da oltre due anni, così come auspichiamo che venga affrontato il tema della direttiva 48 IPRED e della direttiva 29 con un regime di eccezioni al passo con i tempi. Si è sperato che questa legislatura fosse quella costituente

Ma oggi il nostro dibattito è inquinato da ideologismi che contrappongono artificialmente gli artisti ai diritti di libero accesso al *web*, con una contrapposizione nociva e sterile che paralizza. Occorre risolvere tutto ciò con idee giuridiche e tecnologiche innovative per un nuovo diritto d'autore, che parta anzitutto dalla gestione. Benché esistano proposte ed esperienze interessanti, l'idea non avanza.

Signor Commissario, con i brevetti lei ha avuto un successo importante e me ne complimento perché la stimo. Su questo argomento, invece, si ritarda. Perché? Sia lei che la relatrice, onorevole Gallo, avete parlato di difficoltà che effettivamente sussistono e che, come da lei dichiarato, giustificano in parte il ritardo.

Il problema è che le attuali società di gestione esistenti e le case discografiche rappresentano interessi corposi che difendono il loro orto, il loro campo. Questo è l'ostacolo principale. No alla territorialità, no ad eccezioni ragionevoli, no a licenze collettive estese, no a incentivi

verso nuovi modelli di *business*, no a una trasparenza migliore, no all'interoperabilità a *format shifting*. È tutta qui la sostanza del ritardo.

Occorrono riforme ben fatte, che non creino oligopoli in grado di distorcere il mercato, le industrie culturali e le piccole società e di soffocare la diversità e la ricchezza culturale europea. Per questo noi auspichiamo che questa "primavera", da tutti tanto attesa, finalmente arrivi.

1-138-000

Cecilia Wikström, *för ALDE-gruppen*. – Fru talman! Världen står i dag mitt i en teknisk revolution som i allt väsentligt varit positiv för Europas medborgare. Internet möjliggör tjänster som obegränsad tillgång till musik, film och böcker med bara några knapptryck, och den som bor på landsbygden där jag växte upp, i Kalix i norra Sverige, har samma tillgång till kulturella uttryck som den som bor i kulturella storstäder som Paris eller London.

De grundläggande principerna bakom vår upphovsrättslagstiftning måste fortfarande vara giltiga också i den digitala tidsåldern, men vi måste också våga se att den nya tiden innebär att vissa gamla system måste moderniseras och förenklas. Kollektiv rättighetsförvaltning är ett sådant system, som måste anpassas till det 21:a århundradet.

De som ska tillhandahålla morgondagens digitala kulturtjänster måste få en enklare tillvaro än vad som är fallet i dag. Det är inte rimligt att ett litet företag ska behöva anställa legioner av advokater och förhandla om rättigheter i 27 länder under lång tid för att kunna erbjuda tillgång till en bred repertoar av europeiska verk.

Vi måste inse att det krävs europeiska lösningar för att riva ner hinder för handel och öppna möjligheter för entreprenörer. Stora förändringar som de vi nu gått igenom skapar nervositet och, förmodar jag, en reflex att hålla fast vid det man har i stället för att skapa och sträcka sig mot något bättre. Så tolkar jag kommissionens senfärdighet i detta ärende. Den gångna processen har varit alltför långdragen, och Europa måste nu få ett politiskt ledarskap som visar att vi kan mer och vi kan bättre. Därför förväntar jag mig mer av er, kommissionsledamot Barnier, och försäkrar er att jag och ALDE-gruppen i allt väsentligt kommer att bidra på ett konstruktivt och pragmatiskt sätt för att få fram lämpliga förslag om en funktionell inre digital marknad avsedd för det 21:a århundradet.

1-139-000

Eva Lichtenberger, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Guten Abend, Herr Kommissar! Ich war einigermaßen erstaunt, dass schon wieder mehr oder minder eine Verschiebung dieses Dossiers angekündigt wurde, denn es ist schon überraschend, dass hier überhaupt nichts auf den Tisch kommt. Seit 2005 diskutieren wir dieses Thema, seit 2005 gibt es auch die Empfehlung der Kommission, die ja auch zu enormen Marktverwerfungen geführt hat, wodurch kleine Verwerter in Europa zunehmend unter Druck geraten und Probleme bekommen.

Wir brauchen diesen Vorschlag, und wir brauchen ihn dringend! Wir brauchen ihn erstens dringend, weil das Problem der Territorialität gelöst werden muss. Hier haben wir eine Schwierigkeit. Die Welt endet nun einmal nicht mehr an den nationalen Grenzen, und die Probleme werden nicht mit kleinen Austauschbeziehungen gelöst, sondern das geht darüber hinaus. Dringend auch, weil die Rechte der Künstlerinnen und Künstler innerhalb der Verwertungsgesellschaften und gegenüber ihren Rechteinhabern gestärkt und verbessert werden müssen. Das ist nicht in allen Mitgliedstaaten gleichermaßen der Fall, aber in einigen

sehr dramatisch. Dringend auch, weil der Lévai-Bericht des Europäischen Parlaments alle Fragen vonseiten des Parlaments beantwortet hat, aber die Reaktion der Kommission bislang ausgeblieben ist. Dringend auch, weil eine weitere Marktkonzentration global gesehen den US-Giganten gegenüber unseren europäischen Verwertern zu immer mehr Marktmacht verhilft. Die Zeit arbeitet derzeit für die Dinosaurier am Markt und nicht für das, was kulturelle Vielfalt in Europa so dringend wie das Wasser zum Leben braucht, nämlich auch eine Kultur abseits des Mainstreams, die eben diesen Mainstream dann wieder befruchten kann.

Herr Kommissar, werden Sie tätig, aber konfrontieren Sie uns nicht mit einer *fast track procedure*!

1-140-000

Françoise Castex (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, je m'associe à mes collègues pour demander que soit traitée rapidement la question des sociétés de gestion collective. J'adhère aux propositions que vous venez de faire concernant l'harmonisation des règles horizontales relatives à la transparence et concernant les règles relatives à la musique en ligne.

Je veux toutefois insister sur l'objectif d'une juste rémunération des artistes. En effet, depuis le début du mandat, depuis quelques années même, la question de la rémunération des artistes est évoquée exclusivement sous l'angle des infractions aux droits de propriété intellectuelle, faisant des internautes les boucs émissaires du manque à gagner des artistes. Or, c'est oublier que, sur chaque CD, par exemple, les auteurs et interprètes ne touchent, en moyenne, que 6 % du prix de vente et que, sur les sites de vente de musique en ligne ils perçoivent à peine un centime, soit 1 % par titre vendu.

La juste rémunération des artistes doit donc être au centre de notre révision de la gestion collective à l'ère du numérique. Bien sûr, il faut plus de transparence. En France, la commission permanente de contrôle des sociétés de gestion et de répartition des droits, a publié l'an dernier un rapport accablant, par exemple, sur la rémunération des dirigeants de ces sociétés. Cette commission a également dénoncé une cascade de facturations et de retenues pour frais.

L'artiste doit être au centre des préoccupations et beaucoup de voix de toutes tendances politiques confondues dénoncent un système qui finit par donner plus d'importance aux intermédiaires qu'aux artistes – c'est ce que disait Neelie Kroes – ou même un système opaque et confiscatoire comme l'a déclaré le ministre français de la culture.

Monsieur le Commissaire, je pense donc que, si nous révisons ces droits de gestion collective, la perception optimale des droits de propriété intellectuelle doit être notre objectif et notre finalité. Ce sont des conditions qui ne sont pas annexes dans la lutte contre les infractions aux droits de propriété intellectuelle mais qui constituent un préalable indispensable au respect de ces droits par les utilisateurs.

1-141-000

Έναρξη διαδικασίας "catch-the-eye"

1-142-000

Anna Záborská (PPE). - Prehnané reakcie časti verejnosti na návrh zmluvy ACTA ukázali, že v oblasti práv duševného vlastníctva je potrebné urobiť poriadok. Súčasťou problematiky

je aj kolektívna správa autorských práv. Pre fungovanie jednotného trhu je dôležité, aby bol založený na rovnakých princípoch v celej Európe. Očakávam však najmä to, že smernica ukončí praktiky niektorých národných organizácií, ktoré zastupujú záujmy autorov. Je potrebné vziať do úvahy, že nie všetci autori chcú byť zastupovaní takýmito organizáciami.

Je potrebné, na základe analýzy najlepších postupov, stanoviť spôsob prerozdelenia poplatkov za použitie originálnych diel, ale predovšetkým musí pripravovaná legislatíva vychádzať z reality dneška. Vo svete, kde vytvorenie kópie autorského diela a jej zdieľanie trvá len niekoľko minút, je potrebné prehodnotiť celý koncept autorských práv a až následne riešiť ich kolektívnu správu.

1-143-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - În România sunt organizate și funcționează cu avizul O.R.D.A. un număr de 12 organisme de gestionare colectivă, dintre care 5 în domeniul drepturilor de autor și 7 în domeniul drepturilor conexe. Sumele colectate sunt repartizate pe baza documentelor primite de la utilizatori și pe baza altor criterii: fond comun, ambiental, copie privată, coș de repartiție etc. Faptul că, în perioada 2004 – 2009, sumele colectate de organismele de gestiune colectivă au crescut de cinci ori arată un progres important și faptul că titularii drepturilor de autor și ai drepturilor conexe cunosc beneficiile pe care le obțin prin afilierea la un organism de gestiune colectivă.

Aș dori să întreb Comisia: care sunt măsurile prevăzute de viitoarea propunere legislativă pentru a garanta accesibilitatea, atât a titularilor drepturilor de autor și drepturilor conexe (în special a celor mai puțin cunoscuți) la organismele de gestiune colectivă a acestor drepturi, în contextul licențelor europene, cât și accesibilitatea consumatorilor la operele dorite, în limba solicitată, oriunde pe teritoriul Uniunii Europene.

1-144-000

Franz Obermayr (NI). - Frau Präsidentin! Seien es nun Filmseiten, Streamingportale oder Online-Musikdienste, die Verbreitung von kreativen Inhalten via Internet nimmt einen immer größeren Markt ein. Dennoch ist das Potential noch nicht ausgeschöpft, und im Vergleich zu den USA oder Asien liegt die EU bei der digitalen Verbreitung noch weit hinten. Besonders für kleinere oder junge Künstler und Musiker bietet diese Verbreitung über das Netz eine kostengünstige Methode, ein möglichst großes Publikum zu erreichen. Der Verbraucher gelangt wiederum bequem zu einer großen Auswahl an kreativen Inhalten.

Um das Potenzial der europäischen Kreativindustrie zu erschließen, ist daher ein entsprechender Rechtsrahmen zu schaffen, auch für Lizenzen. Die kollektive Rechtsverwertung ermöglicht es auch kleineren Künstlern, ihre Rechte wahrzunehmen. Europa hat nicht nur geschichtlich auf dem Gebiet Kultur und Kreativität einiges zu bieten. Wir müssen uns dessen wieder bewusst werden, und diesen Markt auch entsprechend in der digitalen Welt fördern.

1-145-000

Λήξη διαδικασίας “catch-the-eye”

1-146-000

Michel Barnier, *membre de la Commission* . – Madame la Présidente, merci à chacune et à chacun de vos questions, de vos interpellations, dont j’ai naturellement pris bonne note

et dont je vais tenir compte. Elles m'encouragent à conclure maintenant ce travail de consultation et de préparation.

Cependant, je veux redire une deuxième fois – je l'ai dit à Mme Gallo tout à l'heure, dans ma première réponse – que, sur un sujet comme celui-ci, compte tenu bien sûr des intérêts en présence, mais aussi de la complexité juridique, le temps que nous avons utilisé, qui a été plus long que je ne l'aurais souhaité, a été un temps utile pour bâtir un texte intelligent et dynamique.

Mme Gallo, dans sa première question, soulevait le problème que, les uns et les autres, vous avez soulevé de manière comparable dans vos questions: comment allons-nous garantir, dans cette proposition, un équilibre entre la protection des créateurs et la diversité culturelle, d'une part, l'accès du plus grand nombre à cette création, et puis naturellement la nécessaire modernisation de la gestion collective?

Je veux rappeler, Mesdames et Messieurs les députés, que ces sociétés de gestion collective jouent un rôle important d'intermédiaire entre les créateurs et le public. Pour les créateurs, ce n'est pas une obligation de passer par ces sociétés de gestion collective et – je le dis notamment à Mme Záborská – c'est un choix volontaire de passer par ces sociétés. Elles jouent un rôle important et – vous le dites, Madame Gallo, et les uns ou les autres aussi – cette tâche est une tâche difficile à l'heure où les sociétés investissent lourdement pour développer des offres de licences multiterritoriales. Il ne faut pas sous-estimer cette responsabilité, ni les obstacles techniques et financiers, sur un marché encore fragile et en développement.

Toutes les sociétés de droits d'auteur, Mesdames et Messieurs les députés, n'ont pas les moyens actuellement de développer de telles licences et il importe qu'elles ne soient pas laissées de côté à l'heure numérique. Voilà pourquoi je proposerai des mesures qui devraient permettre de choisir les meilleurs moyens de développer des licences multiterritoriales dans un cadre juridique clair et qui protégera les intérêts de leurs membres.

Madame Castex et Madame Lichtenberger ont rappelé l'exigence de gouvernance améliorée. Vous avez cité des exemples qui, en effet, suscitent le débat et peut-être même, dans certains cas, sont anormaux. Nous avons besoin de transparence, d'une meilleure gouvernance. Nous allons encourager, favoriser la poursuite des activités de toutes les sociétés dans de meilleures conditions, mais je pense comme vous que les propositions que nous allons faire doivent améliorer cette gouvernance.

Monsieur Berlinguer, j'ai expliqué le délai, je l'assume, même si je sais que vous le regrettez, et je vous demande quelques semaines de patience supplémentaires pour aboutir à cette proposition. Vous avez bien voulu, comme Mme Wikström, me demander de raccourcir ce délai. Je vais aller aussi vite que possible, mais vous avez bien voulu reconnaître aussi, Monsieur Berlinguer, que ce temps a également été utilisé, dans le grand chantier de la propriété intellectuelle, pour faire avancer d'autres points importants. Vous avez vous-même parlé du brevet. J'aurais pu ajouter la gestion des œuvres orphelines ou le sujet dont nous avons parlé tout à l'heure dans cet hémicycle, en début d'après-midi, à savoir l'observatoire sur les infractions liées à la propriété intellectuelle.

Nous allons aller plus loin, avec une proposition de révision de la directive sur l'application des droits de propriété intellectuelle, qui est en préparation. Je vous rappelle aussi que j'ai demandé à un homme que je respecte, qui a été mon collègue à la Commission il y a quelques années, M. Vitorino, de devenir le médiateur sur la question sensible de la copie privée.

Enfin, mes services analysent actuellement les réactions de toutes les parties intéressées au livre vert sur la distribution en ligne des œuvres audiovisuelles. Nous ferons le point sur cette question durant l'été qui vient.

Mme Wikström a évoqué, parmi d'autres points, si j'ai bien compris, l'avenir des sociétés de gestion collective de petite taille, puisqu'en effet, toutes les sociétés de droits d'auteur n'ont pas la même importance. N'oublions pas que la partie la plus importante des revenus des sociétés vient des licences accordées aux radios, aux télévisions, aux câblodistributeurs, aux producteurs de disques. Toutes les sociétés de gestion continueront d'accorder ce type de licences tout en étant plus efficaces et plus transparentes. La plupart des ayants droit apprécient d'ailleurs réellement l'accès aux sociétés de leur pays sur leur marché local, dans leur langue. Nous n'avons pas l'intention de retirer ce choix, notamment sur la question linguistique.

Mme Wikström toujours et Mme Țicău ont évoqué la question des répertoires qui doivent être accessibles sur une base multiterritoriale. C'est important pour les créateurs, pour les utilisateurs commerciaux, pour les consommateurs et pour la diversité culturelle en général. Même si, je le redis, toutes ces sociétés n'ont pas les moyens techniques de proposer des licences multiterritoriales pour les grands prestataires de services en ligne, nous proposerons, dans ce texte, des solutions pour que tous les répertoires soient disponibles pour ces licences.

Mme Macovei a évoqué notamment la question de la concurrence dans le fonctionnement des sociétés de gestion collective. Oui, il y aura, Mesdames et Messieurs les députés, davantage de transparence dans le fonctionnement des sociétés et plus de possibilités pour les ayants droit de faire un choix informé. Oui, parce qu'un socle commun sera établi ainsi que des règles de jeu équitables pour le fonctionnement des sociétés de gestion collective en Europe. Après ce texte, que vous aurez sans doute l'occasion d'améliorer, il sera plus facile pour les ayants droit, pour les utilisateurs commerciaux, de comparer les niveaux de service offerts par les différentes sociétés de gestion collective. Nous pourrons ainsi, comme l'a dit M. Obermayer, utiliser plus efficacement tout le potentiel créatif qui existe en Europe.

Mme Záborská a évoqué le point de l'ACTA. Je sais que c'est une préoccupation. J'ai redit tout à l'heure dans un précédent débat ce que la Commission a voulu faire avec ce texte et j'ai confirmé la disponibilité de mon collègue Karel De Gucht pour participer fin février et début mars à tous les débats qui sont prévus ici de manière responsable, plus sereine, pour évoquer objectivement les questions liées à cet accord ACTA. Voilà ce que je pouvais vous dire sur ce point.

Je vous remercie de m'avoir interpellé sur ces sujets, par vos questions les uns et les autres. Je vous ai dit dans quel esprit nous travaillons sur ces deux chantiers, que vous retrouverez dans cette proposition sur la gestion collective des droits d'auteur dans les toutes prochaines semaines.

1-147-000

PRESIDENZA DELL'ON. ROBERTA ANGELILLI

Vicepresidente

1-149-000

Presidente. – La discussione è chiusa.

Dichiarazioni scritte (articolo 149)

1-147-500

Sebastian Valentin Bodu (PPE), *în scris*. – Comisia Europeană a anunțat în mod repetat în documentele sale o serie de inițiative în domeniul gestionării colective a drepturilor, dar, până acum, nu a fost prezentată nicio propunere. În momentul de față, gestiunea colectivă se realizează prin intermediul unor organisme care colectează remunerațiile pentru drepturi de autor, dar care au devenit o barieră în calea unei reforme eficiente a drepturilor de autor în Europa. Problemele existente în acest domeniu au fost cel mai bine ilustrate în Belgia, când un grup de reporteri sub acoperire a demonstrat că societatea de gestiune colectivă SABAM (Société d'Auteurs Belge – Belgische Auteurs Maatschappij) colecta remunerații pentru artiști care nu există. Din aceste motive, consider că un calendar privind această propunere legislativă, precum și domeniul ei de aplicare, s-ar impune.

19. Riprogrammazione dei Fondi strutturali per una lotta più efficace alla disoccupazione giovanile e per sostenere le PMI (discussione)

1-150-000

Presidente. – L'ordine del giorno reca in discussione l'interrogazione orale alla Commissione sulla riprogrammazione dei Fondi strutturali per una lotta più efficace alla disoccupazione giovanile e per sostenere le PMI, di Danuta Maria Hübner, a nome della commissione per lo sviluppo regionale (O-000025/2012 - B7-0037/2012)

1-151-000

Danuta Maria Hübner, *author*. – Madam President, let me start by saying once again that there is no doubt that Europe needs growth. The last summit finally admitted what many of us in this House have been repeating stubbornly for years, namely that any further budget consolidation, including austerity packages, must be growth-friendly. The current forecasts are not good. If stagnation continues it will eventually lead to a deep erosion of Europe's productive capital, human capital in particular and young human capital even more so.

So we are all for efforts exerted at all levels of European governance to get the most out of EU budget-supported policies. In this context, we were surprised to hear from the President of the Commission that there are EUR 82 billion of what were called 'unspent structural funds': EUR 22 billion from the European Social Fund – which corresponds to roughly 30% of the 2007-2013 allocation – and EUR 60 billion of the ERDF and Cohesion Fund, which means more or less 22% of the current programming period's allocation. We discovered, however, that this is not really unspent money but rather money that has not yet been spent.

Looking more carefully into this announcement, we understand that these funds have not yet been allocated to concrete projects but that they are already committed to priorities and programmes. We also understand that allocation to projects, largely through tenders, is a process lasting until the end of the Multiannual Financial Framework.

It could therefore be expected that most Member States would keep part of the allocation for 2012 and 2013. We also understand that the remaining 70% of ESF funding and 78% of the Cohesion and Regional Funds have either already been paid or that the relevant tenders have been completed, which means that legal commitments have been made or that projects are ongoing.

Our question most likely comes too early to request a fully-fledged assessment from the Commission of the scope for the potential need for reprogramming. We understand that since 2007 growth and jobs have been priorities of cohesion policy and its overarching mission. Nevertheless, we fully share the view that the potential of cohesion policy to generate growth and jobs must be fully exploited.

What is worrying, however, is that the way in which this proposal – for the potential reprogramming of the funds scheduled for allocation by individual Member States to projects in the last two years of the current financial perspective – has been presented to public opinion has created false interpretations, unnecessarily undermining the image of the policy and of its real impact on growth and job creation.

Throughout the crisis Parliament has supported all Commission proposals aimed at strengthening the cohesion policy's response to the crisis. In record time we adopted the amendments to the general regulation to increase co-financing rates. We are working very closely with the Commission and the Council to create a risk-sharing facility to facilitate use of funds in countries in distress.

Let me conclude by saying that we are all aware that there are problems concerning the take-up of funds in some countries. We appreciate the Commission's efforts to help countries like Bulgaria, Romania, Greece and Italy in overcoming the austerity trap through the wise and efficient investment of structural funds.

1-152-000

Johannes Hahn, *Mitglied der Kommission*. – Frau Präsidentin, Frau Abgeordnete, meine Damen und Herren! Vielen Dank für diese Frage, die eine gute Gelegenheit bietet, darzustellen, welches Wachstumspotential in der Regionalpolitik gegeben ist. Ich weise darauf hin, dass die Regionalpolitik *per definitionem* immer schon auf Wachstum ausgelegt war und es auch in Zukunft sein wird.

In Zeiten wie diesen ist es mehr denn je notwendig, ganz massiv auf Wachstum zu setzen. Europa braucht Wachstum. Es ist ganz wichtig, dass wir hier einer möglichen, von manchen Experten als leicht eingestuftem Rezession entgegenwirken. Es ist ganz wesentlich, dass wir zwei Dinge ganz besonders ansprechen: Das eine ist die Förderung der Klein- und Mittelbetriebe, das andere ist, der in manchen Ländern extrem hohen Jugendarbeitslosigkeit, die in einigen Alterskohorten bis zu 50% beträgt, entgegenzuwirken. Wir brauchen die Unterstützung beider Bereiche, die einander bedingen.

Ein einfaches Rechenbeispiel: Wir haben 23 Millionen Klein- und Mittelbetriebe in Europa, und wir haben etwa 23 Millionen Arbeitslose. Wenn es uns gelänge, vereinfacht gesagt jeden Klein- und Mittelbetrieb zu überzeugen, einen zusätzlichen Arbeitslosen oder eine Arbeitslose aufzunehmen, wäre das Problem der Arbeitslosigkeit entschärft. Deswegen hat der informelle Europäische Rat vom 30. Jänner sehr richtig gesagt, dass wir in den nächsten Jahren noch größere und gezieltere Anstrengungen benötigen, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Unternehmen zu fördern und damit Wachstum für Europa sicherzustellen. Es gibt keine langfristige Stabilität ohne ein entsprechendes qualitatives und quantitatives Wachstum.

Die Staats- und Regierungschefs haben daher vorgeschlagen, jene Strukturfondsmittel, die noch keinen konkreten Projekten zugewiesen sind – es ist richtig zitiert worden: 22 Milliarden aus dem ESF und rund 60 Milliarden aus dem EFRE bzw. dem Kohäsionsfonds – mit Blick auf die optimale Ausnutzung von Wachstumspotentialen nochmals einer

Überprüfung zu unterziehen. Es ist richtig, dass im Prinzip diesen Mitteln Programme zugeordnet sind, allerdings sind sie noch keinen konkreten Projekten zugeordnet. Daher ist es durchaus ein legitimer Ansatz zu sagen: Schauen wir uns an, ob wir noch einmal eine Verbesserung der Förderstruktur erzielen können!

Die Kommission hat angeboten, mit der ganzen Expertise, die wir haben, insbesondere jenen Ländern zu helfen, in denen die Jugendarbeitslosigkeit am höchsten ist. Es muss erlaubt sein, in so kritischen Phasen alle Möglichkeiten auszuschöpfen. Wir stehen zur Verfügung. Wir haben das den Mitgliedstaaten angeboten und sie haben dieses Angebot angenommen. Es wird in den nächsten Wochen und Monaten sehr konkrete Gespräche geben, die Anfang März beginnen. Es liegt jedoch an den Mitgliedstaaten, ob sie schlussendlich ihre Programme adaptieren, noch einmal geschärft auf diese Zielrichtung ausrichten: Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und Förderung der Klein- und Mittelbetriebe.

Vor diesem Hintergrund bedanke ich mich beim Europäischen Parlament für die Unterstützung, beschleunigt Maßnahmen ermöglicht zu haben, die einerseits der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe dienen und andererseits eine Erhöhung der Kofinanzierungsrate ermöglicht haben, was letztlich wieder dazu dient, da und dort Liquiditätsengpässe zu überwinden und Projekte umzusetzen, abzuwickeln, zu Ende zu bringen. Wir stehen bereit, gegebenenfalls Programme – wie wir das tagein, tagaus machen – einer Adjustierung, einer Adaptierung zu unterziehen, wenn das von den Mitgliedstaaten gewünscht wird. Die Bereitschaft der Kommission ist da. Ich bitte aber auch die Damen und Herren des Europäischen Parlaments, im Rahmen ihrer Möglichkeiten und Aufgaben an diesem Projekt der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit, der Förderung der Klein- und Mittelbetriebe mitzuwirken.

1-153-000

Lambert van Nistelrooij, *namens de PPE-Fractie*. – Voorzitter, commissaris, beste collega's, de interventie van vanavond moet vooral duidelijkheid scheppen. In de grond - het is al door mevrouw Hübner aangegeven en ook in de vragen verwoord - gaat het immers om de vraag hoe de Europese Commissie in één keer 82 miljard kan vrijstellen voor het midden- en kleinbedrijf en voor de jeugdwerkloosheid.

U bent anderhalve week geleden bij ons in Nederland op bezoek geweest. We hebben u kunnen tonen hoe het in de praktijk werkt. Je neemt die ene euro van de Europese programma's en je sluit een partnerschap met de bedrijven, de universiteiten, de gemeenten, de regionale organen. Het saldo is dan niet één euro, maar eigenlijk vier euro in programma's. Dat doe je drie, vier jaar van tevoren en in mijn land - u heeft dat ook kunnen zien - is het zo dat die programma's zijn vastgelegd voor 2012 en voor 2013. Daar kun je nu niet meer in zitten husselen, want dan zal iedereen die zijn cofinanciering en veel meer dan dat op tafel legt, zich afvragen waar het vertrouwen in de overheid is gebleven.

De vraag is dus, overwegende dat die 82 miljard ongeveer hetzelfde is als wat we voor die twee jaar nog hebben, of dit nu een boekhoudkundige benadering is, in de zin van: 'er is nog zoveel niet besteed'? Of kunt u per land aangeven wat de ruimte is, in Frankrijk, in Duitsland, in Polen? Dan weten we ook een beetje waar we het over hebben. Want wat mij stoort, is dat de volgende dag en ook de week daarop in de krant stond dat er grote stuwmeren zijn ontstaan van projecten die niet worden uitgevoerd en dat er een hele grote marge is in het cohesiefonds en de regionale fondsen. Kan u aangeven wat precies die ruimte is waarbinnen u zich beweegt?

1-154-000

Constanze Angela Krehl, *im Namen der S&D-Fraktion* . – Frau Präsidentin, Herr Kommissar! Ich möchte kurz drei Punkte zu dieser Anfrage erläutern.

Als erstes begrüße ich es außerordentlich, dass die Kommission die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit so ins Zentrum ihrer Politik stellen will. Hoffnung und Zukunft für junge Menschen zu schaffen, das ist unser Anliegen, das ist für uns ganz wichtig. Ich begrüße zweitens auch, dass die Kommission mehr und mehr sieht, dass gerade in Wirtschaftskrisen nicht nur strikte Sparpolitik zu Erfolgen führt, sondern eben auch Investitionen notwendig sind. Da stehen natürlich die kleinen und mittleren Unternehmen an allererster Stelle, denn sie schaffen die meisten Arbeitsplätze und sind für die wirtschaftliche Entwicklung sehr wichtig.

Drittens sage ich aber ganz klar und offen: So, wie das in den Medien geschrieben worden ist, hat Herr Barroso den Eindruck erweckt, er könne mal eben 82 Milliarden Euro aufreiben in dieser Europäischen Union, mit dem Hintergedanken, dass man die in der Kohäsionspolitik ohnehin nicht richtig nutzen würde; die könne man jetzt nehmen, um genau das zu machen, nämlich Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen und KMU unterstützen.

82 Milliarden Euro – das ist fast ein Viertel des gesamten Budgets der Kohäsionspolitik bis 2013! Meines Wissens ist dieses Geld aber in Programmen und Projekten gebunden. Wie will man das denn organisieren, dass jetzt auf einmal alle Regionen etwas ganz anderes machen und dann, weil bei ihnen die Jugendarbeitslosigkeit nicht so hoch ist, auch noch anderen Ländern etwas davon zur Verfügung stellen?

Die Reaktion der Regionen war schon bestürzt. Ich habe viele Anrufe bekommen, in denen gefragt wurde: Was passiert denn jetzt? Wird uns das Geld weggenommen? Was soll denn das? Hier warne ich. Die Kohäsionspolitik ist wirklich eine außerordentlich erfolgreiche Politik, am sichtbarsten und begreifbarsten für die Bürgerinnen und Bürger. Sie schafft Vertrauen. Wenn wir jetzt mit solchen vagen Äußerungen, dass wir Geld übrig haben, den Eindruck erwecken, dass bisher schlechte Politik gemacht worden ist bzw. dass mal eben ein paar Milliarden neu akquiriert werden können, dann schafft das kein zusätzliches Vertrauen, sondern nur Unsicherheit. Vor allen Dingen, wenn ich daran denke, dass der Rat für die diesjährigen Haushaltsverhandlungen die geforderten Zahlungen nicht in dem Maß leistet, wie das Kommission und Parlament für nötig erachtet haben, und nach meinen Informationen etwa für Projekte, die schon abgeschlossen sind, dieses Jahr 15 Milliarden Euro benötigt werden, aber maximal 5 zur Verfügung stehen. Dann wundere ich mich wirklich, wie man den Eindruck erwecken kann, Mitgliedstaaten seien bereit, noch zusätzliche Gelder für die Kohäsionspolitik zu zahlen und bereitzustellen.

Ich glaube, wir müssen hier sehr aufpassen, dass wir in der Tat die richtige Politik weiterführen und dass wir die Länder mit hoher Jugendarbeitslosigkeit unterstützen. Aber ich möchte auch, dass wir die Leute in ohnehin schon schwierigen Zeiten nicht noch mehr verunsichern.

1-155-000

Ramona Nicole Mănescu, *în numele grupului ALDE* . – Propunerea Comisiei Europene de a direcționa fondurile rămase încă nealocate în cadrul fondurilor structurale ale Uniunii Europene către susținerea IMM-urilor și combaterea șomajului în rândul tinerilor este binevenită, cu atât mai mult cu cât criza economică a accentuat profund aceste probleme. Pentru a înregistra o creștere economică și a crea noi locuri de muncă este vital ca IMM-urile

să fie susținute, iar statele membre care nu au înregistrat o absorbție foarte mare a fondurilor europene să își poată, acolo unde este cazul, reprioritiza domeniile de alocare a banilor europeni.

După cum știți, însă, nu suntem la prima măsură anticriză de acest gen. Având exemplul negativ al guvernului din țara mea, poate cel mai neperformant din Europa în privința absorbției fondurilor europene, putem spune că aceste ajutoare financiare nu au fost întotdeauna folosite conform așteptărilor noastre. Prin urmare, eficiența măsurilor anticriză depinde în mare măsură de capacitatea și disponibilitatea guvernelor naționale de a crea cadrul național necesar punerii în aplicare cu succes a acestor măsuri.

Astfel, pentru a putea lua o decizie corectă, obiectivă, pe marginea propunerii pe care ați făcut-o, avem nevoie de răspunsuri clare la toate întrebările pe care Comisia REGI vi le-a adresat, dar și de câteva clarificări, cum ar fi modul în care va proceda Comisia Europeană pentru a sprijini și pentru a se asigura că și guvernele naționale care au demonstrat deja că nu aplică măsurile anticriză adoptate la nivel european vor reuși totuși să redistribuie rapid banii nealocați pentru proiecte specifice, destinate IMM-urilor și creării locurilor de muncă.

Încă un lucru care mi se pare foarte important - ați pus accent pe o listă de 8 state în care șomajul în rândul tinerilor este foarte ridicat. Vreau să vă spun, domnule comisar, că, în România, această problemă este o problemă reală și vrem să știm, cetățenii români vor să știe dacă fondurile alocate României vor fi direcționate către alte state. Ar fi păcat să se întâmple așa!

1-156-000

Elisabeth Schroedter, *im Namen der Verts/ALE-Fraktion*. – Frau Präsidentin! Ich begrüße es, dass der Rat die Vorschläge des Parlaments aufgenommen hat und mit Aktionen die Jugendarbeitslosigkeit bekämpfen will. Die von Herrn Barroso vorgeschlagene, besser gesagt zitierte Jugendgarantie war ein grüner Vorschlag in einem grünen Initiativbericht in diesem Haus. Anders als er meine ich aber, dass besonders die benachteiligten Jugendlichen im Fokus stehen müssen. Dazu braucht es dezentrale Aktionen. Die sind hier wesentlich besser geeignet. Das ESF-Geld soll vor Ort verbleiben und dort neu eingesetzt werden, wenn dies vor Ort für richtig gehalten wird. Das an die Adresse von Herrn Barroso.

Unsere Fraktion unterstützt gleichfalls den Ratsbeschluss zur grünen Ökonomie. Es war ebenfalls ein grüner Initiativbericht, der vor zwei Jahren hier im Plenum mit großer Mehrheit verabschiedet worden ist. Deshalb unsere Forderung im Rahmen der Neuprogrammierung der Strukturfonds, dort, wo es Initiativen braucht, die grüne Ökonomie in den Fokus zu stellen. Gerade für kleine mittelständische Unternehmen wäre eine solche Linie wesentlich, denn dann können sie wettbewerbsfähig sein. Das Geld darf nicht einfach zum Fenster hinaus geschmissen werden, sondern es braucht nachhaltige Projekte, von denen auch die nächsten Generationen noch profitieren können.

1-157-000

Younous Omarjee, *au nom du groupe GUE/NGL*. – Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, est-il normal que la Commission décide avec les États membres d'un redéploiement des fonds et que le Parlement soit mis devant le fait accompli?

On nous dit que 82 milliards d'euros des fonds n'ont pas été consommés et ne le seront pas d'ici 2013. On nous demande en fait de vous croire sur parole, mais je demande à y voir plus clair. Comment est-il possible de dire avec certitude, en 2012, que ces fonds ne

seront pas dépensés avant la fin de la programmation? Ce que je veux dire, c'est qu'aucune des régions initialement bénéficiaires de ces fonds ne devra se trouver pénalisée par ce redéploiement.

Mais au fond, la raison de ce redéploiement ne se trouve-t-elle pas ailleurs? Ne s'agit-il pas de venir atténuer les effets dévastateurs des politiques d'austérité qui sont actuellement mises en œuvre dans l'ensemble de l'Union européenne?

Pour atténuer les effets de la crise, il aurait été bien plus judicieux de mobiliser des ressources nouvelles. Mobiliser des ressources nouvelles pour financer de véritables politiques de croissance et des politiques pour l'emploi des jeunes. Dans ces ressources nouvelles, je pense à la taxe sur les transactions financières, que nous appelons de nos vœux depuis fort longtemps et qui reste toujours à concrétiser.

1-158-000

Joachim Zeller (PPE). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Es erstaunt mich, dass wir immer wieder daran erinnern müssen, was man eigentlich unter Struktur- und Kohäsionspolitik versteht. Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist einer der zentralen Politikbereiche der Europäischen Union und sie soll per Definition der Festigung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts in der Gemeinschaft dienen und dabei insbesondere Wachstum und Beschäftigung in den unterentwickelten Regionen fördern. Die Notwendigkeit und der Erfolg der Kohäsions- und Strukturpolitik hat sich dabei gerade in den Jahren der Krise bewiesen. In vielen Regionen sähe es noch viel schwieriger aus, was die wirtschaftliche Entwicklung anbelangt, würden diese Mittel nicht zur Verfügung stehen.

Dabei erfolgt die Umsetzung der Strukturfondsförderung auf der Grundlage von operationellen Programmen – darauf wurde bereits hingewiesen –, in denen die Förderstrategie der jeweiligen Region beschrieben wird. Europäische Union, Mitgliedstaaten und Regionen arbeiten hier partnerschaftlich zusammen und schaffen so einen wahren europäischen Mehrwert. Der Erfolg der Kohäsions- und Strukturpolitik basiert dabei auch auf einer Verlässlichkeit der Programme und der zur Verfügung gestellten und stehenden Mittel.

Deshalb wundert es mich sehr, wenn immer wieder von einigen Mitgliedstaaten, aber auch von Kommissionsseite – wie wir jetzt sehen – versucht wird, die Strukturfondsmittel wie eine Spardose für alle möglichen aktuellen Politikansätze in Anspruch zu nehmen. Das wird dem Sinn und dem Zweck der Kohäsionspolitik nicht gerecht und verunsichert darüber hinaus die Akteure in den Regionen, die bereits auf der Grundlage langfristiger wirkender Strategien und Verträge an der Zielerreichung arbeiten. Sicherlich sind die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit und der Einsatz für Wirtschaftswachstum wichtige Ziele. Diese werden aber nur erreicht werden, wenn die partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen den Regionen, den Mitgliedstaaten und der Kommission beibehalten wird und die Akteure in den Regionen auch weiterhin einbezogen werden. Denn nur sie haben das Wissen darüber, was in ihren Regionen gemacht werden muss.

Die Kohäsions- und Strukturpolitik ist das einigende, partnerschaftliche, solidarische Band des Handelns zwischen den einzelnen Politikerebenen in der Europäischen Union. In ihr wird das solidarische Europa vor Ort in den Regionen sichtbar, und sie sollte nicht leichtfertig aufgrund von politischen Schnellschüssen aufgegeben werden.

1-159-000

María Irigoyen Pérez (S&D).- Señora Presidenta, Comisario, estimados colegas, sabemos que sin jóvenes no hay futuro y también tenemos la certeza de que, con las altas tasas de desempleo juvenil, Europa puede ser insostenible.

Es prioritario dar soluciones, soluciones que no llegarán con reformas laborales como la aprobada el pasado viernes en mi país, que llevará a nuestros jóvenes a más precarización laboral y a la demolición de derechos. La realidad es que Europa tiene una tasa de desempleo juvenil cercana al 23 %. En mi país —España— afecta al 49 % de los jóvenes, muchos de ellos formados, preparados y con talento, que vienen expresando su cansancio y hartazgo por falta de soluciones.

Compartimos la urgencia de aprobar medidas para impulsar la contratación juvenil y ayudar a las PYME, sobre todo a las creadas por los jóvenes. Por ello, considero prioritaria la necesidad de adecuar la formación al mercado de trabajo, entendiendo que un sistema de formación con más equidad en la calidad de la educación y que ponga fin a las diferencias entre la educación pública y la concertada servirá para estimular la creatividad y la innovación, incrementando así el espíritu empresarial, la especialización y la movilidad de los estudiantes.

¿Podría explicar la Comisión cómo se repartirán entre los diferentes fondos los 10 700 millones de euros que la Comisión ha estimado que corresponden a España? En cuanto al Fondo Social Europeo, ¿qué porcentaje de los 82 000 millones de euros que aún están por asignar irá a parar a este fondo? Concretamente, en el caso de España, ¿a cuánto asciende este porcentaje? Y, por último, ¿cómo piensa la Comisión integrar a las autoridades regionales y locales y a los interlocutores sociales en los planes de acción?

Espero, señor Comisario, una actuación rápida, decidida y viable por parte de la Comisión, porque no hay un solo día que perder.

1-160-000

Michael Theurer (ALDE). - Frau Präsidentin, Herr Kommissar, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es war eine Initiative der Liberalen, die darauf hingewiesen hat, dass die Absorptionskapazitäten in verschiedenen Mitgliedstaaten gering sind. Und als Berichterstatter des entsprechenden Berichts habe ich darauf hingewiesen, wo die Ursachen liegen.

Jetzt ist es erforderlich, dass die Kommission hier entsprechend tätig wird. Wir unterstützen die Kommission auch, damit in den Problemländern – in Griechenland, in Rumänien, in Bulgarien, im Süden Italiens – endlich gehandelt wird. Eine Umschichtung der Mittel in Richtung kleine und mittlere Unternehmen, in Richtung dualer Berufsausbildung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ist absolut richtig. Da müssen wir ansetzen! Das Entscheidende ist doch auch, dass die Kapazitäten aufgebaut werden, um die Probleme zu lösen. Der Eindruck der Bürgerinnen und Bürger ist doch, dass – etwa wie in Griechenland – die Realwirtschaft nicht richtig funktioniert, und dass die Regierung zwar Maßnahmen beschließt, die aber nicht umgesetzt werden.

Entscheidend ist doch, dass wir nicht wie in einem Auto allein auf das Gaspedal drücken und nichts passiert. Jetzt muss ein Gang eingelegt werden, damit auch Schub auf die Räder kommt! Denn es muss gehandelt werden, damit die Realwirtschaft entwickelt, also die Wettbewerbsfähigkeit verbessert wird, damit das Problem an der Wurzel bekämpft wird.

1-161-000

Ana Miranda (Verts/ALE). - Señor Comisario, Europa tiene en estos momentos la generación mejor formada de jóvenes europeos, la generación mejor preparada de todos los tiempos. Pero, es también la generación con menos empleo y con un empleo de peor calidad. Algo estamos haciendo muy mal desde los poderes públicos europeos.

En estos momentos en los que se está discutiendo una reforma de la política de cohesión, el indicador del desempleo, en particular de la tasa de desempleo juvenil, podría ser uno de los indicadores futuros además de la renta.

La futura política de cohesión debe consistir en crear empleo. Nada hay más urgente, en particular en países en los que la mitad de los jóvenes menores de 25 años tienen que estar obligatoriamente en el desempleo. Quieren contratos de calidad, contratos estables, con salarios justos, lo contrario que la dirección que proponen algunos Estados miembros, como el Estado español, con un reforma laboral antisocial en marcha.

Es la generación mejor formada durante años, pero se les ofrece miniempleos, malos empleos, el paro o incluso la emigración. Esperan más de nosotros y la crisis no puede ser la coartada, la excusa, para aplicar reformas laborales que propongan prácticamente la austeridad.

Y en cuanto a las pequeñas y medianas empresas, muchas de ellas han tenido que cerrar precisamente por esta crisis.

1-162-000

Cornelia Ernst (GUE/NGL). - Frau Präsidentin, meine Damen und Herren! Ich bin trotzdem ein wenig verwundert. Nachdem nun Herr Barroso und seine Ratskollegen über Jahre hinweg Austeritätspolitik betrieben haben, Arbeitslosigkeit und Sozialabbau erfolgreich unter dem Regenschirm der Krise forciert haben, werden jetzt Arbeitslose entdeckt. So wichtig das Thema sicherlich ist, es klingt wie ein Hohn, wenn man den Werbefilm dazu im EuroparlTV hier sehen kann, wo von zusätzlichen Mitteln gesprochen wird. Ich frage Sie ganz einfach: In welcher Portokasse, Herr Hahn, haben Sie die 82 Milliarden Euro? Wir wissen doch alle, dass die Dinge bis 2013 – und jetzt sind wir kurz vor Toresschluss – eigentlich schon verplant sind.

Wir sollten nicht mit Tricks arbeiten. Wir sollten auch nicht so reden, als ob alle jetzt die gleichen Mittel erhalten könnten oder genügend Mittel erhalten könnten. Wie ist das denn ganz konkret zum Beispiel mit Irland, das ja seine Mittel bisher ausgeschöpft hat? Welchen Tipp geben Sie der irischen Regierung zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit?

Wir brauchen natürlich einen Schub in der Beschäftigungspolitik zum Abbau der Arbeitslosigkeit von jungen Menschen. Das ist klar. Aber dazu brauchen wir auch reale Gelder. Wir müssen auch dazu stehen. Und wir brauchen natürlich auch andere Dinge, z. B. einen vernünftigen Kündigungsschutz, oder auch tatsächlich eine menschenwürdige Arbeit.

Abschließend möchte ich noch sagen, was wir nicht brauchen: Wir brauchen in der nächsten Förderperiode keine makroökonomischen Konditionalitäten, wir sollten gar nicht erst damit anfangen. Wir merken jetzt an dieser Stelle, was das bedeutet.

1-163-000

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). - Pani Przewodnicząca! Sytuacja ekonomiczna oraz wysoka stopa bezrobocia wśród młodzieży wymagają zdecydowanych działań, dlatego cieszę się, że Komisja Europejska i przewodniczący Barroso dostrzegają ten problem i proponują przeprogramowanie funduszy strukturalnych, by przeznaczyć je na pomoc dla małych i średnich przedsiębiorstw oraz walkę z bezrobociem wśród młodzieży. Nasuwa się jednak pytanie, czy jesteśmy w stanie zrobić to sprawnie, szybko i efektywnie oraz czy kwota 82 miliardów euro, o których wspomina przewodniczący, jest rzeczywiście dostępna. Myślę, że pytanie zasadnicze brzmi: czy państwa członkowskie będą chciały przeprogramować fundusze strukturalne.

Dzisiaj średnio ponad 20% młodzieży mieszkającej w Unii Europejskiej jest bezrobotnych, dlatego chciałabym podkreślić, że bardzo istotne w kontekście walki z bezrobociem jest nie tylko wykorzystanie dostępnych środków, ale przede wszystkim efektywne ich wykorzystanie. Ważne jest, aby fundusze unijne przeznaczone na podniesienie kwalifikacji rzeczywiście finansowały wysokiej jakości szkolenia, które wyposażą młode osoby w umiejętności niezbędne na rynku pracy.

Istotną rolę w tworzeniu nowych miejsc pracy odgrywają lub powinny odgrywać małe i średnie przedsiębiorstwa. Z danych statystycznych wynika, że tylko 3% z nich to liderzy w zakresie innowacji. Wiele podmiotów rezygnuje z ubiegania się o środki unijne, gdyż proces ubiegania się jest długotrwały, a procedury są skomplikowane i nie do końca przejrzyste. Myślę, że wszyscy zgadzają się ze stwierdzeniem, że sprawne funkcjonowanie oraz rozwój małych i średnich przedsiębiorstw to niezwykle istotny czynnik wpływający na wzrost PKB, walkę z bezrobociem i stabilność gospodarek. Myślę też Panie komisarzu, że na tę dzisiejszą dyskusję czekają tysiące obywateli Unii Europejskiej, dlatego chciałabym zadać Panu pytanie, jak konkretnie miałyby wyglądać wsparcie dla małych i średnich przedsiębiorstw i jak miałyby wyglądać zwalczanie bezrobocia wśród młodzieży, aby było ono efektywne, bo dzisiaj walczymy z bezrobociem, a ono ciągle rośnie.

1-164-000

Marita Ulvskog (S&D). - Fru talman! En av de allvarligaste följderna av den europeiska krisen är den mycket höga ungdomsarbetslösheten som vi lever med nu och som i vissa delar av EU:s medlemsländer uppgår till uppemot 50 procent, vilket några av talarna under detta sammanträde har berättat om.

Redan under valrörelsen inför EU-valet 2009 lovade José Manuel Barroso att kampen mot ungdomsarbetslösheten skulle vara den absolut viktigaste uppgiften för honom och den kommission han ville leda. Hittills har vi inte sett särskilt mycket av det. Det finns enorma förväntningar och det finns enorma behov av att göra något åt det faktum att vi struntar i den unga generationen som ska styra Europa i framtiden.

Nu finns det plötsligt uppemot hundra miljarder euro på bordet och det vore ju fantastiskt om dessa pengar kunde användas. Det är sent, men det skulle vara väldigt angeläget. Frågan är då varför pengarna måste tas just från strukturfonderna. Är det så att sammanhållningspolitikens försvarare står längst ner på karriärstegen och att de är lättast att ge sig på? Det finns andra delar av EU:s budget som skulle kunna släppa till medel utan att man behövde störa strukturfondsarbetet. Frågan är också hur lång tid det kan ta innan det här skulle kunna vara på plats. Det finns en desperation bland Europas unga. Det måste gå fort.

1-165-000

Νίκος Χρυσόγελος (Verts/ALE). - Κυρία Πρόεδρε, υπάρχει μια αντίφαση εδώ γιατί, ενώ συζητάμε για την κοινωνική συνοχή, προωθείται την ίδια στιγμή μια πολιτική, με ευθύνη και της Επιτροπής, η οποία οδηγεί και σε αύξηση της ανεργίας και σε κλείσιμο πολλών μικρομεσαίων επιχειρήσεων στην Ελλάδα.

Γνωρίζετε ότι η ανεργία μεταξύ των νέων στην Ελλάδα έχει φτάσει σήμερα το 48% και το γενικό σύνολο της ανεργίας στον πληθυσμό είναι 20,9%. Μάλιστα, με το νέο μνημόνιο εξαναγκάζονται οι νέοι κάτω των 25 να δουλεύουν με μειωμένο μισθό κατά 32% και, επομένως, ένας νέος 25 ετών να εισέρχεται στην αγορά εργασίας με μισθό 440 ευρώ για οκτάωρη απασχόληση σε έναν ολόκληρο μήνα. Με αυτές τις συνθήκες βέβαια οι νέοι τείνουν να φύγουν από την χώρα.

Υπάρχει πράγματι μια πολιτική που να έχει συνοχή; Δηλαδή, αυτές οι πολιτικές που συζητάμε εδώ για κοινωνική συνοχή και απασχόληση των νέων συνάδουν με τα μέτρα που προωθούνται μέσα από το νέο μνημόνιο; Εδώ είναι μεγάλο το θέμα: Υπάρχουν αδιάθετοι πόροι; Μπορούν πράγματι να στραφούν για να δημιουργηθούν θέσεις εργασίας για νέους στην Ελλάδα και για να βοηθηθούν οι μικρομεσαίες επιχειρήσεις, ή χρειάζονται νέοι πόροι;

Θα ήθελα να παρακαλέσω να εξετάσουμε τις πολιτικές που εφαρμόζονται για την αντιμετώπιση της δημοσιονομικής κρίσης στην Ελλάδα με συνοχή ως προς τις άλλες πολιτικές, δηλαδή την κοινωνική συνοχή και την οικονομία, ιδιαίτερα δε την πράσινη οικονομία.

1-166-000

Marisa Matias (GUE/NGL). - A Comissão e os governos prometem agora reprogramar os Fundos Estruturais para apoiar as PME e criar emprego. Contudo, é bom lembrar que, no final do ano passado, a Comissão também decidiu sobre a suspensão da atribuição de Fundos Estruturais aos países que não cumprissem os objetivos em matéria de défice ou de dívida. Não é preciso ser-se muito génio para perceber que, ou vinga a promessa ou vinga o castigo, mas as duas é que não dá ao mesmo tempo. E é por isso, Senhor Comissário, que lhe quero fazer uma pergunta muito direta: a decisão de suspender a atribuição de Fundos Estruturais mantém-se, foi congelada ou foi anulada? Por outras palavras, a Grécia, Portugal, a Irlanda, outros países, poderão ainda recorrer a fundos a que têm direito se não cumprirem os objetivos que estão a ser impostos pela Comissão e por vós? Responda, Senhor Comissário, por favor, é que em Portugal nós estamos muito cansados de promessas, sabe?

1-167-000

Nuno Teixeira (PPE). - Senhora Presidente, Senhor Comissário, segundo o Eurostat, a União Europeia tem atualmente cerca de 23 milhões de desempregados, mais oito comparativamente ao ano de 2008, sendo a maior parte deles jovens que não conseguem encontrar uma oportunidade no mercado laboral. Na União Europeia, a taxa de desemprego jovem atinge os 20,4% enquanto, por exemplo, nos Estados Unidos é de cerca de 17,5% e no Japão 9,3%, pelo que é urgente adotar novas medidas públicas com vista a estimular o crescimento económico, gerar riqueza e criar emprego.

Dos 82 biliões de euros que a Comissão Europeia anunciou, Portugal apenas tem por afetar cerca de 3 biliões de euros de Fundos Estruturais, ou seja, cerca de 14% do total que o país teve direito a receber no período entre 2007 a 2013 e que ainda não foram devidamente alocados. É fundamental orientar esta verba para dinamizar a atividade económica, através

de apóios efetivos a PME, reforçar as atividades de investigação e inovação, estimular a atividade internacional e incentivar o empreendedorismo.

Na área do mercado laboral é fundamental aproveitar esta oportunidade para incentivar as empresas a contratar jovens, reforçar a formação profissional, adaptar o ensino superior às reais necessidades do mercado de trabalho e dinamizar a atuação das autoridades públicas. A pergunta que se impõe é: quais as medidas concretas que a Comissão Europeia aconselha implementar nos Estados-Membros? Será esta a solução certa para que alguns Estados-Membros, entre os quais Portugal, consigam evoluir da fase da austeridade para uma nova fase de crescimento económico que gere riqueza e emprego?

1-168-000

Patrice Tirolien (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, cette initiative part d'un bon sentiment. Le travail sur l'éducation et la formation doit être une priorité quand c'est à la fois la condition élémentaire de l'employabilité de nos jeunes mais également un investissement pour l'avenir, un gage de notre capacité à maintenir un développement dynamique et durable.

Cela dit, je reste profondément dubitatif sur la cohérence globale de l'action européenne. Si l'Union n'est pas capable d'apporter de véritables solutions de croissance, si elle reste obsédée par une austérité punitive, une austérité stérile, une austérité pour l'austérité, il n'y aura pas de croissance pour nos petites et moyennes entreprises, pas d'emplois pour nos jeunes et tous nos efforts resteront vains.

De même, si la lutte contre le chômage des jeunes est notre priorité, comment expliquez-vous, Monsieur le Commissaire, votre proposition de diminuer de près de 50 % certains fonds consacrés aux régions ultrapériphériques? Ces régions où le chômage des jeunes dépasse parfois les 60 %, ces régions que vous vous étiez engagé à préserver se trouvent sanctionnées plus que toutes autres. Où est la cohérence, où est la justice? Cette décision est inacceptable et nous nous y opposerons.

1-169-000

Alain Cadec (PPE). - Madame la Présidente, d'abord je tiens à vous redire à tous que nous nous sentons bien ici à Strasbourg. C'est un message que je passe à chaque fois.

Monsieur le Commissaire, la proposition du président Barroso a eu le mérite de montrer que l'Union européenne, à travers les fonds structurels, dispose d'instruments d'investissement public importants. En ces temps difficiles pour les finances publiques nationales, cela mérite d'être souligné.

Selon le président de la Commission, 82 milliards d'euros non affectés sur la période 2007-2013 pourraient être réorientés vers le soutien aux PME et la lutte contre le chômage des jeunes. Je m'interroge, comme notre présidente Danuta Hübner, sur l'origine de ce montant. Il semblerait que le président Barroso fasse référence à des crédits non programmés, mais pourtant déjà répartis entre les États et affectés à des programmes opérationnels.

Je doute de l'intérêt d'une réorientation de ces crédits. Cela risque de bouleverser la programmation des fonds sans pour autant être bénéfique sur le terrain. De plus, je rappelle que les fonds structurels interviennent déjà massivement en faveur des PME et de l'emploi

des jeunes. Cela doit d'ailleurs rester une priorité pour la prochaine période de programmation.

J'en profite pour rappeler à mon collègue Omarjee, qui en parlait tout à l'heure, que le président Sarkozy a décidé de mettre en œuvre la taxation des transactions financières en France, au cas où il ne l'aurait pas noté.

1-170-000

Elena Băsescu (PPE). - Europa nu va depăși criza actuală dacă nu reușește să sprijine tinerii pentru a-și găsi un loc de muncă sau a porni o afacere. Este nevoie de forță de muncă tânără pentru a susține sistemul de pensii, într-o Uniune care îmbătrânește.

Conform celor mai recente date ale ANOFM, în România, peste o sută de mii de persoane, cu vârste sub 30 de ani, nu au în prezent un loc de muncă. Menționez că cele mai mari dificultăți sunt întâmpinate la prima angajare. Statul român cheltuiește, astfel, 1,17 miliarde de euro anual. De aceea, orice formă de finanțare și sprijinire a tinerilor antreprenori este binevenită. Totuși, Comisia trebuie să clarifice dacă intenționează să reducă din sumele alocate țărilor cu rate mici de absorbție. Consider că, dimpotrivă, tocmai aceste state trebuie sprijinite cel mai mult pentru a-și spori capacitatea de a folosi fondurile europene. Reducerea ratei de cofinanțare reprezintă o posibilitate în acest scop.

Solicit totodată Comisiei să prezinte un plan de acțiune pentru utilizarea celor 22 de miliarde de euro din Fondul social european în programe de ucenicie și formare. Subliniez că trebuie clarificată și metodologia pentru oferirea de garanții din fondurile europene tinerilor antreprenori.

1-171-000

Seán Kelly (PPE). - A Uachtaráin, gan dabht ar bith is é an dúshlán is mó atá romhainn ná jabanna a chruthú dár n-aos óg trasna na hEorpa, agus fás agus forbairt a chothú san eacnamaíocht. Má chabhraíonn an scéim seo linn beidh jab maith déanta againn.

Members have already questioned the desirability and the practicality of moving funds from the Structural Funds into this scheme, and I also noted Ms Ernst's question as to how Ireland, a country which has already utilised its Structural Funds, can avail itself of a scheme like this?

Nevertheless, assuming this can happen, EUR 82 billion is a lot of money. It is actually EUR 3 billion per Member State, with EUR 1 billion left over, and it can make a big difference to the situation we find ourselves in.

Assuming it can happen, however, I would appeal for a few things. Number one: flexibility, because without flexibility I can see State agencies gobbling the money up and the scheme not being as effective as it should be. So the private sector must be allowed to get involved in terms both of education and training and of providing opportunities.

In addition, the training has to be practically based, not the formulaic, off-the-shelf training that we often get from State agencies – and I saw this in particular in relation to FAS (the Training and Employment Authority) and the European Agricultural Guidance and Guarantee Fund in Ireland.

Finally, I would appeal for the message to be communicated to the State agencies, especially local authorities, and to young people themselves, that this is going to happen, that they can avail themselves of it and that through it they can get jobs.

If we do these things, then we will make a big difference.

1-173-000

Giovanni La Via (PPE). - Signora Presidente, signor Commissario, onorevoli colleghi, le conclusioni del recente Consiglio europeo e i lavori che si stanno svolgendo in sede di commissione per i bilanci del Parlamento europeo – dove sono in discussione gli orientamenti per il bilancio 2013 – hanno chiaramente dimostrato la sintonia delle Istituzioni europee sulle priorità da dare all'azione politica dell'Unione europea, che convergono sulla necessità di promuovere la crescita anche attraverso la lotta alla disoccupazione, soprattutto quella giovanile.

In questa direzione accolgo con favore la dichiarazione relativa all'utilizzo degli 82 miliardi di euro della programmazione 2007-2013 a favore delle PMI, che costituiscono oggi la vera ossatura della nostra economia. Com'è stato dimostrato anche dalle statistiche fornite dalla stessa Commissione, dobbiamo alle piccole e medie imprese l'85 per cento dei nuovi posti di lavoro creati fra il 2002 e il 2010.

Ritengo sia evidente la necessità di operare uno sforzo congiunto, in un'ottica di sinergia e cooperazione fra bilancio europeo e bilanci nazionali, per focalizzare e reindirizzare le risorse a disposizione dei singoli Stati membri a favore delle priorità espresse, in particolare verso quelle misure e quei programmi in grado di incidere concretamente su questo problema e invertire la rotta per i nostri giovani.

Chiedo quindi al Commissario di specificare le azioni, i programmi e le linee di bilancio, in aggiunta a quelli più chiaramente relativi alle piccole e medie imprese e all'innovazione, che ritiene debbano essere rafforzati per ridurre il livello di disoccupazione giovanile.

1-174-000

Rareș-Lucian Niculescu (PPE). - Propunerea anunțată de Comisie este una generoasă și nu mă îndoiesc că pornește de la cele mai bune intenții, dar Comisia cunoaște că nu este vorba despre bani blocați sau risipiți, ci despre bani pentru infrastructură, de exemplu, pentru proiecte de amploare conturate la începutul perspectivei financiare.

Desigur, o mare parte din fonduri sunt destinate chiar micilor întreprinderi și programelor pentru tineret. În orice caz, o astfel de realocare poate constitui o oportunitate pentru statele care doresc să investească mai mult în cele două domenii, însă trebuie să rămână o opțiune individuală, pe o bază voluntară, a fiecărui stat.

Înființarea unui fond care să fie gestionat de Comisia Europeană nu este o soluție. Simpla suspiciune că fondurile ar putea fi realocate între statele membre este o chestiune periculoasă. Soluția potrivită este o mai mare flexibilitate în reorientarea pe plan intern a priorităților. În același timp, să nu uităm că cea mai mare piedică în utilizarea eficientă a fondurilor europene este lipsa resurselor pentru asigurarea cofinanțării naționale și a cofinanțării private.

1-175-000

Jim Higgins (PPE). - Madam President, first of all I would like to compliment my colleague Ms Hübner for bringing forward a very topical and timely oral question. The economic crisis has absolutely devastated youth employment. The statistics are frightening: youth employment stands at less than 10% in only three countries: Germany, the Netherlands and Austria. Elsewhere it is more dramatic. In the Baltic for example, in Ireland, in Greece and in Slovakia unemployment among young people stands at 30% or above, and in Spain it is more than 40%. This is a brain drain that we cannot afford.

We are an ageing Community; we need young people, we need a workforce that is able to meet the challenges from the low-cost economies. In order to end that brain drain we need to provide opportunities for our young people. They are young, they are intelligent – many of them educated – but we must be able to keep them here.

In my own country we have an economic crisis, which, thankfully we are getting out of. But the vast majority of young people educated in Ireland, many of them with third-level degrees, many with master's degrees, some of them with doctorates, have gone to Australia or to Canada and, in many cases, unfortunately, they will not come back.

A lot of them paid tribute – or at least lip service – to the SME sector. And of course this is a vital component which, in my country accounts for 60% of jobs. But I fully concur with my colleague Seán Kelly: if you are introducing schemes make them flexible, and in the name of heaven do not strangle them with bureaucracy and red tape. Too many excellent programmes and schemes coming from Europe have died the death because of a lack of flexibility and because of red tape.

1-176-000

Ρόδη Κράτσα-Τσαγκαροπούλου (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, κύριε Επίτροπε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, η ερώτηση που συζητούμε απόψε, είναι ύψιστης σημασίας γιατί αναφέρεται στους νέους: το σπουδαιότερο κεφάλαιο της Ευρωπαϊκής Ένωσης που πλήττεται σήμερα από ανεργία και ανασφάλεια, όχι μόνο στις χώρες με τα έντονα δημοσιονομικά προβλήματα, όπως είναι η χώρα μου η Ελλάδα, αλλά και σε άλλες χώρες του βορρά και του νότου.

Οι νέοι αναγκάζονται να εκπατριστούν και όχι μόνο εντός της εσωτερικής αγοράς της Ευρώπης, αλλά και εκτός αυτής. Ο προσανατολισμός προς την ενίσχυση των επιχειρήσεων είναι η καλύτερη μέθοδος διότι, αφενός, είναι οι επιχειρήσεις που μπορούν να απορροφήσουν τα talέντα των νέων της Ευρώπης με καινοτόμες ιδέες και υψηλή εκπαίδευση αλλά, αφετέρου, οι νέοι μπορούν να αναπτύσσουν ταυτόχρονα και δραστηριότητες δικής τους δημιουργίας. Τα διαρθρωτικά ταμεία οφείλουν να συμβάλλουν σ' αυτή την περίπτωση διότι αποτελούν το βασικότερο εργαλείο που έχουμε σε μια Ευρώπη που στερείται μηχανισμών αλληλεγγύης και άμεσης αντίδρασης στην κρίση και στην επίλυση των προβλημάτων.

Στο σημείο αυτό θέλω να θέσω ορισμένες ερωτήσεις κύριε Επίτροπε: Τα 82 δισ. ευρώ που θα επενδυθούν προς αυτή την κατεύθυνση, θα συνοδεύονται, μέσα από τα σχέδια δράσης, και από συμπληρωματικές πολιτικές; Πολλές φορές τα εμπόδια δεν συνίστανται στην έλλειψη πόρων αλλά μπορεί να είναι διοικητικής ή και νομοθετικής φύσεως. Επενδύσεις χρειάζονται και σε συμπληρωματικούς τομείς όπως είναι η έρευνα, η ανάπτυξη της τεχνολογίας και η καινοτομία. Θα ήθελα επίσης να ρωτήσω αν αυτή η νέα κατεύθυνση των πόρων θα συνοδεύεται και από ευελιξία. Υπάρχουν περιοχές που έχουν έντονα διαρθρωτικά προβλήματα και απαιτούν άμεσα λύσεις σωστά σχεδιασμένες και επικεντρωμένες πάνω σε αυτά. Άλλες περιοχές πλήττονται από

έκτακτες καταστροφές. Στην χώρα μου την Ελλάδα, η Ηλεία, που αποτελεί μια 'ειδική περιοχή', θα μπορούσε, για παράδειγμα, να ωφεληθεί από ένα τέτοιο πρόγραμμα με ευελιξία και αμεσότητα;

1-177-000

Procedura "catch the eye"

1-178-000

Miroslav Mikolášik (PPE). - Návrh predsedu Komisie Barrosa, aby členské štáty presmerovali prostriedky, ktoré sa majú ešte prideliť zo štrukturálnych fondov EÚ na pomoc malým a stredným podnikom a na boj proti nezamestnanosti mladých, spôsobil v mnohých členských štátoch určité rozpaky, ba až neistotu v súvislosti s potrebou presmerovania prostriedkov z fondov do iných programov. Je pravdou, že aktuálny stav čerpania eurofondov predstavuje v priemere asi tretinu eurofondov určených na programové obdobie 2007 – 2013. Implementácia politík v priebehu posledného roku 2011 však nabrala na rýchllosti a minimálne dve tretiny z alokovaných zdrojov, a v niektorých prípadoch už celkové množstvo disponibilných zdrojov, je právoplatne kontrahovaných, čiže fondy zaručujú stály prísun finančných prostriedkov na podporu investícií v týchto ťažkých časoch a členské štáty majú prirodzene záujem na tom, aby sa tieto prostriedky skutočne využili.

1-179-000

Elżbieta Katarzyna Łukacijewska (PPE). - Pani Przewodnicząca! Panie Komisarzu! Zabieram jeszcze raz głos, bo – szczerze mówiąc – strasznie denerwuje mnie sytuacja na rynku szkoleń. Wydajemy miliony euro na nieefektywne szkolenia. Statystycznie wygląda to dobrze, bo część funduszy jest wykorzystywana. Firmy, które prowadzą szkolenia, są zadowolone, bo zatrudnieni w nich pracownicy nie tracą miejsc pracy, ponieważ nie brakuje bezrobotnych uczestniczących w szkoleniach. Często bezrobotni są zachęceni do udziału w szkoleniach gratyfikacją finansową. Po czym nie wracają na rynek pracy, ponieważ szkolenia te nie wyposażają bezrobotnych w odpowiednie, potrzebne na rynku pracy kwalifikacje.

W związku w tym mam pytanie: Panie Komisarzu, proszę mi powiedzieć – jeśli istnieją w ogóle takie badania – ile kosztuje powrót jednego bezrobotnego na rynek pracy i jak wygląda stosunek zaangażowanych środków z funduszy europejskich do ilości utworzonych miejsc pracy?

1-180-000

Pervenche Berès (S&D). - Madame la Présidente, Monsieur le Commissaire, il ne faut tout de même pas oublier que cette proposition vient en contrepoint de l'adoption d'une règle dite "d'or". C'est bien parce que ce nouveau traité ne comporte aucune disposition favorable à la croissance et à l'emploi que, de l'autre côté, vous avez cette déclaration que vous êtes, aujourd'hui, chargé de mettre en œuvre. Lorsque vous cherchez de bonnes idées pour favoriser l'emploi des jeunes, je vous invite à vous pencher sur les travaux de ce Parlement car, effectivement, nous avons rédigé un rapport sur l'emploi des jeunes dans lequel, je pense, vous trouveriez de bonnes propositions.

S'agissant de l'utilisation des Fonds structurels, nous sommes tout de même frappés par les contradictions qui animent le collège. D'un côté, lorsqu'il faut compenser la règle d'or, on veut mobiliser les Fonds structurels mais, par ailleurs, on veut s'en servir pour sanctionner

les États membres. Il y a un moment où il va falloir choisir où est votre cohérence. Comment acceptez-vous de faire fonctionner l'Union européenne sur deux pieds?

Puis, au moment où nous engageons la discussion sur les perspectives financières, fondamentalement, le mouvement engagé par le président Barroso nous interpelle. Le budget de l'Union européenne n'a-t-il pas besoin de pouvoir disposer de ressources mobilisables en fonction de la conjoncture pour mener des mesures contracycliques? Dans ce cas-là, les propositions que vous avez faites pour le futur schéma des Fonds structurels sont-elles adaptées à la situation de crise que connaît l'Union européenne?

1-181-000

Silvia-Adriana Țicău (S&D). - Consiliul European s-a angajat ca, în martie, să ofere orientări privind politicile economice și de ocupare a forței de muncă ale statelor membre, punând accentul, în special, pe creșterea competitivității. Este importantă o mai bună direcționare a fondurilor Uniunii Europene disponibile către creștere și ocuparea forței de muncă, dar în limitele plafoanelor convenite pentru fiecare stat membru și fără a periclita realizarea programelor de dezvoltare planificate. Este necesar ca statele membre să aloce, cu prioritate, fonduri către stimularea ocupării forței de muncă, mai ales în rândul tinerilor, și către stimularea finanțării economiei, în special a IMM-urilor. Un sprijin particular trebuie acordat statelor membre aflate în proces de consolidare fiscală, întrucât, aici, criza economică a generat și o puternică criză socială.

Domnule Comisar, în România foarte mulți cetățeni nu beneficiază nici de ajutor de șomaj și nici de o altă formă de asistență socială. De aceea, recomandăm utilizarea ca indicator a ratei de ocupare a forței de muncă, și nu a ratei șomajului.

1-182-000

João Ferreira (GUE/NGL). - O anúncio da reprogramação dos Fundos Estruturais carece de clarificação e esclarecimento. Este anúncio insere-se no exercício de retórica que procurou esconder os efeitos desastrosos das decisões do último Conselho Europeu informal. Falar de crescimento e de emprego jovem na mesma reunião que institucionaliza as políticas recessivas da dita *austeridade*, que defende mais liberalizações e os ataques em curso às leis laborais para facilitar despedimentos, como sucede em Portugal, mais do que um exercício de retórica é uma suprema hipocrisia.

O Presidente da Comissão Europeia anunciou que estavam disponíveis para esta reprogramação, para o conjunto dos Estados-Membros, 82 mil milhões de euros. Pois bem, 40% deste montante, 34 mil milhões de euros é quanto querem que o povo português pague em juros ao FMI e à União Europeia no âmbito do pacto de agressão em curso contra o país. Mais do que uma reprogramação, o que se impõe é o reforço substancial dos Fundos Estruturais, para fazer da solidariedade mais do que propaganda insultuosa. O que se impõe é o fim das políticas que asfixiam as PME e que elevam o desemprego jovem a níveis nunca vistos. O que se impõe é o fim do intolerável processo de extorsão de recursos nacionais associado aos programas do FMI e da União Europeia.

1-183-000

Jaroslav Paška (EFD). - Mladým ľuďom treba dať prácu, politizovať môžeme potom. Preto by som chcel oceniť pohotovú reakciu Európskej komisie na aktuálnu situáciu na trhu práce, keď vo viacerých krajinách Únie prudko vzrástla nezamestnanosť mladých ľudí. Návrh podporiť malé a stredné podniky a projekty stimulujúce zamestnanosť mladých

ľudí dodatočnými finančnými zdrojmi je správnym krokom na zastavenie a zvrátenie alarmujúceho stavu, keď v niektorých krajinách presiahla nezamestnanosť mladých ľudí hranicu 30 % a v dvoch krajinách sa dokonca blíži k 50 %.

Ak si mladí ľudia po dosiahnutí vzdelania nevytvoria pracovné návyky, je veľmi pravdepodobné, že v budúcnosti už na hľadanie zamestnania rezignujú a zaradia sa ku komunite ľudí prežívajúcich zo sociálnych dávok. Kto bude tvoriť dôchodky, to asi mnohých nezaujíma, dôležité sú štrukturálne fondy. Preto vítam iniciatívu Európskej komisie zvýšením podpory malých a stredných podnikov a v spojení s podporou projektov na podporu zamestnanosti mladých ľudí riešiť tento vážny spoločenský problém flexibilným využitím dostupných finančných zdrojov.

1-184-000

Iosif Matula (PPE). - Propunerea preşedintelui Barroso are ca scop depăşirea impasului crizei economice actuale prin aplicarea de măsuri ce urmăresc consolidarea economică a IMM-urilor şi reducerea şomajului în rândul tinerilor. Măsurile privind modificarea repartizării sumelor necheltuite trebuie să ţină cont de subsidiaritatea prevăzută în tratat, prin respectarea competenţelor autorităţilor locale şi regionale în ceea ce priveşte utilizarea suportului comunitar. De fapt, întrebarea care a creat agitaţie şi aşteaptă un răspuns este simplă: poate un stat membru să piardă fondurile iniţial prevăzute în urma acestei redistribuiri?

Rolul principal al politicii de coeziune este reducerea decalajelor dintre regiuni. Aplicarea unor redistribuiri în cadrul instrumentelor de finanţare poate aduce rezultate concrete, imediate, dar Comisia trebuie să prezinte lămuriri privind cadrul de aplicare al propunerii şi respectarea obiectivului principal al politicii de coeziune. Soluţia reorientării celor 82 de miliarde de euro trebuie să aibă în vedere aspecte ce ţin de creşterea flexibilităţii programelor de finanţare, facilitarea accesului la finanţare şi îmbunătăţirea capacităţii administrative a beneficiarilor.

1-185-000

Luís Paulo Alves (S&D). - A proposta feita pelo Presidente Barroso para redirecionar os Fundos Estruturais disponíveis para apoiar as nossas PME e estimular o emprego, sobretudo o emprego jovem, não podia ser mais bem-vinda, sobretudo para as economias que estão a ser sujeitas a fortes medidas de austeridade, como a economia portuguesa. Com o acordo de intervenção externa e as grandes dificuldades de financiamento da economia, e em particular das nossas pequenas e médias empresas, pelo sistema bancário, esta proposta assume especial importância para regiões como os Açores, que com uma elevada absorção e boa utilização dos fundos, mas inseridas num contexto recessivo nacional, podem aqui conseguir uma possibilidade real de estimular a sua economia através das pequenas e médias empresas e do contributo indispensável da nossa geração de jovens mais bem preparada de sempre na melhor resposta para o crescimento e para o emprego que com estes fundos poderíamos obter.

O que precisamos saber, Senhor Comissário, é como, na prática, vamos aceder a estes fundos e como vão participar as nossas regiões na sua reprogramação.

1-186-000

Evelyn Regner (S&D). - Frau Präsidentin! Guten Abend, Herr Kommissar! Angesichts der Finsternis der radikalen Sparmaßnahmen sind diese Initiativen zur Unterstützung von

KMU und vor allem zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit ein notwendiger Lichtblick. Ich komme aus Österreich, so wie Sie auch, Herr Kommissar, und es war der österreichische Regierungschef, Werner Faymann, der im Europäischen Rat die europäische Jugendinitiative präsentiert hat. Die Jugendarbeitslosigkeit in Österreich ist, Gott sei Dank, sehr gering. Das hängt unter anderem mit der dualen Ausbildung, aber vor allem auch damit zusammen, dass es ein grundsätzliches politisches Bekenntnis gibt: Jugendliche sollen darauf vertrauen können, dass ihre Ausbildung gesichert ist, dass ihre Beschäftigung gesichert ist.

Ich finde es daher richtig, wenn sich nun die Europäische Union das Ziel einer europäischen Ausbildungs- und Beschäftigungsgarantie setzt. Es ist absolut richtig, bis Ende 2013 mit 10 Milliarden an nicht konkret verplanten ESF-Geldern 2 Millionen Arbeits- und Ausbildungsplätze für Jugendliche zu schaffen, und dies bei radikal vereinfachten Verwaltungsbedingungen sowie bei einer reduzierten Kofinanzierung von 10 %. Aber, Herr Kommissar, bitte passen Sie dabei auch sehr gut auf, dass Sie das Geld nicht von einem Hosensack in den anderen schieben.

1-187-000

Phil Prendergast (S&D). - Madam President, in his statement at the informal Council meeting last month, President Barroso introduced the concept of action teams that would develop plans at a local level to alleviate youth unemployment. The action teams are to be established in the eight worst Member States, which includes Ireland of course, on a pilot basis and would explore ways of using the funding that could be reprogrammed from the social and regional funds of that Member State for projects to alleviate youth unemployment.

We cannot afford cuts to current worthy Structural Fund projects in order to introduce new programmes. We need additional funding streams to help tackle this problem. We absolutely need specific additional measures and a growth-friendly economic governance structure to help ease the burden of youth unemployment and to ensure that the next generation is not unduly burdened by this crisis, and that young people have access to education, training and employment.

1-188-000

(Fine della procedura "catch the eye")

1-189-000

Johannes Hahn, Mitglied der Kommission. – Frau Präsidentin! Die Diskussion hat gezeigt, dass hier im Haus eine sehr exzellente Kenntnis der Arbeits- und Wirkungsweise der Strukturfonds gegeben ist. Das ist aus der Warte des zuständigen Kommissars ein sehr angenehmer Befund.

Andererseits zeigt die Diskussion auch, was insgesamt klar ist, dass die Strukturfonds ein sehr umfassendes und wirksames Instrument, das umfassendste, das wirksamste Instrument schlechthin in der europäischen Szene ist, um europäische Anliegen und Ziele entsprechend umzusetzen. Betrachten Sie, meine Damen und Herren, den Vorschlag von Präsident Barroso als einen sehr energischen Weckruf, was angesichts der brisanten Situation insbesondere im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit notwendig ist. Selbstverständlich war auch ihm und ist ihm wie allen anderen vollkommen klar, was die Spielregeln im Bereich der Strukturfonds sind. Aber es geht einfach darum, aufzuzeigen, dass zur Stunde noch

etwa ein Betrag von 80-82 Milliarden Euro nicht direkt Projekten zugeordnet ist. Daher ist es legitim und mehr als angebracht, sich die Frage zu stellen, ob es Möglichkeiten der Nachschärfung gibt, indem man sich anschaut, ob das noch nicht Projekten, aber natürlich Regionen zugeordnete Geld durch Umschichtungen in den Regionen optimaler mit der Zielrichtung der Förderung von Klein- und Mittelbetrieben, insbesondere zur Schaffung von Arbeitsplätzen für junge Menschen, eingesetzt werden kann.

Vergessen wir nicht, dass das Gros der operativen Programme in den Jahren 2005-2006 vor dem Hintergrund einer völlig anderen wirtschaftlichen Situation diskutiert, vereinbart und verabschiedet wurde. Daher ist es notwendig und angebracht, sich vor dem Hintergrund der aktuellen Situation die Frage zu stellen: Kann ich hier ganz fokussiert nachschärfen? Deswegen hat die Kommission angeboten – und es sind zur Stunde schon bis Ende Februar in jenen acht Ländern mit der höchsten Jugendarbeitslosigkeit die Aktionsteams vor Ort – mit den Verantwortlichen in den Mitgliedstaaten zu reden, was gegebenenfalls getan werden kann. Wir werden von Seiten der Kommission Anfang März einen ersten mündlichen Bericht über diese Gespräche vorlegen.

Aber denken sie etwa daran, dass im Bereich meines Kollegen Andor sehr umfangreiche Vorarbeiten – etwa unter dem Gesichtspunkt „young opportunities“ – geleistet worden sind, die darauf abzielen, Vorschläge zu unterbreiten, was alles im Bereich der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit getan werden kann. Genau diese Vorschläge sollen jetzt maßgeschneidert in den Gesprächen mit den Mitgliedstaaten umgesetzt werden, um hier die Lösungen zu entwickeln, die in jeder einzelnen Region, in jeder einzelnen Subregion gegebenenfalls möglich sind, um hier eine Verbesserung der Situation zu Wege zu bringen. Es ist aber fair, auch hier zu sagen, dass wir nicht von heute auf morgen sofort eine Linderung der Situation erzielen können. Aber worum es geht, und das ist der Appell, dem ich mich gerne anschließe: Es ist jetzt absolut Zeit zum Handeln! Es müssen Initiativen gesetzt werden! Ich hoffe, dass alle so an einem Strang ziehen, wie das heute auch in den Diskussionsbeiträgen durchgeklungen ist. Dann bin ich überzeugt, dass wir schon in wenigen Wochen insbesondere bei der Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa erste erkennbare Erfolge erzielen können.

1-190-000

Presidente.- La discussione è chiusa

Dichiarazioni scritte (articolo 149)

1-190-500

Liam Aylward (ALDE), *in writing* . – Níl aon amhras ach gur dea-mholadh é breis maoinithe a leithdháileadh ar iarrachtaí chun dul i ngleic le dífhostaíocht na n-óg. Is í an deacracht is mó a bhíonn ag gnóthais bheaga ná teacht ar fhoinsí creidmheasa, agus tá duine óg amháin as gach cúigear san AE dífhostaithe. Bheadh suim agam, áfach, freagra an Choimisiúin ar an gceist maidir leis an EUR 82 billiún atá fós le leithdháileadh ar na cistí struchtúracha agus conas mar a thángthas ar an uimhir sin a chloisteáil. Ba é an tuiscint a bhí ann ná go raibh na cistí struchtúracha ar fad don tréimhse 2007-2013 leithdháilte cheana ar na Ballstáit agus ar sprioc-chláir áirithe, agus is cúis iontais mar sin í go bhfuil airgead fós ann le tabhairt amach. Is minic a dhéanann gnóthais bheaga agus grúpaí áitiúla agus réigiúnacha teagmháil liom maidir le maoiniú a fháil ó na cistí struchtúracha do thionscadail fhiúntacha. I bhformhór na gcásanna is é an freagra a thugann na húdaráis ná go bhfuil an t-airgead ar fad imithe. Ní mór a mhíniú i gceart cad as a dtagann an

EUR 82 billiún sin agus cén faith go bhfuiltear ag diúltú glan do thionscadail fiúntacha a bhfuil an cumas acu fostaíocht a ghiniúint.

1-190-750

John Bufton (EFD), *in writing*. – Youth unemployment is exacerbated by inward migration absorbing jobs from the bottom up. UK youth unemployment stands at 22.3%. It increased from 575 000 in 2004 to 1 016 000 in 2011, a rise of 450 000, while over the same period 600 000 EU migrants entered the UK. The Commission wants to allocate €82 billion unspent structural funds to youth unemployment – money corresponding to as yet unused budgets earmarked for programmes that depend upon funding – shifting resources without an impact assessment or guaranteed results. Unemployment is a fluid entity relying upon job creation. Job creation relies upon private sector growth. Private sector growth needs inward investment, trade opportunities and production flexibility: all are stifled by EU bureaucracy and marred by trading partners' economic uncertainty. The Commission wants to divert funding from programmes construed to boost local economies towards training without guaranteed employment at the end. Whilst I support stimulating the labour market through skills development, the best way to mitigate youth unemployment is to ascribe localised investment to the labour market as a whole, rather than reducing investment flexibility through targeted policy making. Job creation requires dynamic development Member States are best equipped to deal with autocratically, via idiosyncratic programmes catering for particular portfolios of industries and demographic patterns.

1-191-000

Tunne Kelam (PPE), *in writing*. – According to Eurostat 21.4% of young people in Europe are unemployed, 28% of those are long-term unemployed. In the last ten years the number has been in the region between 15 and 20%. The Commission estimates that 21% costs society today EUR 2 billion per week or 1% of the EU's economic output. These are mere figures and do not portray the real tragedy among young people who face serious difficulties finding any job.

The informal Council of 30 January has agreed to re-allocate funds from the structural and cohesion funds to fight high youth unemployment, especially focusing on the most affected countries such as Spain with 46% and Ireland and Portugal facing rates around 29%. The Member States together with the Commission must rapidly work out a concrete re-allocation plan, to be presented to and discussed with all actors involved.

It is crucial to create new flexible job schemes, additional quality apprenticeship and traineeship possibilities both for young people who enter the job market, but also for those who need the opportunity to re-enter. Europe needs its young people more than ever and today's crisis gives the opportunity for the EU to show flexibility in budgeting and finally seriously target this long-term problem.

1-191-250

Petru Constantin Luhan (PPE), *în scris*. – Decizia de a redirecționa fondurile structurale neutilizate către susținerea IMM-urilor și combaterea șomajului în rândul tinerilor este una foarte inspirată, deoarece IMM-urile reprezintă coloana vertebrală a economiei europene, iar tineretul o resursă prețioasă și, în același timp, unul dintre cele mai vulnerabile grupuri din societate. Generația tânără reprezintă o resursă în curs de diminuare, estimându-se că

procentul de 20% din populație pe care îl constituie în prezent va scădea la 15% până în 2050. Astfel, este de datoria noastră să creăm mai multe oportunități pentru tineret în domeniile educației și ocupării forței de muncă, iar un instrument de bază pentru atingerea obiectivelor propuse în acest sens îl reprezintă politica de coeziune. Dacă, în momentul de față, reprogramarea fondurilor pentru 2012 și 2013 nu este atât de simplă și poate genera mai mult efecte negative decât pozitive, recomand cu tărie statelor membre ca, la viitoarea perioadă de programare, să acorde o atenție mult mai mare tineretului și să includă în structura programelor naționale axe bine finanțate și special dedicate ocupării forței de muncă din rândul tinerilor.

1-191-375

Erminia Mazzoni (PPE), *per iscritto*. – Il dibattito, sollecitato dalla commissione REGI con l'interrogazione sulla "riprogrammazione dei fondi strutturali per migliorare la lotta contro la disoccupazione giovanile e sostenere le PMI", ha sgomberato il campo dai dubbi. L'obiettivo di sostenere le piccole imprese e promuovere l'occupazione giovanile è senz'altro condivisibile, ma esso rischia di rimanere un annuncio se la Commissione non chiarisce azioni e programmi che intende mettere in campo e non individua la linea di bilancio alla quale attingere. Gli 82 miliardi sui quali la Commissione fonda la propria proposta sono risorse assegnate agli Stati membri ancora non spese, ma già prevalentemente impegnati. La preoccupazione che tali risorse possano essere distolte dai programmi nazionali e regionali su iniziativa della Commissione è stata cancellata dall'intervento conclusivo del Commissario Hahn, che riconoscendo fondati i rilievi formulati dal Parlamento ha annunciato che sarà lasciata agli Stati la scelta di riprogrammare la spesa e che i fondi rimarranno nella disponibilità dei singoli Paesi.

1-191-437

Radvilė Morkūnaitė-Mikulėnienė (PPE), *raštu*. – Europos Komisijos žingsnis nukreipti dar nepaskirtas ES struktūrinių fondų lėšas pagalbai MVĮ ir kovai su jaunimo nedarbu, sveikintinas. Tikėtina, kad ši 82 mln. eurų injekcija padės kovoti su jaunimo nedarbu, ieškant priemonių, kurios padėtų sparčiai sumažinti jaunų žmonių nedarbo lygį. Puiku, kad kalbame apie pastangas plėtoti praktikos galimybes ar paskatas darbdaviams įdarbinti jaunimą. Tačiau ši finansinė injekcija ir momentinis dėmesys ar priemonės – toli gražu ne panacėja. Dar dabar, kuomet jaunimo nedarbas yra karšta tema politinėje darbotvarkėje, būtina imtis ieškoti kryptingų priemonių, kurios būtų išties veiksmingos judrioje ir dinamiškoje ES rinkoje. Jau daugelį metų kalbame, kad būtina stiprinti verslo bei švietimo sektorių ryšį ir skatinti jų bendradarbiavimą siekiant sumažinti atotrūkį tarp jų. Būtent atotrūkis tarp verslo ir švietimo yra pagrindinė milžiniško jaunimo nedarbo priežastis: darbdaviai nenustoja akcentavę, kad jauni žmonės stokoja konkrečių gebėjimų ir praktinių įgūdžių, o jų darbo užmokesčio lūkesčiai neatitinka realybės. Rūpestį kelia ir tai, kad ES švietimo sistemoje stokojame dėmesio jaunimo verslumo ugdymui, gebėjimams ne tik užimti darbo vietas, bet ir jų sukurti. Norėtusi tikėti, kad konsultacijas su valstybėmis narėmis pradėję EK ekspertai skirs deramą dėmesį ne tik šiuo metu ištikusiam jaunimo nedarbo „gaisrui“ gesinti, bet ir kompleksinių švietimo, socialinių reikalų bei ūkio sektorių sprendimų paieškai.

1-191-468

Marie-Thérèse Sanchez-Schmid (PPE), *par écrit*. – Je suis contente que nous abordions aujourd'hui la question du "plan de relance" évoqué par monsieur Barroso au dernier Conseil européen et repris partout dans les médias, et des fameux 82 milliards disponibles

pour les PME et l'emploi des jeunes. Le chômage des jeunes a atteint 22.3% dans l'Union européenne. Il est de 46 % en Espagne. La Commission a raison d'en faire une priorité d'investissement et d'action publique. De même, les 23 millions de PME en Europe sont les tissus capillaires vitaux du développement économique de nos territoires, et doivent bénéficier d'une attention toute particulière. Cependant, laisser croire que l'Union européenne a dans ses caisses 82 milliards d'euros non dépensés que la Commission peut utiliser à sa guise risque de troubler nos citoyens et de préjuger d'un manque cuisant de gestion rigoureuse et planifiée des fonds structurels. Aussi, la Commission doit faire preuve d'une pédagogie accrue pour mieux insister sur l'importance de la programmation à long terme du FEDER et du FSE, sur la responsabilité des Etats-membres et des régions dans leur gestion, et appuyer ensuite de son expertise la mise en œuvre des projets pour simplifier au maximum leur consommation.

1-191-500

Kārlis Šadurskis (PPE), *rakstiski* . – Eiropas Komisijas centieni palīdzēt dalībvalstīm pārvarēt krīzi, jo īpaši apkarojot jauniešu bezdarba un atbalstot MVU, ir ļoti apsveicami. Tomēr Komisijas plāns novirzīt 82 miljardus eiro vēl nesadalīto struktūrfondu līdzekļu, tai skaitā 22 miljardus no Eiropas Sociālā fonda, vēl būtu rūpīgi jāizanalizē kopā ar konkrētajām dalībvalstīm, kur un kā šos līdzekļus ieguldīt visefektīvāk ilgtspējīgai darba tirgus attīstīšanai, jo īpaši domājot par darba vietu radīšanu jauniešiem. Šobrīd ir vēl ļoti daudz neskaidrību. Katrā ziņā dalībvalstīm būtu jāuztver ļoti nopietni sava atbildība par izglītības kvalitāti un "apburtā loka" pārraušanu, t.i., lai jaunieši, it īpaši bez darba pieredzes, varētu veiksmīgi iesaistīties darba tirgū, piemēram, izejot praksi vai saņemot atbalstu savas uzņēmējdarbības uzsākšanai. Šāda veida piedāvātās programmas ir ļoti svarīgas valstīm ar augstu bezdarba līmeni, kā tas ir, piemēram, Latvijā, kur jau tagad talantīgi un izglītoti jaunieši, nespējot atrast pievilcīgu darbu, dodas darba meklējumos ārpus Latvijas. Šī ir ļoti bīstama tendence tautas dzīvotspējai un ekonomikas izaugsmei ilgtermiņā. Augstu vērtēju dialogu ar Komisiju Eiropai tik svarīga jautājuma risināšanā.

1-191-750

Monika Smolková (S&D), *pisomne* . – Vyhlásenie predsedu Komisie, že máme k dispozícii 82 miliárd nespotrebovaných zdrojov na podporu európskej zamestnanosti mladých ľudí sa pomaly rozplýva, keď počujeme, že sú to peniaze, ktoré sú už v 70 % zazmluvnené. Buď vyplatené, alebo čakajúce na vyplatenie. Nastáva preto čas vidieť zamestnanosť mladých ľudí v dvoch rovinách. V prvej rovine nájsť operatívne iné zdroje na súčasnú podporu zamestnanosti a podporu malých a stredných podnikov. A v druhej rovine stabilné a spravodlivé pracovné podmienky práce tak, aby si štáty, napr. Slovensko, nemohli svojvoľne upravovať Zákonník práce, v ktorom podporujú až 550 nadčasových hodín. Je potrebné zaviesť reguláciu vzdelávania, ktorá by spočívala v podpore učebných a študijných odborov štipendiami či pôžičkami tak, aby štruktúra vzdelávania podporovala rozvíjanie reálnej ekonomiky a trhu práce.

1-192-000

Γεώργιος Σταυρακάκης (S&D), *in writing* . – Η Πολιτική Συνοχής είναι μια από τις κύριες πολιτικές της ΕΕ για την αντιμετώπιση της οικονομικής κρίσης. Αποτελέσει την αιχμή του δόρατος του Σχεδίου Ανάκαμψης της Ευρωπαϊκής Οικονομίας το 2008 ενώ η πρόσφατη αύξηση του ποσοστού συγχρηματοδότησης για έργα που υλοποιούνται στο πλαίσιο της Πολιτικής Συνοχής είναι ένα ακόμα παράδειγμα της συμβολής των διαρθρωτικών ταμείων στις προσπάθειες ανάκαμψης. Κατά τη διάρκεια της άτυπης συνόδου κορυφής της 30ης Ιανουαρίου 2012, οι

αρχηγοί των 27 ΚΜ συμφώνησαν ότι θα πρέπει να χρησιμοποιηθούν πόροι για να αντιμετωπιστεί η ανεργία των νέων και να ενισχυθεί η χρηματοδότηση στις μικρομεσαίες επιχειρήσεις μέσω 82 δις ευρώ που μένει να διατεθούν στα ΚΜ από το Ευρωπαϊκό Ταμείο Περιφερειακής Ανάπτυξης και το Ευρωπαϊκό Κοινωνικό Ταμείο. Ωστόσο, πρέπει να καταστεί σαφές ότι τα εν λόγω 82 δις ευρώ απλά δεν έχουν ακόμη δαπανηθεί σε συγκεκριμένα έργα αλλά δεν αποτελούν αδιάθετους πόρους! Τέλος είναι απαραίτητο να τονιστεί το παράδοξο γεγονός ότι αν και τα Κράτη Μέλη στηρίζουν τις προσπάθειες ανάκαμψης από τη κρίση μέσω των διαρθρωτικών ταμείων, ορισμένα από αυτά προτείνουν περικοπές τόσο στην μελλοντική Πολιτική Συνοχής που εκθειάζουν, όσο και στους ετήσιους κοινοτικούς προϋπολογισμούς με αποτέλεσμα να δημιουργούνται αρκετά προβλήματα στην πιο σημαντική αναπτυξιακή πολιτική της ΕΕ.

20. Interventi di un minuto (articolo 150 del regolamento)

1-194-000

Presidente. – L'ordine del giorno reca gli interventi di un minuto su questioni di rilevanza politica.

1-195-000

Agustín Díaz de Mera García Consuegra (PPE). - Señora Presidenta, hay que decirlo otra vez: hay que prorrogar hasta 2020 el programa de alimentos.

El programa proporciona ayuda alimentaria a 13 millones de pobres en 19 Estados miembros. Hay 30 millones de personas malnutridas en la Unión, hay 43 millones en riesgo de sufrir pobreza alimentaria y 80 millones viven por debajo del umbral de la pobreza. Lo que pedimos -y pido- no es caridad, es compasión y es justicia. Hay que mantener el importe financiero de 500 millones de euros.

Los pobres son los que más padecen la crisis, y en invierno mucho más: sin techo, frío extremo, sin energía y sin alimentos, afectando a los más vulnerables, a los niños, a los ancianos y a los enfermos.

La solidaridad en la Unión no puede ser ahora un recurso dialéctico, porque entonces es un despreciable recurso.

1-196-000

András Gyürk (PPE). - Elnök asszony! Tisztelt képviselőtársaim! Az utóbbi évek tapasztalatai alapján bátran állíthatjuk, hogy január a gázválságok hónapja. A 2009-es én elején több hétre megszakadt az orosz gázellátás. Tavaly az ukrán-orosz viták miatt volt kérdéses, hogy kap-e Európa orosz gázt. A helyzet idén sem javult. Januárban egy 9 milliós tagállamban egyik napról a másikra jelentősen csökkent az Oroszország felől érkező gáz mennyisége. Képviselőtársaim! Tudjuk a megoldást. Sokszor elhangzott ebben a Házban is, új forrásokra van szükségünk. Az importvezetékek kiépítése azonban úgy tűnik, túl hosszú időt vesz igénybe. Ezért rövid távon arra kell törekedni, hogy megépüljenek legalább a tagállamok közötti összekötő vezetékek. A legjobban kiszolgáltatót Kelet-Közép-Európa ellátásának biztonságát csak az alternatív beszerzési forrásokkal már ma is rendelkező nyugat-európai tagállamokkal való összekapcsolódás teremtheti meg. Ez a megoldás az egész Európai Unió érdeke.

1-197-000

Андрей Ковачев (PPE). - Върху търговското споразумение АСТА, което разлюти страстите в последните няколко седмици в Европа, от 2006 г. насам работиха както Европейската комисия, така и правителствата на всички страни членки. За съжаление те не успяха да убедят европейската общественост, че споразумението гарантира справедлив баланс между правата върху интелектуалната собственост и основните права на потребителите на глобалната мрежа, които в 21 век сме всички ние. Смятам, че Европейският съюз има нужда от такова споразумение, но не и със съмненията за свободен достъп до интернет и гаранция за защита на личните данни. Тези съмнения не са изчистени. Смятам, че доверието на европейската общественост към споразумението е вече в голяма степен изчерпано. Аз съм взел своето решение, че ще гласувам против ратификацията на АСТА в сегашния ѝ вид при наличието на по-горе споменатите съмнения. Нека да припомним и нашия призив от 24 ноември 2010 г. към Комисията да потвърди, че прилагането на АСТА няма да има въздействие върху основните права и защитата на данните. Такова потвърждение аз досега не съм чул. И накрая не мога да не спомена един политически момент. Жалко и срамно е, че има политически партии и групи, които искат да се възползват от легитимното недоволство на интернет обществото в Европа, изкарвайки се негови защитници и забравяйки, че някои от тях са участвали в подготовката и даването на мандат на Европейската комисия за подписването на това споразумение. Темата е много важна и чувствителна и смятам, че не трябва да бъде използвана за печелене на краткосрочни политически дивиденди.

1-198-000

Σπύρος Δανέλλης (S&D). - Κυρία Πρόεδρε, σε διάστημα μόλις δύο εβδομάδων παρακολουθήσαμε την πτώχευση δύο αεροπορικών εταιρειών της Ένωσης. Η πτώχευση της PANAIR οδήγησε στον αποκλεισμό 22.000 επιβατών ανά την υφήλιο, ενώ, αντίστοιχα, η πτώχευση της MALEV απέκλεισε 7.200 επιβάτες.

Παρά το ψήφισμα του Ευρωπαϊκού Κοινοβουλίου του 2009 προς την Επιτροπή για εκπόνηση νομοθετικής πρότασης για την προστασία των επιβατών σε περίπτωση αφερεγγυότητας αεροπορικής εταιρείας, η Επιτροπή δυστυχώς δεν έχει πράξει κάτι ουσιαστικό μέχρι σήμερα. Οι νέες αυτές περιπτώσεις πτώχευσης αεροπορικών εταιρειών είναι επώδυνες υπενθυμίσεις ενός κενού στο πλαίσιο προστασίας των επιβατών.

Σε απάντηση που λάβαμε από την Επιτροπή σε σχετική ερώτηση που υποβάλαμε με τους συναδέλφους της Επιτροπής Μεταφορών και Τουρισμού μόλις τον περασμένο Δεκέμβριο, για ακόμη μια φορά η Επιτροπή δείχνει διστακτική ως προς το αν θα πρέπει ή όχι να νομοθετήσει ένα καθεστώς επαρκούς εξασφάλισης προστασίας όλων των επιβατών ή να εφαρμόσει ένα σχέδιο σε εθελοντική βάση. Τα εισιτήρια διάσωσης που προσφέρονται στους επιβάτες από τρίτες εταιρείες, ναι μεν βοηθούν, όμως χρειαζόμαστε μια μόνιμη νομοθετική λύση σ' αυτό το πρόβλημα και μάλιστα το συντομότερο δυνατόν.

1-199-000

Kinga Göncz (S&D). - Elnök asszony! Szeretném itt sokak segélykiáltására felhívni az Európai Parlament figyelmét. A gazdasági válság következményeit Európa-szerte legsúlyosabban a társadalom sérülékeny csoportjai szenvedik meg. Fokozottan így van ez manapság Magyarországon, ahol az egykulcsos adó és a jómódúaknak kedvező családpolitikai intézkedések hatalmas hiányt okoztak a költségvetésben, és a kormány ezt a korábban megállapított rokkantnyugdíjak megvonásával készül pótolni. A megváltozott munkaképességű emberek biztosítási alapú, szolgálati évek alapján járó ellátását alakítja

alacsonyabb, segélyjellegű ellátássá, illetve őket hagyja jövedelem nélkül, ha nem találnak munkát azon a munkaerőpiacon, amely az egészségeseket sem tudja felvenni. A kormányzati kommunikáció közben egy haszontalan, dolgozni nem akaró rétegről, visszaélésekről, csalókról szól. Számtalan levélben kértek, hogy ismertessem meg az Európai Parlamentet ezeknek a reményvesztett embereknek a helyzetével. Egy levélírótól idézve: „Megértem, hogy meg kell húzni a nadrágszíjat, de ebben az országban ez mostanában valahogy csak a szegény emberekre vonatkozik”.

1-200-000

Michael Cashman (S&D). - Madam President, I speak on behalf of the many individuals in this House on the continuing and increasingly grave threats to freedom of expression in Russia. We have recently seen the introduction of a new law which bans the so-called ‘promotion of homosexuality’. Its starting point is that homosexuality is wrong. However, I would maintain that what is wrong is the promotion of intolerance and discrimination – precisely what these repressive laws set out to achieve.

These laws have already been adopted in the Russian states of Arkhangelsk, Ryazan and Kostroma. Now they are being introduced in St Petersburg and Moscow. The Federal Parliament is also considering doing exactly the same. Some say that people are not affected by this, but three activists have already been fined under these laws.

But what does ‘promotion of homosexuality’ mean? It is wide enough to censor anyone who dares speak for those who have no voice, and that is why the EU should make the highest possible representation to Russia to speak out in defence of these fundamental human rights.

1-201-000

Andrea Zanoni (ALDE). - Signora Presidente, desidero portare all’attenzione dell’Aula e dei cittadini europei quanto sta accadendo da mesi in Ucraina. Da quando è stato deciso che i campionati di calcio europei 2012 si svolgeranno in Polonia e Ucraina, le autorità di quest’ultimo paese, per ripulire velocemente le proprie città, hanno scatenato la caccia selvaggia ai cani randagi, poveri animali che vengono uccisi a migliaia con veleni, bastonate, fucilate, compresi madri e cuccioli, utilizzando addirittura dei forni crematori ambulanti.

Queste terribili notizie si stanno diffondendo in tutto il mondo. Su Internet è possibile vedere alcune scene di queste raccapriccianti violenze, denunciate e documentate da *reporter* e associazioni locali per la tutela degli animali. In considerazione delle particolari relazioni che ci legano a questo paese, chiedo che le Istituzioni europee intervengano urgentemente presso le autorità ucraine per fermare questo incivile e barbaro massacro.

1-202-000

Ramon Tremosa i Balcells (ALDE). - Madam President, as you will know, the Spanish financial sector has been restructured since 2009. Many savings banks have been nationalised or transformed into commercial banks and some of them have received public money. The new Spanish Government has now opened another round of consolidation in the banking sector.

I am very concerned to see a major Spanish bank that has received more than EUR 4 000 million of public aid going to bid for another savings bank. I am especially concerned because the new Spanish Government has very recently changed the rules of its bailout

fund in order to let banks receiving public aid be able to absorb other savings banks that are in trouble.

This policy change represents a breach of European rules on state aid and competition in the banking sector. No bank that is receiving public money should be given the chance to bid for another.

1-203-000

Pat the Cope Gallagher (ALDE). - Each month this Parliament discusses many resolutions and conducts urgent debates about human and fundamental rights. As a parliament, we rightly give great importance to freedom of religion and faith in these discussions. Religion is a personal choice which must be respected by all EU Member States.

Religion plays a central role in international affairs, and the Holy See offers a window to the rest of the world. This is one of the many reasons why each EU Member State, and indeed each EEA country, has diplomatic relations with the Holy See. In this context it would be remiss of me not to raise the recent decision by my Government to withdraw Ireland's resident ambassador to the Holy See, where we have had a presence since 1929. I strongly believe that this is an ill-judged, wrong and improper decision by any objective test of international diplomacy.

I call on the Irish Government, and particularly our Tánaiste and Minister for Foreign Affairs, immediately to reverse this decision which is opposed by the vast majority of our citizens.

1-204-000

Νίκος Χρυσόγελος (Verts/ALE). - Κυρία Πρόεδρε, επειδή χθες η χώρα μου έζησε μια δραματική νύχτα, ήθελα να επισημάνω ότι για να αντιμετωπιστούν τα δημοσιονομικά προβλήματα, υπάρχουν δύο δρόμοι: ο ένας είναι η πολιτική που εφαρμόζεται τώρα, που προσπαθεί να συμπίεσει το κόστος εργασίας, να δημιουργήσει συνθήκες που υποβιβάζουν μια ευρωπαϊκή χώρα σε προδιαγραφές τριτοκοσμικής κυρίως χώρας ή της Κίνας. Από την άλλη μεριά, θεωρώ ότι η λύση που συνάδει με τις ευρωπαϊκές αξίες είναι να δοθεί έμφαση στη συνοχή, να δοθεί έμφαση στη δημιουργία θέσεων εργασίας σε πράσινους τομείς, να δοθεί έμφαση στην αλλαγή, στην εκπαίδευση, στη μεταρρύθμιση με τη συμμετοχή της κοινωνίας ώστε να μπορέσει πράγματι, μέσα από την αναβάθμιση των δημόσιων υπηρεσιών και την αναζωογόνηση της οικονομίας της, να αντιμετωπίσει και τα δημοσιονομικά της προβλήματα.

Σήμερα βλέπουμε ότι πολλές από τις ρυθμίσεις στο νέο μνημόνιο δεν συνάδουν με ευρωπαϊκές αξίες. Πώς είναι δυνατόν να περιμένουμε ότι νέοι άνθρωποι θα παραμείνουν στην χώρα όταν θα απασχολούνται ολόκληρο τον μήνα επί 8 ώρες ημερησίως με αμοιβή μόνο 440 ευρώ, τη στιγμή που το κόστος ζωής - επειδή δεν υπάρχουν οι κατάλληλες κοινωνικές υποδομές - είναι πάνω από 800 ευρώ. Οι νέοι άνθρωποι ήδη εγκαταλείπουν την χώρα και κάθε ημέρα φεύγουν πάνω από 600 άτομα για άλλες χώρες της Ευρώπης.

Επικεντρώνονται η Τρόικα και ο εκπρόσωπος της Επιτροπής μονομερώς στη μείωση του κόστους εργασίας, ενώ θα έπρεπε η Επιτροπή να επενδύσει σε θέματα καινοτομίας. Πρέπει να "κερδίσουμε" την κοινωνία ώστε να συμμετέχει στις μεταρρυθμίσεις. Δεν υπάρχει επίτευξη δημοσιονομικών στόχων ή γενικότερα μεταρρυθμίσεων με την κοινωνία ενάντια στις μεταρρυθμίσεις. Αλλά αυτό σημαίνει ότι πρέπει να έχει κίνητρο η κοινωνία, να ξέρει ότι θα υπάρχει συνοχή, ότι θα υπάρχουν θέσεις εργασίας, ότι σύντομα θα υπάρχει μια καλύτερη ποιότητα ζωής για όλους τους ανθρώπους, αλλιώς θα είναι απέναντι από τις μεταρρυθμίσεις και φοβάμαι ότι θα δημιουργηθούν κινήματα

που θα στρέφονται εναντίον της Ευρωπαϊκής Ένωσης, στην Ελλάδα θα κερδίσουν έδαφος τα λαϊκίστικα κινήματα, ενώ η λύση πρέπει να είναι ευρωπαϊκή και για τον στόχο αυτό πρέπει να συμβάλει κατά πολύ και η Επιτροπή και το Κοινοβούλιο αλλά και τα άλλα κράτη μέλη.

1-205-000

Ana Miranda (Verts/ALE).- *(La oradora interviene en gallego y pronuncia frases en catalán y euskera)*

1-206-000

Sandrine Bélier (Verts/ALE). - Madame la Présidente, chers collègues, je dispose d'une minute pour attirer votre attention sur le traité ACTA, un traité international anti-contrefaçon, qui ne se limite pas à la contrefaçon. Brevets, activités sur le net sont clairement inclus dans le texte dans des conditions inacceptables.

Samedi dernier, plusieurs dizaines de milliers de personnes ont manifesté dans toute l'Europe. Plus de deux millions de citoyens ont signé une pétition s'opposant au traité. Plusieurs gouvernements font marche arrière – la Pologne, la République tchèque, la Roumanie, la Slovaquie – au nom de la défense des droits civiques. L'Allemagne a gelé sa décision dans l'attente de la position du Parlement européen. Dix-neuf lauréats du Prix Sakharov et plusieurs ONG ont exprimé leur opposition. Mais la Commission européenne fait la sourde oreille et tente de passer en force.

Aujourd'hui, je lance un appel aux représentants du peuple européen, tous partis confondus, au sein de ce Parlement.

Chers collègues, nos concitoyens comptent sur nous pour garantir le respect et la protection de la liberté d'expression, de la liberté d'information, de l'accès aux médicaments génériques, des données personnelles et de leur vie privée, que ce traité menace. Ils comptent sur nous pour défendre leurs libertés et leurs droits fondamentaux et faire barrage à ACTA, tel qu'il nous est présenté en l'état.

Nous ne devons pas les décevoir, nous devons être exigeants et dire non, voter contre ACTA.

1-207-000

Marina Yannakoudakis (ECR). - Madam President, this House is aware of the many injustices which persist in the Turkish-occupied part of Cyprus. What Members may not know is that the northern part of Cyprus, the Turkish-occupied part, is the last place in Europe where it is a criminal offence to be homosexual.

Recent reports suggest that two men have been arrested for what is described as 'sexual intercourse against the order of nature'.

It is not a crime to be gay anywhere else in Europe. It is not a crime to be gay in Turkey. No one should be persecuted or victimised for their sexual orientation.

I met with the leader of the Turkish Cypriot community and I called on him to repeal the statute. He has promised, both in person and in writing, to do so. Now he must match his words with deeds and put an end to this outdated law.

1-208-000

Marek Henryk Migalski (ECR). - Pani Przewodnicząca! Dzisiaj była tutaj mowa o Rosji, o Ukrainie, a ja chciałbym poruszyć temat Białorusi. Od 56 dni prowadzi tam strajk głodowy Siergiej Kawalenka. Jego jedyną winą było to, że zawiesił białoruską flagę w tradycyjnych kolorach na świątecznym drzewie, na choince. Zwracałem się w tej sprawie zarówno do przewodniczącego Martina Schulza, jak i do innych służb europejskich. Mam zapewnienie, że decyzja o zdecydowanym wystąpieniu Parlamentu Europejskiego w obronie Siergieja Kawalenki zostanie podjęta jutro. Mam nadzieję, że to się stanie, dlatego że nie możemy pozwalać na to, żeby w samym sercu Europy była ostatnia tradycyjna dyktatura, która więzi swoich obywateli, która wzięła swoich obywateli jako zakładników. Myślę, że w tej kwestii przede wszystkim głos przewodniczącego Schulza, ale też głos całego Parlamentu Europejskiego powinien być jednoznaczny.

1-209-000

Marisa Matias (GUE/NGL). - Senhora Comissária, pode até parecer estranho, mas falar de bacalhau é uma questão séria aqui nesta Casa. Em Portugal, durante centenas de anos, foram usados métodos tradicionais de secagem de bacalhau, que permitiram salvar a saúde pública, e é por isso que eu pergunto por que raio é que a Comissão Europeia resolve agora pôr em causa estes métodos, estes conhecimentos seculares, para impor um método único, artificial, que recorre à utilização de fosfatos, que altera a qualidade do alimento, que altera os sabores. E eu pergunto por que raio é que a Comissão toca neste método e o põe em causa, e pergunto isto por que também pergunto qual é o poder oculto que as empresas nórdicas detentoras deste método terão sobre a Comissão para que se imponha esta nova tecnologia e se digo isto, digo-o por uma questão muito simples: é que é muito triste esta nossa ideia que damos aos cidadãos das prioridades que escolhemos para atuar na União Europeia. Quando assistimos a tanta falta, mas tanta falta de Europa em tanta coisa essencial para a vida dos cidadãos e das cidadãs europeias, o que a Comissão Europeia escolhe como prioridade é ir mexer no bacalhau. Peço desculpa, Senhora Presidente, mas até parece que a Comissão não tem mesmo mais nada para fazer.

1-210-000

Paul Murphy (GUE/NGL). - Mr President, ancient Greece is known as the birthplace of democracy. Modern Greece is the graveyard of any semblance of real, genuine democracy and the site of the resurrection of colonialism within Europe.

An unelected banker and a coalition government that commands the support of only 30% of the population are imposing brutal savagery on the Greek people. The very poorest are now in the crosshairs of the 'troika', with the monthly minimum wage cut to EUR 430 for young people and EUR 600 for others – all of this so that the vampire bondholders can continue to feast on the blood of the people.

The Greek workers should build a movement for an indefinite general strike and workplace occupations to bring down the Government and kick out the troika, and for a government of workers and poor, where the economy can be democratically planned to meet the needs of ordinary people, not the bankers.

The Greek people are not alone. What they face is a more extreme version of what the Irish people face, as do the Portuguese people, the Italian people, the Spanish people, and increasingly what people right across Europe are facing. A united movement is needed

against austerity, against the troika, against the capitalist EU and for a socialist confederation of Europe.

1-211-000

Gerard Batten (EFD). - Madam President, I have had hundreds of e-mails from my constituents on the subject of ACTA, the Anti-Counterfeiting Trade Agreement. ACTA intends to take alleged infringements of copyright, patents and trademarking from the jurisdiction of civil law to criminal law.

Intellectual property rights have to be protected but ACTA, like so much legislation that comes from this place, favours the interest of big business over small business and individuals. If this comes under criminal law, the great danger is that alleged transgressors could be extradited on European arrest warrants to the four corners of the European Union to face months or years in prison.

I and my colleagues in the UK Independence Party are once again the voice of the people in this place. UK Independence Party MEPs oppose ACTA and we will vote against it when the time comes. We urge all MEPs to do the same.

1-212-000

Слави Бинев (NI). - Ситуацията в България се влошава, но Комисията посочи само симптомите, а причините са цензурата в медиите и заиграването с монополите, пораждащи корупция. Колеги, и особено вие от ЕНП, не се ли обезпокоихте, че Премиерът и неговата партия са ваши членове и вие, гарантите за демокрация, подкрепяте един диктатор, който дискредитира, репресира, дори самоубива всеки, изправил се на пътя му. Той компрометира не само вас, но и целия Европейски съюз. Даваме акъл за демокрация в трети страни, а не виждаме, че имаме диктатор с Джамахирия тук. Българинът бе най-големият еврооптимист, но заради управлението на Борисов, който се крие зад големия гръб на ЕНП, те вече не вярват на добрите ви намерения. Един полковник стана лице на арабската пролет, нека този генерал да не се превърне в символа на европейската. Докажете, че тук няма предубеденост и за вас е важна истината. В противен случай ще излезе, че не само в България има контролирана демокрация, но за съжаление и в Европа.

1-213-000

Martin Ehrenhauser (NI). - Frau Präsidentin! Dieses Wochenende haben in ganz Europa hunderttausende Menschen gegen ACTA demonstriert. Und diese Menschen sind die Gegenwart und sie fordern die Zukunft, und das zu Recht. Sie fordern freien Zugang zu Informationen, sie fordern ein freies Internet, sie fordern ein modernes Urheberrecht, das die Interessen der Verbraucher, der Allgemeinheit und schlussendlich auch die Interessen der Künstler berücksichtigt.

Doch was hat ihnen die herkömmliche Politik gegeben, was hat sie gemacht? Sie hat ein antiquiertes, verstaubtes Recht verteidigt. Und sie bedroht jetzt Millionen von Menschen mit strafrechtlichen Sanktionen. Dafür werde ich sicherlich nicht eintreten. Ich bin sicherlich solidarisch mit den Menschen, die jetzt am Wochenende demonstriert haben. Ich werde selbstverständlich gegen das Abkommen stimmen. Und ich fordere auch Sie auf, dagegen zu stimmen! Ich bin davon überzeugt, dass hier das Europäische Parlament ein Schutzwall für Grundfreiheiten und für ein freies Internet sein sollte.

1-214-000

Ρόδη Κράτσα-Τσαγκαροπούλου (PPE). - Κυρία Πρόεδρε, κυρίες και κύριοι συνάδελφοι, από τις εικόνες που μετέδωσαν τα διεθνή μέσα ενημέρωσης, γίνατε μάρτυρες σκηνών βίας και καταστροφής χθες στην καρδιά της Αθήνας, με αφορμή την ψήφιση ενός ακόμη σκληρού πακέτου μέτρων, όχι μέτρων λιτότητας αλλά στέρησης θα έλεγα και, το χειρότερο, χωρίς η χώρα να έχει άλλη επιλογή λόγω των αδιεξόδων στα οποία έχει περιέλθει από κακές "συνταγές", κακές πολιτικές και παραλείψεις, με ευθύνη ευρωπαϊκή και εθνική.

Χιλιάδες κόσμος διαδήλωνε για να εκφράσει την απόγνωση του. Οι καταστροφές δεν έγιναν από τους αγανακτισμένους πολίτες αλλά από αναρχικά κακοποιά στοιχεία που εκμεταλλεύτηκαν τον πόνο και το ξεσήκωμα του κόσμου. Μαζί με τις εθνικές προσπάθειες που πρέπει να κάνουμε, χρειάζεται ένα ολοκληρωμένο πρόγραμμα ανάπτυξης που να στοχεύει στις ανάγκες και στις ανεκμετάλλευτες δυνατότητες. Τα δάνεια από τους εταίρους και τους διεθνείς οργανισμούς, τα αποσπασματικά μέτρα - όπως αυτά που συζητήσαμε προηγουμένως για την ανεργία των νέων - δεν αρκούν.

Είναι επείγουσα ανάγκη να υπάρξει ένα γενναιόδωρο και ολοκληρωμένο αναπτυξιακό πρόγραμμα για την επιβίωση της Ελλάδας και των Ελλήνων. Για την πρόληψη άλλων καταστροφών, η Ελλάδα μπορεί να αποτελέσει παράδειγμα προς αποφυγήν κακών συνταγών και πρακτικών το οποίο να χρησιμεύσει και για την προστασία της ίδιας της Ευρωπαϊκής Ένωσης.

1-215-000

Nuno Teixeira (PPE). - A semana passada em Portugal ficou indelevelmente marcada pelas declarações, por um lado, do Presidente do Parlamento Europeu, que criticou o estabelecimento de laços económicos entre Portugal e Angola, afirmando que o país estaria condenado ao declínio e, por outro lado, da Chanceler alemã Angela Merkel, que, numa intervenção pública em Berlim, entendeu apontar a Madeira para criticar a aplicação dos Fundos Estruturais. Creio que num caso como noutro foram declarações profundamente infelizes e injustas, para usar de alguma bondade na qualificação das mesmas. No primeiro caso já foram prestados esclarecimentos por parte do Presidente do Parlamento Europeu, que alegou ter sido mal interpretado. Faltaria que houvesse idêntica retratação no segundo, o que até à data não aconteceu. A realidade dos factos demonstra exatamente o contrário do afirmado, mas, acima de tudo, a dignidade e o respeito que a Madeira e o seu povo merecem. A Madeira que recuperou, a pulso, o atraso que a distanciava dos demais, com a ajuda da União, é certo, assim o impõe e exige.

1-216-000

Marian-Jean Marinescu (PPE). - Partidul pentru Libertate din Olanda, parte a coaliției guvernamentale, a lansat un website unde cetățenii pot raporta plângeri cu privire la imigranți în Olanda originari din Europa Centrală și de Est. Demersul este discriminatoriu și creează un precedent grav în ceea ce privește drepturile și libertățile cetățenilor europeni.

Comisia Europeană a avut până în prezent o reacție simbolică, adresată poporului olandez, și nu guvernului olandez, cu toate că demersul este extrem de grav, pentru că instigă la discriminare și xenofobie. Chiar dacă există diferențe între situația din Ungaria și demersul olandez, trebuie să constat că, în primul caz, Comisia Europeană a avut o reacție rapidă, care nu se repetă în abordarea celui de-al doilea caz. Constat că Olanda recidivează în poziții noneuropene: blochează aderarea României și Bulgariei la Schengen fără motive conforme cu legislația comunitară, nerespectându-și propriile angajamente.

În condițiile în care Olanda este primul investitor în România, pot să gândesc că are o abordare discriminatorie, obținând profit din activitățile economice în România, dar alungând în același timp cetățenii români care muncesc în Olanda. Olanda înțelege libera circulație a forței de muncă doar într-un singur sens, ignorând interesele propriilor societăți comerciale din Olanda care obțin profit din munca cetățenilor est-europeni. Cer Comisiei o reacție rapidă, pe măsura gravității situației.

1-217-000

Ioan Enciu (S&D). - Dincolo de caracterul profund rasist și xenofob al noului site creat de Partidul pentru Libertate din Olanda, nu pot să nu remarc și dublul standard și ipocrizia guvernului olandez. Aceasta trece cu vederea practicile antidemocratice ale aliatului său, dar devine extrem de riguros când vine vorba de evaluarea pregătirii pentru aderarea la Schengen a României și Bulgariei sau ridicarea restricțiilor de muncă pentru cetățenii europeni din noile state membre. Nepăsarea guvernului olandez este dovedită de faptul că acesta refuză să condamne campania rasistă a partenerilor săi extremiști din PVV, care au ajuns să dicteze politicile europene ale Olandei.

Este un lucru mai mult decât periculos să îndemni un bun cetățean olandez să spioneze un cetățean european neolandez. Acest lucru nu se aseamănă cu ceea ce s-a întâmplat în Germania fascistă? Lunga tradiție democratică trebuie să oblige guvernul olandez să renunțe la acest populism ieftin.

Comisia trebuie să se implice în protejarea drepturilor fundamentale ale cetățenilor europeni și să stopeze orice act de rasism încă din fașă.

1-218-000

Kristian Vigenin (S&D). - Madam President, after months of peaceful social protest, oil industry workers were shot and killed by the police in the city of Zhanaozen, western Kazakhstan, on 16 December 2011. Their legitimate demands for social justice and a better life were met with bullets. An investigation is ongoing. So far, no results have been publicly released; however, the prosecutor's office made an official statement justifying the use of weapons. Repression is continuing.

No less worrying is the fact that, right after the parliamentary elections in January won by the ruling Nur Otan party with 80% of the vote, opposition leaders and journalists were detained. It seems that every effort is being made to silence critical voices. While recognising the important role of Kazakhstan as a partner of the EU in Central Asia, I also believe that the country should show more progress in reforming its political system and in respecting human rights and the freedom of the media.

In this context, German Chancellor Merkel last week signed contracts worth EUR 3 billion with President Nazarbayev of Kazakhstan. While we might call that understandable, what is not understandable – and is even shameful – is that the right wing in this Parliament rejected the request for a resolution on Kazakhstan, obviously in order to downplay criticism of Ms Merkel.

1-219-000

Arkadiusz Tomasz Bratkowski (PPE). - Pani Przewodnicząca! W związku z niedawno uzyskanym mandatem poselskim pragnę podziękować wszystkim tym, którzy wspierali mnie na drodze do Parlamentu Europejskiego. Przede wszystkim z tego miejsca dziękuję

wyborcom za wyraz zaufania w stosunku do mojej osoby. Ponieważ jestem mieszkańcem Lubelszczyzny sąsiadującej z Ukrainą i Białorusią, istotną rolę w mojej działalności będzie odgrywać Partnerstwo Wschodnie. Jako samorządowiec chciałabym skupić się na kwestiach rozwoju regionalnego, ochrony środowiska i polityki energetycznej. Za pilną uważam merytoryczną debatę z udziałem środowiska naukowego i społeczeństwa obywatelskiego na temat gazu łupkowego. Zważywszy na charakter ziemi zamojskiej i lubelskiej, nie pozostaną mi obce również kwestie polityki rolnej. Tym samym pragnę podkreślić swoją otwartość na współpracę w celu realizowania projektów o europejskim wymiarze z uwzględnieniem lokalnych potrzeb.

1-220-000

Antonio Masip Hidalgo (S&D). – Señora Presidenta, acojo con satisfacción la elección ayer en primarias del Gobernador Capriles como candidato de la oposición democrática unida de Venezuela y hago votos por que la alternancia se pueda producir, si lo desean los venezolanos mayoritariamente, en ese querido país, con las garantías electorales homologables en democracia. ¡Buena suerte, Venezuela!

1-221-000

Cristian Dan Preda (PPE). - Voi vorbi pe o temă despre care au vorbit și colegii mei, Enciu și Marinescu, mai devreme. A vorbit și președintele Martin Schulz la deschiderea sesiunii plenare însă, din păcate, spunând că nu s-a documentat, n-a vrut să adoptăm o poziție clară referitoare la declarațiile și la gesturile domnului Wilders, președintele Partidului pentru Libertate din Olanda. Așa cum s-a spus, este vorba de ideea deschiderii unui site unde sunt stigmatizați cetățeni din Europa Centrală și Orientală.

Eu aș vrea să atrag atenția asupra faptului că același partid este cel care a condiționat sprijinul pentru guvernul de la Haga de refuzul acceptării României în Schengen. În ciuda faptului că toate celelalte țări membre consideră că România, ca și Bulgaria, merită să intre în Schengen, guvernul olandez blochează intrarea sa, repet, sub șantajul lui Wilders. Trebuie înțeles, pe de altă parte, că aceasta se întâmplă în condițiile în care Olanda este una dintre țările care a introdus în continuare restricții pentru cetățenii români pe piața muncii. Această combinație de restricții pe piața muncii, de arbitrarie în privința spațiului Schengen și, respectiv, de stigmatizare a cetățenilor care vin din România este foarte stânjenitoare pentru un european. România, reamintesc, are 5 ani vechime în Europa.

1-222-000

Alexander Mirsky (S&D). - Paldies, priekšsēdētāj! Ir ļoti labs angļu sakām vārds „Every family has a black sheep”. Šodien Latvijai ir oficiāla politiskā partija „Visu Latvijai!”, kura uzskata, ka SS leģiona kara noziedznieki ir varoņi. Radikāli apvairo vienu trešdaļu no visiem Latvijas iedzīvotājiem, nosaucot tos par okupantiem un kolonistiem. Apvairo pieminekļus un datus, kuri ir svēti daudziem Latvijas iedzīvotājiem. Iniciēja minoritāšu skolu aizvēršanu. Tomēr tas netraucēja SS leģiona cienītāju apvienībai nokļūt Latvijas valdības sastāvā. Rezultātā valsts atrodas uz etniska konflikta robežas. Es uzskatu, ka Eiropas Parlamentam ir nepieciešams steidzami novērtēt nacionālistu radikālo rīcību, kā arī pieprasīt Latvijas valdībai paskaidrot, kā tajā var atrasties cilvēki, kuri atbalsta kara noziegumus un uzskata tos par varoņdarbiem. Paldies!

1-223-000

Presidente. – La discussione è chiusa.

21. Ordine del giorno della prossima seduta: vedasi processo verbale

22. Chiusura della seduta

1-226-000

(La seduta è tolta alle 23.00)